

DER BUND DER GLEICHEN

An gigantischen Werken und neuen Städten, an der Erschließung des Kosmos, an wissenschaftlichen Entdeckungen, die viele Wissensbereiche revolutionieren, messen die Sowjetbürger ihre Leistungen. Doch gibt es auch andere Kriterien: Die Erfolge, die die Partei Lenins und das ganze Volk bei der Lösung jahrhundertalter Probleme der Menschheit, darunter die Nationalitätenfrage, erzielt haben, die für die kapitalistische Welt noch immer eine Gleichung mit vielen Unbekannten ist.

„Rückständige nationale Randgebiete, Genossen, gibt es heute nicht!“

Hinter diesen Worten Leonid Breschnews auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU steht vieles. Der Gedanke Lenins, daß der Internationalismus nicht nur die Einhaltung der formalen Gleichheit der Nationen zu bedeuten habe, sondern auch den Kurs auf die Angleichung des faktischen Entwicklungsstands der Nationen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Sowjetstaates, die so aufgebaut ist, daß die ehemaligen nationalen Randgebiete Rußlands möglichst rasch den Entwicklungsstand seines Zentrums erreichen. Die Zusammenarbeit aller Nationen und Völkerschaften des Landes und vor allem die uneigennützigte Hilfe des russischen Volkes.

Auch heute, da die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit der einstigen Randgebiete überwunden ist, stehen Interessen und Bedürfnisse jeder Nation und Völkerschaft ständig im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der KPdSU, die deren Interessen mit den Interessen des sowjetischen Volkes insgesamt organisch in Einklang bringt. In den letzten Jahren wurden mancherlei neue Maßnahmen zur Weiterentwicklung aller Sowjetrepubliken ergriffen.

Der Sozialismus hat die Theorien der bürgerlichen Ideologen von „schöpferischen und unschöpferischen Nationen“ endgültig widerlegt. Die Erfahrungen der UdSSR haben die Unsinnigkeit dieser Idee bewiesen. In unserem Lande gibt es umfassende Möglichkeiten, damit die sowjetischen Menschen ihre Talente umsetzen können.

Gedeihen und Annäherung der Nationen und Völkerschaften unseres Landes sind eng mit der Vertiefung der sozialistischen Demokratie verbunden. Sie bietet allen sowjetischen Menschen reale Möglichkeiten zur unmittelbaren Teilnahme an der Leitung von Staat und Gesellschaft. 2,3 Millionen Volksdeputierte — Kommunisten und Parteilose, Angehörige von über einhundert Nationalitäten — entscheiden von gesamt-

staatlicher Warte in den Räten der Volksdeputierten wichtige politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Fragen.

„In unserem Land werden die nationalen Gefühle, wird die nationale Würde eines jeden Menschen geachtet“, heißt es im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXVI. Parteitag. „Die KPdSU bekämpfte stets entschieden solche dem Sozialismus wesensfremde Erscheinungen wie Chauvinismus oder Nationalismus, jederart nationalistische Auswüchse, ob nun beispielsweise Antisemitismus oder Zionismus.“

Der Humanismus in den zwischennationalen Beziehungen, die in unserem Lande fest verankert sind, zeigt sich besonders deutlich vor dem Hintergrund der verschärften nationalen Widersprüche in den Bastionen des Kapitalismus, im Wüten von Nationalismus, Chauvinismus und Rassismus. Die Bürgerrechtskämpfer in den USA, in Nordirland und in anderen Staaten werden grausam verfolgt. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit dauert die Tragödie der Palästinenser an, eines ganzen, des Rechts auf Heimat beraubten Volkes. Ein Schandfleck auf der politischen Weltkarte ist das rassistische Regime in Pretoria.

Die Motive für die übergeschnappte antisowjetische Kampagne, deren Ton Washington angibt, sind kein großes Geheimnis. Diese Kampagne braucht die US-Administration, um die „atlantische Solidarität“ zu stärken. Am Potomac glaubt man, daß man unter dieser Tarnung Pershings und Flügelraketen, Neutronenbombe und binäre Waffen leichter durchpeitschen könne. Geht man den Dingen auf den Grund, wird erkennbar: Die antisowjetische Hysterie hat der Westen vor allem deshalb nötig, um den Zeitgenossen die Augen zu verkleistern, um die Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaft zu kaschieren und um die Anziehungskraft des entwickelten Sozialismus zu mindern.

Doch das eine ist der Wunsch, das andere die Möglichkeit, ihn in die Tat umzusetzen.

Die Sowjetunion nimmt allein durch die Tatsache ihrer Existenz, die reale Praxis eines neuen Typs sozialer, zwischennationaler Beziehungen, durch das Vorbild bei der Lösung kompliziertester Probleme, mit denen der Kapitalismus nicht fertig werden kann, verstärkten Einfluß auf den Gang der Geschichte. Die Gründung und erfolgreiche Entwicklung der UdSSR ist von nichtwegzudenkender internationaler Bedeutung, heißt es im Aufruf des ZK der KPdSU „Zum 60. Jahrestag der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, sie kennzeichnet eine wichtige historische Phase im alten Kampf der fortschrittlichen Menschheit für Gleichberechtigung und Völkerfreundschaft, für die revolutionäre Erneuerung der Welt.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 9 FEBRUAR 1982

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. SCHELEPIN (Verantw. Sekretär), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Der Bund der Gleichen	1
A. Aleximow — In der Wirnis von „Junktim“	5
Westeuropa—USA. Atlantische Geiseln	
K. Karagesian — „Wir sind keine Gladiatorentruppe“	7
W. Larin — Auf gleicher Frequenz	8
F. Gorjunow — US-Zinshaie	10
A. Baryschew — Guatemala. Der Preis eines Menschenlebens	11
M. Tschernoussow — Heuchelnde Giftmischer	13
J. Olejnitschenko — RSA. Lügenexport	14
W. Grischin — Alle Probleme sind lösbar	15
Notizen ♦ Glossen	16
W. Sobakin — Driftes ist nicht gegeben	18
J. Wassilkow — Kampuchea. Morgenrot über dem Mekong	20
D. Wolski — Von El Salvador bis Namibia	22
J. Jerschow — USA. Öl und „Lebensinteressen“	24
S. Goljakow — Eng verflochten (Das politische Buch)	26
P. Schütt — Bildung statt Bomben	28
W. Rosen — Begegnung mit Diplomaten	29
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



In der ganzen Welt verstärkt sich die Protestbewegung gegen die von der US-Administration aufgenommene neue Runde des Waffrüstens. Immer mehr Menschen werden sich klar darüber, daß Kernkrieg ein Wahnsinn ist, der die Ausrottung der Menschheit nach sich ziehen würde. Für die friedliche Koexistenz gibt es keine vernünftige Alternative.

Die 1. Umschlagseite zeigt ein Plakat des bulgarischen Künstlers Nikola Nikolow.

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschadj. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU. Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschadj, Moskau.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 21. Februar wurde der Beschluß des ZK der KPdSU „Zum 60. Jahrestag der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ veröffentlicht. Darin heißt es: „Gründung und erfolgreiche Entwicklung der UdSSR haben nicht-wegzudenkende internationale Bedeutung, kennzeichnen eine wichtige historische Phase im uralten Kampf der fortschrittlichen Menschheit für Gleichberechtigung und Völkerfreundschaft, für die revolutionäre Erneuerung der Welt.“ Der Beschluß definiert die Aufgaben der ZK der KP der Unionsrepubliken, der Regions-, Gebiets-, Bezirks-, Stadt- und Rayonkomitees der Partei, der Parteigrundorganisationen, der Politorgane der Streitkräfte zur Vorbereitung des 60. Jahrestages der Gründung der UdSSR.

Am 22. Februar fand in Moskau eine Festsitzung von Vertretern der Werktätigen und Soldaten der hauptstädtischen Garnison anlässlich des 64. Jahrestages der Sowjetarmee und der Sowjetmarine statt. Im Festpräsidium befanden sich das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Verteidigungsminister der UdSSR, Marschall der Sowjetunion Dmitri Ustinow sowie andere Partei- und Staatsfunktionäre. Das Referat hielt der Oberkommandierende der Landstreitkräfte und stellvertretende Verteidigungsminister der UdSSR, Armeegeneral Wassili Petrow.

Am 19. Februar veröffentlichte TASS eine Erklärung zu dem von der US-Regierung bekanntgegebenen Milliardenprogramm der „chemischen Umrüstung“ (s. S. 13).

Am 17. Februar gab es im ZK der KPdSU eine Begegnung Boris Ponomarew, des Mitglieds des ZK der KPdSU und ersten Sekretärs des Moskauer Gebietskomitees der KPdSU Konotop sowie des stellvertretenden Leiters der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU Schaposchnikow mit einer Delegation der Arbeiterpartei-Kommunisten Schwedens, der der Vorstandsvorsitzende der Partei Rolf Hagel, die Vorstandsmitglieder Berg, Jönsson und Mårdh sowie der Vorsitzende der Revisionskommission Holmberg angehörten. Der Meinungsaustausch ergab identische Standpunkte beider Parteien bei der Beurteilung der internationalen Lage.

Vom 23. bis 25. Februar fand in Bama der erste Kongreß der Demokratischen Union des Malinesischen Volkes statt, dem das ZK der KPdSU eine Botschaft übersandte.

Bei den Wiener Gesprächen über Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuro-

„NEUE ZEIT“ 9:82



In El Salvador dauern die heftigen Kämpfe der Truppen der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) gegen Einheiten des proamerikanischen reaktionären Regimes an. Im Departement Usulután schossen die Patrioten einen der vom Pentagon unlängst gelieferten Kampfhubschrauber der Junta ab. Im Departement Morazán schlossen die Partisanen sechs Ortschaften ein und belegten die dort stationierten Einheiten des Regimes mit Feuer, wobei sie ihnen spürbare Verluste an Menschen und Material zufügten. Truppen der Aufständischen blockieren die Panamerikanische Chaussee. Auch in San Salvador aktivieren die Partisanen ihre Kampfhandlungen. Trotz der in der Hauptstadt verstärkten Streifen eroberten sie zwei Arbeiterbezirke und hielten sie mehrere Stunden. Unsere Bilder: FMLN-Partisanen bei Kampfhandlungen. FMLN-Partisanen in einem befreiten Gebiet

Fotos: UPI—TASS, Prensa Latina—TASS

pa legte die polnische Delegation im Namen der DDR, der VR Polen, der UdSSR und der CSSR offiziell den Entwurf eines „Abkommens über den beiderseitigen Abbau von Truppen und Rüstungen und die damit in Mitteleuropa verbundenen Maßnahmen auf der ersten Etappe“ vor. Dieses umfassende Dokument enthält alle notwendigen Komponenten für eine Übereinkunft, die es gestattet, die praktische Minderung der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa in Angriff zu nehmen. Im Dokument sind die Sicherheitsinteressen aller bei den Wiener Gesprächen vertretenen Staaten genau ausgewogen — sozialistischer und kapitalistischer, größer und kleiner, direkter Teilnehmer und Länder mit Sonderstatus. Klar formuliert ist das Endziel der Gespräche, in zwei Etappen die Gesamtzahl der Mannschaften der Streitkräfte jeder Seite (jedes Bündnisses) auf den gleichen kollektiven Stand von je 900 000 Mann zu senken.

Am 16. und 17. Februar tagte in Prag das turnusmäßige Konsultativtreffen der Leiter der Parlamentsgruppen der sozialistischen Länder — Bulgariens, der DDR, der KDVR, Kubas, der Mongolei, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowa-

kei, der UdSSR, Ungarns und Vietnams. Sie hatten einen Meinungsaustausch über die Ergebnisse der 68. Interparlamentarischen Konferenz im September 1981 und erörterten ferner Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf die bevorstehenden Frühjahrstagungen der Organe der Interparlamentarischen Union. Die Teilnehmer verabschiedeten eine Erklärung, die die Einmischung der USA und einiger anderer westlicher Länder in die inneren Angelegenheiten Polens verurteilt. Ferner wurde dem Volk Kubas, das gegen die Anschläge auf seine Freiheit und Unabhängigkeit seitens des US-Imperialismus kämpft, feste Unterstützung ausgesprochen.

In der Nacht zum 19. Februar lösten Terroristen aus der Jüdischen Verteidigungsliga eine Bombenexplosion vor der Aeroflot-Vertretung in Washington aus. Es gab beträchtlichen Sachschaden. Durch einen glücklichen Zufall blieben die Mitarbeiter der Vertretung unverletzt.

Am 20. Februar erörterte in Warschau das Politbüro des ZK der PVAP die gesellschaftspolitische Situation im Land. Es beschloß, das 7. Plenum des

ZK der PVAP zum 24./25. Februar einzuberufen. In Warschau wurde weiter offiziell bekanntgegeben, daß am 26./27. Februar eine Tagung des Sejm stattfindet.

Am 19. Februar wurde in Helsinki die Zusammensetzung der neuen finnischen Regierung bekanntgegeben. Ministerpräsident ist Kalevi Sorsa (Sozialdemokratische Partei). Außenminister Pär Stenbäck (Schwedische Volkspartei Finnlands). Nikolai Tichonow beglückwünschte Kalevi Sorsa zu seiner Ernennung und brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß die UdSSR und Finnland auch künftig den bewährten Weg der Festigung und Weiterentwicklung der gutnachbarlichen Beziehungen und der ersprießlichen Zusammenarbeit auf der unerschütterlichen Grundlage des sowjetisch-finnischen Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe aus dem Jahr 1948 verfolgen werden.

Am 17. Februar endete in Vientiane die 5. Konferenz der Außenminister von Laos, Vietnam und Kampuchea (s. S. 15).

Am 22. Februar begann in Delhi die dreitägige Konferenz der Entwicklungsländer „Süden—Süden“, an der Vertreter von 44 Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas teilnehmen. Die Eröffnungsrede hielt die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi. Die Konferenzteilnehmer befassen sich mit dem Ausbau der Zusammenarbeit der jungen Nationalstaaten zur Konsolidierung ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit und der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und gleichberechtigter Grundlage.

Anläßlich des dritten Jahrestags der chinesischen Aggression gegen die SRV brachte die Zeitung „Nhan Dan“ einen Artikel des Mitglieds des Politbüros des ZK der KP Vietnams und Vorsitzenden des SRV-Staatsrats Truong Chinh unter dem Titel „Das vietnamesische Volk ist fest entschlossen, alle aggressiven Pläne der chinesischen Expansionisten und Hegemonisten zu durchkreuzen“. Das aggressive Eindringen der chinesischen Armee in Vietnam vor drei Jahren wird als eine der schmutzigsten Taten der Pekinger regierenden Gruppierung in die Geschichte eingehen, heißt es in dem Artikel.



Die Tschechoslowakei erweist dem sozialistischen Vietnam bei der Ausbildung eigener Kader brüderliche Hilfe. In Betrieben und auf Baustellen, in Staatsgütern und Landwirtschaftsgenossenschaften der CSSR durchlaufen Jungen und Mädchen aus der SRV eine Praxis. An den Lehranstalten lernen viele vietnamesische Jugendliche. Unser Bild: Künftige Traktoristen beim Unterricht in einem Agrar-Lehrzentrum in Mährisch-Kromau

Foto: ČTK—TASS

In Managua endete die Beratung der Ständigen Konferenz der politischen Parteien Lateinamerikas. An ihr beteiligten sich Vertreter von 20 lateinamerikanischen Parteien, die den aggressiven Kurs Washingtons in Mittelamerika entschieden verurteilten. In der Schlußklärung heißt es, die Lage in der Region habe sich angesichts der zunehmenden Gefahr einer militärischen Einmischung der USA wesentlich zugespitzt. Die Hegemonie- und Konfrontationspolitik der Reagan-Administration löse tiefe Empörung und Proteste in der ganzen Welt aus.

Vom 15. bis 18. Februar fand in Damaskus eine Internationale Konferenz der Solidarität mit dem Kampf des syrischen Volkes statt, die von der Afro-Asiatischen Solidaritätsorganisation (AAPSO) gemeinsam mit den Nationalkomitees für afro-asiatische Solidarität der Nahostländer durchgeführt wurde. In der Schlußklärung verurteilten die Teilnehmer die israelische Annexion der syrischen Golan-Höhen. Die Konferenz forderte die Weltöffentlichkeit auf,

zur Realisierung des UNO-Beschlusses über Sanktionen gegen Israel beizutragen sowie die gegen die abenteuerliche Aggressionspolitik der USA gerichteten Anstrengungen zu intensivieren.

Am 18. Februar gab der Ministerpräsident der Republik Simbabwe und Präsident der Partei ZANU — Patriotische Front Robert Mugabe in Salisbury den Ausschluß der Gruppe der Mitglieder der Patriotischen Front (ehemals ZAPU) unter Joshua Nkomo aus der Koalitionsregierung bekannt.

Am 19. Februar begann in Madrid ein Gerichtsverfahren gegen 33 Teilnehmer des von reaktionären Militärs am 23. Februar v. J. unternommenen Putschversuchs.

Am 18. Februar fanden in Irland vorfristige Parlamentswahlen statt. Sie ergaben sich aus dem Rücktritt der Koalitionsregierung der rechten bürgerlichen Partei Fine Gael und ihres Juniorpartners, der Labour Party. Keine der auf die Bildung der neuen Regierung Anspruch erhebenden Parteien konnte die nötige absolute Mehrheit erringen.

Am 16. Februar wählte das Parlament Maltas für die folgende Amtsperiode das Mitglied der regierenden Labour Party Agatha Barbara zum Präsidenten der Republik. Sie war 1947 die erste ins maltesische Parlament gewählte Frau und bekleidete in der letzten Regierung den Posten des Arbeits-, Sozial- und Kulturministers.



Tausendköpfige Demonstration Jugendlicher in Tokio verdeutlichte deren Entschlossenheit, die aggressiven Pläne der von den USA angeführten Militaristen zu durchkreuzen und beharrlich für die Beseitigung der Kernkriegsgefahr zu kämpfen Foto: Japan Press—TASS

NZ POST

Der Imperialismus versucht, seine Positionen auf dem afrikanischen Kontinent zu behalten und die nationale Befreiungsbewegung einzudämmen. Die westliche Propaganda überschwemmt uns derweilen mit Antikommunismus und antisowjetischer Hetze. Unter diesen Umständen tut wahrheitsgetreue Information not, die uns helfen würde, uns der imperialistischen Propaganda entgegenzustellen. Das ist für mein Land, Lesotho, das von der RSA umgeben ist, besonders aktuell. Die Rassisten wollen die politische Stabilität Lesothos untergraben. Wir Patrioten des unabhängigen Afrika schätzen die sowjetischen Periodika sehr. Für uns sind die Erfahrungen des sowjetischen Volkes sehr wichtig, das im Kampfe für Frieden und Fortschritt führend ist.

M. MOLUMONG
Maseru, Lesotho

Ich schreibe im Namen jener Italiener, die unter der bei uns verbreiteten Bodenspekulation leiden. Das treibt die Mieten hoch, und so bleiben viele schlechtbezahlte Arbeiter, Rentner, kinderreiche Familien und Invaliden obdachlos. Die Exmittierten sind hoffnungslos. Die Massenmedien schweigen sich aus, die Gerichte nehmen aber nur die Interessen der Reichen wahr.

Emmanuele GAMMILLIERE
Rom, Italien

Ich lese die NZ bereits 15 Jahre und bin stets zufrieden mit den Publikationen, außer vielleicht einigen Anekdoten aus dem „PS“. Ich wollte Sie bitten, möglichst die neuen oder seltenen Termini zu erklären, die in ihren Artikeln gebraucht werden.

I. I. KITSCHENKO
Gebiet Aktjubinsk,
Kasachische SSR

IN DER WIRRRNIS VON „JUNKTIMS“

Alexander ALEXIMOW

Washingtons verantwortungslose Politik kompliziert die Weltlage immer mehr. Noch nie seit dem zweiten Weltkrieg war sie so ernst. Zum provokatorischen Treiben um Polen, zum Kurs auf Verschärfung der Ost-West-Beziehungen, auf militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR kommt hinzu, daß die US-Administration offensichtlich nicht gewillt ist, die Grundlage für gegenseitig annehmbare Vereinbarungen über die Begrenzung und Reduzierung von Rüstungen zu suchen.

Der SALT-II-Vertrag, den die Führer beider Länder unterzeichnet haben, ist unverfroren als „inakzeptabel“ verworfen, die Verhandlungen über viele andere Abrüstungsprobleme sind eingestellt bzw. eingefroren worden. Das Herangehen der USA an die Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa ist wohl kaum als ernsthaft zu bezeichnen.

Als diplomatisches Mittel des Kampfes gegen die UdSSR verwendet das Weiße Haus noch immer die Methode des „Junktims“ (linkage): Die Lösung der einen oder anderen Probleme wird in Abhängigkeit von Fragen ohne direkten Zusammenhang mit dem Verhandlungsgegenstand gebracht. Washington verlangt von der UdSSR „gutes Verhalten“ und behält sich das Recht vor, zu bestimmen, was darunter zu verstehen sei.

Andrej Gromyko sagte: „Allgemein gesprochen, würde wohl kaum jemand abstreiten, daß alles in der Welt, ja im All miteinander verbunden ist. Das ist ein objektiver Fakt. Aber wenn man von globalen Maßstäben absieht und einen nüchternen Blick auf die internationale Entwicklung während einer langen Periode wirft, wird klar, daß es bei einer solchen ‚Verbindung‘ im Grunde unmöglich ist, auch nur ein einziges internationales Problem zu lösen. Ist es denn denkbar, daß alle Probleme mit einem Schlag zu lösen wären?“

Die linkage- bzw. Junktim-Theorie setzte bei den ersten Schritten der Nixon-Administration ein. In der Fachliteratur wird sie am häufigsten auf Kissinger zurückgeführt. Zuerst als Sicherheitsberater des Präsidenten und dann als US-Außenminister versuchte er, seine

Postulate auf die Verhandlungen mit der UdSSR anzuwenden. Kissinger seinerseits hatte diese Methode offenbar seinem Idol Metternich, einem österreichischen Staatsmann des 19. Jahrhunderts, abgeguckt.

Wie der Ex-Außenminister in seinen Memoiren schreibt, habe er den Terminus „linkage“ erstmals am 6. Februar 1969, bei einem Briefing mit Journalisten gebraucht, als er das Problem der Verhandlungen mit der UdSSR über die Begrenzung der strategischen Waffen mit der allgemeinen politischen Weltlage „koppelte“.

Der prinzipienlose Politiker Kissinger zog es, nach Ansicht einiger Beobachter, überhaupt vor, „alle ‚Verkettungen‘ an allen sowjetisch-amerikanischen Schnittpunkten in jedem Raum der Erde als gleich fest“ zu betrachten, um damit gleich erfolgreich den USA Vorteile zu verschaffen. Kurz, Kissinger sah die linkage-Theorie, wie er selbst sagte, als „Synonym für einen allumfassenden strategischen und geopolitischen Standpunkt“.

Zu Beginn ihrer Tätigkeit zog die Nixon-Administration den unbegründeten Schluß, sie könnte der UdSSR „Zugeständnisse“ abringen als Gegenleistung für die Befriedigung einiger ihrer Interessen bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen, die der UdSSR wichtiger gewesen seien als den USA. Dem Schluß folgte der Versuch, die Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen mit einer für die USA günstigen Lösung einiger anderer Probleme zu koppeln, darunter im Nahen Osten und in Südostasien.

Viele US-Wissenschaftler sind sich darüber einig, daß schon bei den sowjetisch-amerikanischen Vorberatungen, die über diplomatische Kanäle erfolgten und die damals bevorstehenden Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen betrafen, die amerikanische Seite, noch immer davon ausgehend, daß die UdSSR an diesen Verhandlungen ganz besonders interessiert sei, die Meinung vertrat, sie müsse es sich etwas kosten lassen. So kam der Junktim-Gedanke zur Welt.

In der Praxis gewannen die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen sofort selbständige

Bedeutung, schon weil sie so wichtig sind und spezifische Probleme behandeln. Wie der US-Wissenschaftler Arthur Cox schreibt, erlitt die linkage-Politik gegenüber den Russen Schiffbruch, lieferte jedoch zugleich den Entspannungsgegnern in den USA kräftige Argumente.

Später dehnte Washington seine linkage-Experimente auf den politischen, kommerziellen und wirtschaftlichen Bereich aus. Anfang 1978 z. B. versuchte der Leader der Republikaner im Senat, Baker, zwischen den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen und — der Unterstützung des einer Aggression ausgesetzten Äthiopien durch die UdSSR eine Verbindung herzustellen.

Unter Anwendung derselben linkage-Theorie hat die Carter-Administration die Verhandlungen zwischen der UdSSR, den USA und Großbritannien über das allgemeine und vollständige Verbot von Kernwaffentests in eine Sackgasse geführt, weicht einer Fortführung der Verhandlungen über die Begrenzung der militärischen Aktivität im Indischen Ozean aus und hat eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Begrenzung von Verkauf und Lieferungen konventioneller Waffen abgeschlagen. Schließlich hat sie die Ratifizierung von SALT II in ihr linkage-System eingebaut und ein Junktim hergestellt zwischen der Ratifizierung und dem Einmarsch eines begrenzten sowjetischen Truppenkontingentes in Afghanistan, der auf Bitte der afghanischen Regierung und im Einklang mit dem sowjetisch-afghanischen Vertrag erfolgte. Später, im Mai 1981, verleugnete Außenminister Haig dieses „Junktim“ ohne viel Federlesens: „Viele sagen, SALT II sei an Afghanistan gescheitert. Nichts falscher als das...“

Bei der Betrachtung dessen, wie Washington jeden Fortschritt bei der Rüstungskontrolle an umfassendere politische Probleme zu knüpfen sucht, veranschaulicht der bekannte US-Experte für Abrüstungsfragen Barry Blechman an konkreten Beispielen, wie die USA auf diese Weise wiederholt wichtige Vereinbarungen mit der UdSSR hintertrieben.

Im Kongreß wurden sogar drei Varianten der linkage-Politik in den

sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ausgearbeitet: „positive Koppelung“ (positive linkage), „passive Koppelung“ (passive linkage) und „Koppelung unter Druck“ (high-pressure linkage).

„Positive Koppelung“ setzt die Herstellung künstlicher Bezüge voraus, wie Kissinger unter Nixon und Ford sie praktizierte. Demgemäß „wird das Gespinnst miteinander verbundener und sich gegenseitig verstärkender Koppelungen in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen geschaffen und benutzt“. Diese Methode erfordert einen gewissen „Grad von Zusammenarbeit“ zwischen beiden Großmächten. Im Mittelpunkt könne hier, wie gemeint wird, der SALT-Prozeß stehen.

„Passive Koppelung“ ist kennzeichnend für die Politik der Carter-Administration. Auch diese sieht die verschiedenen Aspekte der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen als voneinander abhängig an. Wie jedoch die Anhänger dieser Klassifizierung behaupten, wird dabei die Koppelung einzelner Seiten dieser Beziehungen vermieden. So hetzte die Carter-Administration gegen die UdSSR unter dem Vorwand des „Schutzes der Menschenrechte“ und verhandelte mit ihr zugleich über die Begrenzung der strategischen Waffen.

„Koppelung unter Druck“ schließlich bedeutet „wirksame Strafoperationen“ gegen die UdSSR in einem Bereich der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, wenn die USA mit den Handlungen der UdSSR in einem anderen Bereich „unzufrieden“ sind. Wie einige Vertreter dieses Herangehens in den USA meinen, sei das „Verhalten“ der UdSSR in der dritten Welt gerade ein Grund dafür, daß der USA-Kongreß SALT II nicht ratifiziert habe.

Die Koppelung der Verhandlungen über die Rüstungskontrolle mit anderen Aspekten der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen ist nunmehr eine außenpolitische Hauptthese der Reagan-Administration. Schon auf seiner ersten Pressekonferenz als USA-Präsident erklärte Reagan: Die Hauptsache bei den SALT-II-Verhandlungen müsse nicht die Erörterung der Bedingungen für die Begrenzung des Wettrüstens, sondern die **Verbindung** dieses Problems mit anderen hierzu nicht gehörenden Problemen sein (hervorgehob. von mir — A. A.). Und weiter: „Man darf sich nicht hinsetzen und verhandeln, ohne... all die anderen Ereignisse in Betracht zu ziehen... Anders ausgedrückt, bin ich für Koppelung.“

Außenminister Haig betonte im April 1981: „Koppelung ist das Hauptkonzept der Administration.

Das bedeutet, daß Verhandlungen, ihr Verlauf, Umfang und ihre Ebene vom Verhalten der UdSSR auf internationaler Ebene im weitesten Sinne des Wortes abhängen werden.“

Eine solche künstliche Koppelung verwandelt sich schon in Vorbedingung für die Abrüstungsverhandlungen. Selbst nachdem Haig auf einer Pressekonferenz den Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der UdSSR über die Rüstungskontrolle erwähnt hatte, hob er hervor: Dieser Zeitpunkt „wird schon an sich eine Widerspiegelung des Terminus Junktims sein“. Zur Erläuterung fügte er dem hinzu: Die Rede sei „von anderen Aspekten des Verhaltens der UdSSR auf internationaler Ebene, wie das auch sein muß“.

Die Verkoppelung müsse, wie der stellvertretende Außenminister Eagleburger sagte, „ein operatives Prinzip“ der Reagan-Administration in den Beziehungen zur UdSSR sein. Eugene Rostow, Vorsitzender des „Komitees für die bestehende Gefahr“, den der Präsident zum Direktor der Agentur für Rüstungskontrolle und Abrüstung ernannte, gab gleich nach seinem Amtsantritt Pläne bekannt, die Frage der Rüstungsbegrenzung mit einer „fundamentalen Revision“ des gesamten Problems der Überprüfung dessen, wie die Abkommen erfüllt werden, zu koppeln.

Verteidigungsminister Weinberger realisiert nun die neueste Variante der Koppelung, indem er das Recht der USA proklamiert, die „Strafe“ für Handlungen, die die UdSSR nicht einmal unternommen hat, festzusetzen. Laut Weinberger sei eine solche Politik der USA-Regierung dazu angetan, die Schritte der UdSSR im Ausland „einzudämmen“.

Viele US-Politiker wiesen auf die Unzulässigkeit der linkage-Konzeption hin und betonten, daß die sowjetisch-amerikanischen SALT-Verhandlungen kein Zugeständnis an die UdSSR, vielmehr an sich überaus wichtig sind und daß ihre baldigste Wiederaufnahme den nationalen US-Interessen entspricht.

Wie Senator Edward Kennedy sagte, müsse bei jedem Abkommen über die Rüstungsbegrenzung den Ausschlag geben, ob es den Forderungen der nationalen Sicherheit der USA entspreche. Senator Cranston sagte dem Außenminister direkt, er lehne die linkage-Theorie ab und betrachte es als einen „ausgesprochenen Mißerfolg“ der Reagan-Administration, daß sie 15 Monate nach ihrem Wahlsieg noch immer keinen Standpunkt zum „Problem Nr. 1 unserer Zeit“ — Kontrolle der strategischen Kernwaffen — ausgearbeitet hat.

Wie absurd Versuche sind, die Lösung des Problems der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen an die Regelung anderer politischer Probleme sowohl in den Ost-West-Beziehungen als auch im Rahmen der dritten Welt zu knüpfen, liegt auf der Hand. Der einzige Zweck solcher „Junktims“ besteht darin, die Basis für Verhandlungen zu unterminieren. Es wird doch kaum jemand vermuten, die souveräne UdSSR würde Vorbedingungen oder die amerikanischen „Verhaltensregeln“ annehmen.

Die USA-Führung fordert auch Westeuropa auf, der UdSSR gegenüber die linkage-Konzeption anzuwenden, ganz gleich, ob es sich um die Abrüstungsverhandlungen oder um bilaterale Beziehungen handelt. Auf der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO im April 1981 in Bonn schlug Washington seinen Bündnispartnern beharrlich eine neue Variante des „Junktims“ vor. Diesmal machte es die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen vom „sowjetischen Verhalten“ im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen abhängig.

Dieser Taktik befleißigen sich die USA auch bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der Kernwaffen in Europa. Um die Sache auf fruchtlose Diskussionen hinauslaufen zu lassen, treten sie faktisch auf der Stelle, indem sie immer wieder die von Reagan am 18. November 1981 formulierte und dem amerikanischen Vertragsentwurf zugrunde gelegte „Null-Lösung“ in Vorschlag bringen.

Der sowjetische Standpunkt zu dieser Frage ist klar und konsequent. Leonid Breshnew sagte am 3. Februar, als er Vertreter des Konsultativrats für Abrüstung der Sozialistischen Internationale empfing: „Die Diplomatie erfordert nicht Verflechtungen, sondern Entflechtungen. Der verworrene Knoten von Konfliktsituationen und Streitpunkten der heutigen Welt ist von keinem Schwert zu durchhauen. Der einzige Weg ist der Weg geduldiger konstruktiver Verhandlungen, und zwar von Verhandlungen, die eine reale Einschränkung und Vernichtung der Rüstungen sichern.“

Die Washingtoner linkage-Konzeption hat den Zweck, die grundlegenden Völkerrechtsprinzipien, die in der UNO-Charta, der Schlußakte von Helsinki und anderen internationalen Urkunden fixiert sind, durch „Koppelung“ zu ersetzen. Diese Konzeption ist nur dazu angetan, die Weltlage in eine Sackgasse — mit allen sich daraus ergebenden Folgen — zu führen.

ATLANTISCHE GEISELN

In den USA wird versichert, man wolle die Länder Westeuropas mit den neuen Raketen, Neutronenbomben und C-Waffen „nur schützen“. Doch diese Güte Uncle Sams löst den Protest der Westeuropäer aus und führt zu einem zunehmenden Antiamerikanismus selbst unter der Bevölkerung der treuesten NATO-Partner Washingtons. Nachstehend berichten wir von den jetzigen Beziehungen zwischen den USA und ihren beiden wichtigsten Verbündeten BRD und Großbritannien, von den wirtschaftlichen Querelen zwischen den USA und der EG.

„WIR SIND KEINE GLADIATORENTRUPPE“

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

„Ohne Amerika sind wir verloren. Die USA sind unsere Schutzmacht.“ In diesen beiden Sätzen steckt, was die Politiker seit Gründung der NATO den Westeuropäern einhämmern wollen. Inzwischen gab es über den Atlantik hinweg vielerlei Gerangel, die verbündeten Rivalen schlugen sich um die Absatzmärkte, und es kam zu heftigen politischen Auseinandersetzungen. Doch die These von der „Schutzmacht“ hat man in der NATO wie seinen Augapfel gehütet. Sie in Zweifel zu ziehen, galt als eine eben solche Heiligenschändung wie z.B. der Versuch, die „sowjetische Bedrohung“ anzuzweifeln.

Die These, Washington sei die „große Hoffnung“ der Europäer, wird systematisch und stur unters Volk gebracht. Sie ist auch jetzt Bestandteil der offiziellen Propaganda, trotz der Ärgernisse, die die Westeuropäer mit den Aktivitäten des überseeischen Partners immer wieder haben. Anzeichen für die veränderte Situation war in jüngster Zeit ein Problem, das bei der Befragung der öffentlichen Meinung Westeuropas studiert wurde: „Was befürchten Sie stärker: die Gefahr aus dem Osten oder die möglichen Folgen der US-Politik?“ Noch vor kurzem wäre schon die Frage selbst undenkbar gewesen. Heute werden nicht nur solche Fragen veröffentlicht, sondern auch Antworten, die häufig nicht zugunsten Washingtons ausfallen. Und das nach der jahrzehntelangen propagandistischen Erziehung!

Hier helfen keine Faustschläge auf den Tisch des Weißen Hauses mehr und keine Appelle der eigenen Politiker, keinen „Antiamerikanismus“ zuzulassen. Es wird immer klarer: Das, was

man in Westeuropa Antiamerikanismus nennen kann, haben die Politiker der USA selbst gesät. Sie vertieften das Mißtrauen und die Befürchtungen gegenüber der Politik Washingtons, die sich seit langem unter den Europäern eingenistet haben.

In den letzten Tagen ist wieder eine Woge europäischen Zorns über die Washingtoner Aktivitäten aus den europäischen Zeitungen geschwappt. Die jetzige Woge hat zwei Merkmale. Erstens sind nun nicht nur loyale NATO-Bürger und deren Presse von Zweifeln angezogen, sondern sogar konservative Kreise, die früher auf jedes Niesen Washingtons reagierten. Zweitens handelt es sich heute nicht mehr nur um eine Kritik einzelner Punkte der US-Außenpolitik, sondern wird immer häufiger die Frage gestellt, ob diese Politik durch irgend etwas anderes außer dem primitiven bössartigen Antikommunismus und dem Verlassen auf die Waffen untermauert sei?

Hauptmerkmal für die Loyalität der NATO war stets die Bereitschaft, es den Amerikanern gleichzutun. Jetzt sind die „Idealisten“ in der NATO durcheinandergeraten. Das SPD-Blatt „Vorwärts“ erinnert an die offiziellen (und natürlich schön ausgeschmückten) Vorstellungen über die Aufgaben der NATO und gibt zu verstehen, das jetzige Vorgehen des Weißen Hauses komme einer Aushöhlung der Fundamente des Blocks gleich. Man denke nur: dessen wird die wichtigste Macht des Atlantik-Pakts beschuldigt! „Zu befürchten ist aber, daß unter dem Druck der USA die Geschäftsgrundlage der NATO verändert wird und von ihrer Doppelfunktion — Entspannung und Verteidigung — nur noch die Rüstungsanstren-

gungen übrigbleiben“, schreibt der „Vorwärts“ in einer Analyse der Haltung Washingtons unter dem bezeichnenden Titel „Wirklichkeitsfremder Blick von der hochgerüsteten Festung“.

Die Besorgnis nimmt ebenso beharrlich zu, wie sich der Druck verstärkt. Kürzlich forderten auf einer Beratung von Militärexperten und hochgestellten Politikern in München US-Verteidigungsminister Weinberger und der NATO-Oberkommandierende in Europa Rogers in grober Form von den Europäern, sie sollten den Handel mit den sozialistischen Ländern einstellen und ihre Militärhaushalte nun nicht mehr um nur 3%, sondern mindestens um 4% jährlich aufstocken.

Die Besorgnis am Rhein wird auch dadurch vergrößert, daß die kriegerischen Erklärungen aus Übersee von sehr realen militärischen Maßnahmen begleitet sind, die gewöhnlich unmittelbar Interessen und Sicherheit Europas und insbesondere der BRD betreffen. Dazu gehören die Pläne zur Stationierung neuer nuklearer US-Mittelstreckenraketen und der Beschluß über die Herstellung der Neutronenwaffe (die ebenfalls für Europa bestimmt ist) und das Projekt des nuklearen „Erstschlags“ über der Alten Welt und vieles andere.

Dieser Tage kam dazu noch eine „Überraschung“, die selbst die europäischen Reagan-Fans aus den extremkonservativen Kreisen aufrüttelte: Die Entscheidung der US-Administration, im Finanzjahr 1983 über 800 Mio Dollar zur Massenherstellung von Giftgasen bereitzustellen und weiterhin zu einem Milliardenprogramm der „chemischen Umrüstung“ der USA zu kommen.

Die „Frankfurter Rundschau“ hob sofort den unmittelbaren Zusammenhang zwischen dieser Entscheidung und der reaktionären Politik Washingtons in den verschiedenen Weltteilen hervor. „Die Produktion chemischer Waffen liegt ja, laut Reagan, im Interesse der USA, weil — wie der Präsident ausführt — es kein echtes Verbot für Lagerung und Produktion chemischer

Kampfstoffe gebe. Ob Reagan von einschlägigen Genfer Konventionen gehört hat, von internationaler Achtung, ist demnach wohl nicht mehr zu fragen", meint die Zeitung. Beunruhigt sind die Bundesdeutschen auch über einen anderen Umstand. „Militärische Fachleute nehmen an, daß Europa der wahrscheinlichste Ort für den Einsatz chemischer Kampfstoffe im Kriegsfall sein könnte“, bemerkt die „Frankfurter Allgemeine“, beschwichtigt allerdings gleich: „Doch werden Erwägungen, neue chemische Stoffe in Europa zu lagern, in Washington als politisch und psychologisch unzumutbar für die Bündnispartner bezeichnet.“

In der Tat, die Reagan-Administration hat ihre Verbündeten — zum wievielten Mal schon — in eine äußerst prekäre Lage gebracht. Der offizielle Sprecher der Bundesregierung beschränkte sich auf die Erklärung, es handle sich um eine „souveräne Entscheidung Amerikas, die die Bundesregierung zur Kenntnis genommen habe“. Bald jedoch wurde bekannt, daß der Beschluß Reagans hinsichtlich der beschleunigten Herstellung von Kampfgasen in Bonner Regierungskreisen sehr viel mehr negative Emotionen ausgelöst hatte, als das zunächst erkennbar wurde.

Der FAZ-Kolumnist Adelbert Weinstein, sonst ein Bewunderer aller militaristischen Initiativen des Pentagon, hielt es diesmal für nötig, seine Freunde vor einer Unterschätzung des Zorns der Europäer zu warnen: „Die amerikanische Entscheidung beunruhigt die Europäer. Die Öffentlichkeit reagiert ähnlich wie bei der Neutronenwaffe mit Gefühlen. Immerhin leben auf dem alten Kontinent noch Veteranen, die die Hölle des Gaskrieges miterlebt haben.“

Im weiteren lobt Weinstein die Amerikaner dafür, daß sie diese Gefühle in Rechnung gezogen hätten und angeblich die Frage der Stationierung der neuen Waffe in Europa nicht anschnitten. Diese Behauptung jedoch wird von den Tatsachen und von Experten widerlegt. Für Springers „Welt“, die wie gewöhnlich von der Position der NATO-Generale ausgeht, haben die neuen Waffen nur dann einen Sinn, „wenn sie in der Nähe der Fronttruppe gelagert sind, im Falle der amerikanischen Streitkräfte heißt das in Europa“. „Die Welt“ tröstet ihre Landsleute auf eigene Art: Solche Waffen seien in Europa schon immer gelagert worden. Gegenwärtig ginge es „nur“ darum, veraltete Munition durch neue zu ersetzen.

Die DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ appellierte an die Bundesregierung, dem Aufruf des DGB von Rheinland-Pfalz zu folgen und alle Vorräte des tödlichen Gases aus der Bundesrepublik zu entfernen. Diesen Aufruf erließen die Gewerkschaften Ende des vorigen Jahres, als bekannt wurde, daß sich in Rheinland-Pfalz unweit der Stadt Pirmasens das größte Lager von Nervengasmunition außerhalb der USA befindet.

Auf einer Kundgebung in Pirmasens erschütterte der Landesbezirksvorsitzende des DGB Julius Lehlbach seine Zuhörer mit der Mitteilung, die in der Westpfalz gelagerten Giftgase reichten aus, um die Bevölkerung ganz Europas zu vergiften. Er erinnerte daran, daß Giftstoffe keineswegs Defensiv-, sondern Offensivwaffen seien. Schon deshalb widerspricht ihre Lagerung der Verfassung der BRD, die es untersagt, einen Aggressionskrieg auf dem Boden des Landes vorzubereiten. Unter dem Beifall der Anwesenden erklärte der Gewerkschaftsführer: „Wir sind keine Gladiatorentruppe unseres amerikanischen Verbündeten, die bereit ist, auf dem europäischen Schlachtfeld zu sterben, damit Amerika überleben kann.“

Bonn

AUF GLEICHER FREQUENZ

Wladimir LARIN

Auf beiden Seiten des Atlantik werden die Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA als spezifisch bezeichnet. Das ist logisch, wenn man die Historie der Völker beider Länder, die gemeinsame Sprache, die vermischte Kultur, die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen bedenkt. Doch die spezifischen Beziehungen erscheinen in einem anderen Licht, wenn die US-Administration ihren Realismus einzubüßen beginnt und die Politiker des anderen Landes dennoch beharrlich dem Vorreiter folgen.

Es wird hin und wieder behauptet, die britische Regierung habe ihre Außenpolitik völlig der amerikanischen angeglichen. In London dagegen kommt nicht selten der entgegengesetzte Gedanke zum Ausdruck, die erfahrenen Briten leiteten die überseeischen Politiker, die zu einer vereinfachten Auffassung internationaler Probleme tendierten, unmerklich und achtsam. Wer wen

tatsächlich lenkt, ist nicht so wichtig. Wichtiger ist: In jüngster Zeit schafft die spezifische anglo-amerikanische Partnerschaft für die internationalen Angelegenheiten erhöhte Gefahr.

Am stärksten sichtbar wurde die Spezifik der Beziehungen zwischen den beiden Staaten nach dem Wahlsieg der Konservativen unter Margaret Thatcher und dem Amtsantritt der republikanischen Reagan-Administration. Dabei verstärkte sich der Einfluß der Ultrarechten in den von ihnen geführten Parteien, ihr Einfluß auf die Bestimmung der Außenpolitik ihrer Länder. In Washington und London sprach man von einer „Seelenverwandtschaft“ der britischen Premierministerin und des US-Präsidenten, von der Einstimmung auf eine einheitliche politische und ideologische Frequenz.

Bald nach der offiziellen Amtsübernahme Ronald Reagans reiste die Tory-Chefin zum „Uhrenvergleich“

in die Neue Welt. „Die besonderen Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA, die mehrere Generationen hindurch bestehen, sind in einem sehr guten Zustand und gedeihen. Das zumindest ist der Eindruck der USA“, erklärte Außenminister Haig nach den Gesprächen. Und Mrs. Thatcher verkündete: „Wenn ihr nach Freunden Ausschau haltet, wir werden da sein!“

In London wacht man eifersüchtig über die Partnerschaft zu Washington. In der relativ kurzen Amtszeit beteiligte sich die Tory-Regierung an vielen gefährlichen Vorhaben der US-Politiker. England gab im Grunde als erstes sein Einverständnis zur Stationierung von nuklearen US-Mittelstreckenwaffen, damit wurde es den anderen NATO-Mitgliedern Beispiel, und unterstützte den Gedanken einer Ausdehnung des Wirkungsbereichs dieses Blocks. Whitehall begrüßte begeistert den Plan zum Aufbau der sogenannten Eingreiftruppe, billigte Washingtons Pläne hinsichtlich der Neutronenwaffe, verabschiedete ein Programm zur Modernisierung der eigenen Nuklearkräfte auf der Basis des amerikanischen Trident-Systems

(die Kosten dafür schwanken zwischen 5 und 10 Md. Pfund Sterling, je nachdem, ob die Amerikaner S4- oder D5-Raketen anbieten). In London legte man sich ins Zeug, um sich an die NATO-Abmachung über die jährliche 3%ige Aufstockung der Militärbudgets zu halten, obwohl es angesichts der äußerst angespannten Wirtschaftslage nicht so einfach war, das von der Reagan-Administration vorgegebene Tempo des Wettrüstens durchzuhalten.

Vor dem Jahreswechsel wurden die Engländer von einer neuen Nachricht überrascht. Das Weiße Haus gab bekannt, es werde an die beschleunigte Herstellung von C-Waffen gehen, die dann in einigen westeuropäischen Ländern, darunter auch in Großbritannien, gelagert würden.

Washington wird von London nicht nur unterstützt. Das Tory-Kabinett versucht, Druck auf jene westeuropäischen Staaten auszuüben, die die militaristischen Ambitionen des Weißen Hauses nüchterner beurteilen. Inzwischen werden die britischen Inseln, die ohnehin schon von eigenen und US-Stützpunkten (hier befinden sich 18 der wichtigsten US-Basen), von Munitionslagern und Übungsplätzen überfüllt sind, systematisch und zielstrebig mit neuen Waffen, Plänen und Projekten vollgestopft.

Der Überschwang der „spezifischen Beziehungen“ wurde im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen besonders sichtbar. Als Präsident Reagan bei der Bekanntgabe der „Sanktionen“ gegen Polen und die Sowjetunion die formellen Konsultationen mit den westeuropäischen Verbündeten unter den Tisch fallen ließ, zweifellos, weil er die zwischen ihm und einigen Politikern dieser Länder, darunter den britischen, bestehende „Seelenverwandtschaft“ in Rechnung zog, hatte er sich nicht geirrt. Gerade London unterstützte als erstes die antipolnischen und antisowjetischen Sanktionen Washingtons. Mrs. Thatcher machte mit bei der von den Amerikanern veranstalteten Propagandashow. Die Präntentionen der USA, die politische und gesellschaftliche Entwicklung des sozialistischen Polen bestimmen und auf die Sowjetunion Druck ausüben zu wollen, finden in London vermutlich stärkeres Echo als in anderen westeuropäischen Hauptstädten.

Außenminister Lord Carrington erklärte: „Die Sowjetunion trägt eindeutig die Verantwortung für die Vorgänge in Polen.“ „Alle Verbün-



Trotz des Winters geben diese Briten ihre Streikposten vor dem US-Stützpunkt in Greenham Common, wo US-Flügelraketen stationiert werden sollen, nicht auf.

Foto: aus „Morning Star“ (Großbritannien)

deten hielten sehr entschiedene Maßnahmen für notwendig, wenn diese auch etwas differierten“, betonte Margaret Thatcher. Die britischen Spitzenpolitiker leisteten ihren Beitrag auch zum Kommuniqué der Brüsseler Außenministerkonferenz der NATO-Länder am 11. Januar, die die Lage in Polen erörterte.

Britische Regierungskreise sind ziemlich bemüht, die dortige Situation zu komplizieren. Im Zusammenhang mit den polnischen Ereignissen kam es zu einer massierten ideologischen Kampagne. Die Massenmedien sorgen dafür, daß die britische Öffentlichkeit irrige Vorstellungen darüber erhält. Im britischen Parlament wurde einen Tag nach der Verhängung des Ausnahmezustands in Polen eine Erweiterung der Rundfunksendungen für Polen diskutiert, damit die Polen, wie es hieß, „die Vorgänge begreifen können“. Lord-siegelbewahrer Atkins (der zweite Mann im Foreign Office) verlautbarte, er werde sich innerhalb der nächsten sechs Stunden persönlich damit befassen.

Britische Regierungsvertreter äußern sich zur polnischen Frage möglicherweise etwas nuancierter als der US-Präsident, aber das ändert nichts am Wesen der Dinge. Zu einer Art historischer Kuriosität wurde folgendes: Die eine weitgehende Beschränkung der Tätigkeit der britischen Trade Unions verfolgende Tory-Regierung setzte sich leidenschaftlich für die polnischen Gewerkschaften ein. Natürlich nicht für alle, sondern nur für die rechten Elemente in den Reihen der „Solidarność“, die die sozialistische Ge-

sellschaftsordnung bekämpfen. Ebenso folgte man dem Beispiel des Weißen Hauses, Sanktionen gegen Polen und die Sowjetunion zu verhängen. Sie wurden allerdings in London schamhaft nicht als „Sanktionen“, sondern als „Maßnahmen“ bezeichnet. Dort hat man übrigens bereits verspüren müssen, daß die Folgen dieser Politik die britische Wirtschaft stärker belasten als die amerikanische.

Die pedantischen Briten haben ausgerechnet, daß Präsident Reagans „Sanktionen“ rund 2000 Arbeitsplätze in England sowie Verträge britischer Firmen in Höhe von 200 Mio Pfund Sterling bedrohen. Die „Sunday Times“ schreibt, das amerikanische Embargo wirke sich unmittelbar auf die britische John Brown Engineering aus. In deren schottischem Betriebsteil haben 1700 Arbeiter die Erfüllung des Liefervertrags von 21 Gasturbinen an die Sowjetunion in Angriff genommen, zu deren Montage amerikanische Einzelteile gebraucht werden. Auch die Interessen anderer Firmen könnten in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die den westeuropäischen Partnern von den USA aufgezwungene Linie auf Abbruch der vorteilhaften Handels- und Wirtschaftskontakte zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern bringt den Westeuropäern eindeutig größeren Schaden als den USA selbst. Das Exportvolumen neuester Technologie der USA in die Sowjetunion liegt, laut „Economist“, in allen Kennziffern wesentlich unter dem der westeuropäischen Länder, darunter Englands. Eine derartige Disbilanz besteht auch in der Kreditsphäre. Westeuropäische Banken haben Polen seinerzeit eine achtfach höhere Summe kreditiert als US-Banken.

In einer Bilanz des ersten Amtsjahres der neuen US-Administration stellte die britische „Times“ fest: „Zunehmende antiamerikanische Stimmungen im Ausland sind gegenwärtig Reagans wichtigste Leistung nach seinem ersten Präsidentenjahr.“

In den letzten Jahren kommt es zu einer merklichen Polarisierung der Interessen der USA einerseits und einiger westeuropäischer Staaten andererseits. Dabei handelt es sich vor allem darum, daß die Alte Welt heute den Verlust der Führungsrolle der USA in der kapitalistischen Welt stärker verspürt. Ebenso den Mangel an Ideen und einer Politik, die die Position des Westens stärken und Stabilität in die Entwicklung der

internationalen Lage in der nuklearen Ära bringen könnte. Natürlich mangelt es weder in der NATO noch in der EG an verbalen Versicherungen der Einheit, Solidarität und Interessengemeinsamkeit. Dennoch dauert die Drift in verschiedene, genauer entgegengesetzte, Richtungen an.

Unter diesen Umständen ist Großbritannien vermutlich in die schwierigste und widersprüchlichste Situation geraten. Die „spezifischen Beziehungen“ zwingen es, fest an der Seite Washingtons zu bleiben. Doch ist es andererseits auch nicht so einfach, die in den übrigen europäischen Staaten herrschenden Stimmungen zu mißachten. Außerdem müssen in erster Linie gerade jene Richtungen der US-Politik unterstützt werden, die in der Öffentlichkeit Massenproteste und seitens vieler Politiker Kritik auslösen.

Noch ein wesentliches Moment: Die „spezifischen Beziehungen“ erlegen der britischen Diplomatie merklige Beschränkungen auf. Die Versuche Londons, sich beispielsweise in nahöstlicher Richtung zu entfalten, insbesondere während seines halbjährigen (vom Juli bis Ende Dezember 1981) EG-Vorsitzes, und „europäische Initiativen“ zu entwickeln, wurden von Washington letzten Endes abgewürgt, das auf sein Schema der Camp-David-Regelung setzte. Dadurch wurden die Engländer gezwungen, mit ihren „Initiativen“ leiser zu treten, der Beteiligung an den „multilateralen Streitkräften“ auf der Sinai-Halbinsel zuzustimmen und sich im UNO-Sicherheitsrat bei der Abstimmung über die Resolution zur Verurteilung der israelischen Annexion der Golan-Höhen ihrer Stimme zu enthalten.

Jede Regierung verfolgt natürlich eine Außenpolitik gemäß dem eigenen Verständnis der Weltprobleme. Das gegenwärtige britische Kabinett, das verbal einen West-Ost-Dialog befürwortet, fördert mit seiner Unterstützung des Weißen Hauses nur die Komplizierung der gesamtpolitischen Situation.

Man sagt, die Amerikaner betrachten Großbritannien als einziges europäisches Land, das die Welt mit den gleichen Augen wie sie selbst sehen. Es ist schwer zu sagen, ob die britischen Konservativen dem heute zustimmen. Anscheinend ja. Besonders, wenn man ihr praktisches Handeln betrachtet. Auf jeden Fall haben sich die Partner bislang auf eine Frequenz eingestimmt, die sie in die aussichtslose Diplomatie der Stärke treibt. ■

US-ZINSHAIE

Die neue Heraufsetzung der Zinssätze durch US-Banken (die vierte innerhalb von zwei Jahren) hat in den EG-Hauptstädten einen Schock ausgelöst. Sie bedeutet das Scheitern ihrer Hoffnungen auf eine Belebung der Wirtschaft und auf Senkung der hohen Arbeitslosenziffern durch die Herabsetzung der Zinssätze, die die Geschäftsaktivität anregen würde. Die Londoner „Financial Times“ vergleicht die westeuropäischen Regierungen jetzt „mit den unglücklichen Schwimmern in dem Film ‚Der Hai‘. Kaum wollen sie ins Wasser gehen, werden ihre Hoffnungen auf Belebung der Wirtschaft von dem schrecklichen Hai des Hochzins in den USA geschnappt.“

Der Vergleich der Kreditpolitik mit einem Haifischrachen spiegelt zwar die gespannten Wirtschaftsbeziehungen zwischen USA und EG wider, läßt die Ursache jedoch im unklaren. Die wurde auch im Weißen Haus bei den Gesprächen des belgischen Ministerpräsidenten Martens ausgeklammert, den die Konferenz der EG-Finanzminister am 15. Februar in Brüssel beauftragt hatte, die ernsthafte Besorgnis der „Zehn“ über die bedrohlichen Auswirkungen des Hochzinses der USA auf die westeuropäische Wirtschaft zum Ausdruck zu bringen. Martens wurde lediglich versprochen, man werde die EG künftig in Zinsfragen konsultieren, eine Senkung der Zinssätze wurde jedoch abgelehnt. „Wir müssen Ordnung in unsere Wirtschaft bringen“, erläuterte dazu Ronald Reagan.

Martens kehrte also mit den gleichen Sorgen aus Washington heim. Mit dem Hochzins „schnappen“ die Wall-Street-Bankiers nach der Wirtschaft der EG ebenso wie die USA, weil sie dazu von der „Ordnung“, die das Weiße Haus macht, gedrängt werden. Diese „Ordnung“ bringt nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Differenzen im atlantischen Bündnis mit sich.

Die Heraufsetzung der Zinssätze in der Wall-Street hängt vor allem mit dem Entwurf des US-Haushalts für das Finanzjahr 1982/83 zusammen. Nach eindeutig untertriebenen Schätzungen wird es mit einem Defizit von rund 100 Md. Dollar abgeschlossen werden. Das bedeutet, daß die USA zur Abgeltung der militaristischen Rekordausgaben nicht nur im laufenden, sondern auch im kommenden Jahr viele Milliarden Anleihen aufnehmen müssen. Je höher Darlehen der Wall-Street abgehandelt werden, desto höhere Prozente werden auch die westeuropäischen Banken nehmen müssen. Die EG-Regierungen also sind gezwungen, ihre Hoffnungen auf einen Ausweg aus der Krise aufzugeben.

Die Ursache ist damit klar: Die Kredithaie in Übersee beißen Westeuropa wegen der wahnwitzigen Außenpolitik des Weißen Hauses, wegen des Drängens auf militärische Überlegenheit über die Sowjetunion, auf neue Raketen, Neutronenbomben und binäre Gase.

Moskau hat nicht die Angewohnheit, sich in NATO interne Differenzen einzumischen. Aber wir haben das Recht, unsere westlichen Nachbarn auf die Realitäten der Weltpolitik und der Wirtschaft hinzuweisen, angesichts der Behauptung der USA, alle diese Opfer würden dem Westen von der „zunehmenden sowjetischen Bedrohung“ abverlangt. Hier einige Realitäten.

Ob das neokonservative Amerika die militärische Überlegenheit über die Sowjetunion erlangt, das weiß, wie man sagt, der Kuckuck. Es ist jedoch Tatsache, daß im Fall der Stationierung neuer US-Raketen in einigen NATO-Ländern 1983 Westeuropa zu einem „Pulverfaß“ wird. Wie jetzt deutlich wird, lassen die Pershings, Flügelraketen, binären Gase und andere tödliche Neuerungen die Alte Welt schon in die Luft gehen, noch bevor sie dort stationiert werden. Die aufgeblähten Pentagonbudgets wirken sich auf die zivilen Wirtschaftszweige des Westens wie ein Neutronengeschoss aus: Die Werke stehen noch, aber Arbeitsplätze gibt es nicht. Dabei haben die EG-Länder schon jetzt über 10 Millionen Arbeitslose. Wie viele neue Arbeitsplätze wird der überseeische Hai bis zum Ende des neuen US-Finanzjahrs noch verschlucken?

Besteht aber eine Bedrohung Westeuropas durch den Osten? Mit dem Angebot, die militärische Konfrontation auf dem Kontinent durch den etappenweisen Abbau der Mittelstreckenraketen zu mindern, „bedroht“ Moskau gleichzeitig die Westeuropäer auch mit sibirischen Gaslieferungen. Das ist eine reale „Bedrohung“: Bereits Ende der 70er Jahre sicherten sowjetische Aufträge in der BRD etwa 300 000 Arbeitsplätze, und bis die westeuropäischen Wohnungen durch die geplante Leitung Gas erhalten, werden neue sowjetische Aufträge über Rohre und Anlagen mindestens Zehntausende weitere Arbeitsplätze schaffen.

Und das allein in einem Land und mit einem Projekt. Überschlägt man aber die gesamten Aussichten des RGW-Handels mit dem Westen, den das Weiße Haus gegenwärtig torpedieren will, dann wird die „Bedrohung“ der friedlichen Zusammenarbeit noch größer.

Woher und womit also werden die Westeuropäer bedroht? Sollten die Politiker der Alten Welt nicht endlich zugeben, daß die immer länger werdenden Schlangen vor den Arbeitsämtern ein Ergebnis ihrer Augenausweischerei vor den militaristischen Ambitionen der USA sind?

Felix GORJUNOW

DER PREIS EINES MENSCHENLEBENS

Alexander BARYSCHEW

Sehr wenige wahrheitsgetreue Informationen aus Guatemala, einem der flächenmäßig größten und stärkst besiedelten Länder des unruhigen Mittelamerika, gelangen an die Außenwelt.

Doch selbst jene wenigen Nachrichten, die wir aus dieser Republik erhalten, die jetzt bereits über ein Vierteljahrhundert unter dem Joch einer von der CIA installierten reaktionären Militärdiktatur leidet, erlauben die Schlußfolgerung, daß dort bereits eine Art Bürgerkrieg im Gange ist und eskaliert.

„Der Krieg ist ... überall“

„Die Operation der Regierung gegen die Partisanen ... in den Westdepartements des Landes ist gescheitert.“

„In Solola, dem Verwaltungszentrum des gleichnamigen Departements, führte eine Gruppe von Patrioten einige Stunden lang einen beharrlichen Kampf gegen große Armee- und Polizei-Einheiten. 36 Soldaten und Offiziere wurden verletzt bzw. getötet.“

„In letzter Zeit haben die Partisanen ihre Aktionen in der Hauptstadt Guatemalas bedeutend aktiviert. Sie verübten eine Reihe bewaffneter Überfälle auf Polizeireviere und Kasernen sowie einen Sprengstoffanschlag auf den Nationalen Kongreß.“

Solche Meldungen in der Weltpresse vermitteln trotz ihrer Bruchstückhaftigkeit eine Vorstellung von der operativen Gesamtlage. Fast ganz Guatemala ist vom Partisanenkampf erfaßt, in den sich die verschiedensten Bevölkerungsschichten einreihen. Viele Tausende leisten den Partisanen jede nur mögliche Hilfe.

Kampfhandlungen gegen die Regierungskräfte erfolgen im Westen wie im Zentrum des Landes. In den schwer zugänglichen Berggebieten im Norden werden fast täglich Militärpatrouillen aus dem Hinterhalt überfallen. Meldungen von Nachrichtenagenturen zufolge hatten die patriotischen Kräfte Ende Januar Dutzende Ortschaften in den neun Departements der Republik eingenommen.

Die Stadtpartisanen intensivieren ihre Aktionen immer mehr, zu ihrer Bekämpfung wird ein Großteil der Regierungstruppen eingesetzt.

Anschläge sind oft gegen Verbindungswege gerichtet. Die Behörden zeigen wachsende Besorgnis über die strategisch wichtige Straße zwischen Guatemala-Stadt und dem Karibikhafen Puerto Barrios. Sie ist für Attacken der Partisanen von den Abhängen der nahegelegenen Gebirgskette aus sehr verwundbar. Die parallel zur Straße verlaufende Bahnlinie war wiederholt Anschlägen ausgesetzt.

Wichtigste taktische Methode der Aufständischen ist die Legung von Hinterhalten unter Einsatz von Minen und leichten Schusswaffen. Allein 1981 sollen die Regierungstruppen mehr als 3200 Tote bzw. Verletzte verloren haben.

In letzter Zeit schließen sich immer mehr Vertreter verschiedener Indianerstämme, von Nachfahren der Mayas, die insgesamt mehr als 60% der guatemalteckischen Bevölkerung ausmachen, dem Kampf an. Früher blieben sie der Politik gewöhnlich lieber fern. Doch der Terror seitens der Regierungskräfte und die Verzweiflung haben sie jetzt zur Zusammenarbeit mit den Aufständischen gebracht.

Im September v. J. begann eine Etappe, die die Partisanen als „überall geführten Krieg“ bezeichnen. Im gesamt nationalen Maßstab setzt sich die Partisanenbewegung das Ziel, die Regierungsarmee zu erschöpfen, zu demoralisieren und zu spalten, um dann an die Vernichtung der großen Armeegruppierungen zu gehen.

Militärisch-politische Avantgarde des revolutionären Kampfes in Guatemala sind die vier größten Organisationen, die Arbeiter, Bauern, Studenten und Hochschulabsolventen vereinen. Die stärkste von ihnen ist die bereits neun Jahre bestehende Partisanenarmee der Armen (EGP). Ihr Oberkommandierender bezeichnete sie als „reguläre strategische mobile Einheiten, die selbst überlegenen Kräften einen Schlag beibringen können“. Für ihre Operationen wählt die EGP dichtbesiedelte Regionen mit der größten Armut und Arbeitslosigkeit, vor allem jene, wo nationale Minderheiten leben.

Mit der Waffe in der Hand kämpfen auch die Aufständischen Streitkräfte, die sich 1963 aus verschiedenen revolutionären Gruppen gebildet haben und die im Departement

El Petén und an der Südküste agieren, die Organisation des bewaffneten Volkes, die vor allem Indianer vereint und in erster Linie in der Region Sierra Madre wirkt, sowie die Revolutionären Streitkräfte der guatemalteckischen Partei der Arbeit (Kommunisten).

Am 7. Februar gaben diese vier Organisationen die Bildung einer nationalen patriotischen Einheitsfront bekannt. Als wahre Vertreterin des guatemalteckischen Volkes kämpft sie für ihr Hauptziel — den Sturz des verhaßten Regimes, die Entmachtung der nationalen Großbourgeoisie und der ausländischen Monopole, die Bildung einer revolutionären patriotischen und demokratischen Volksregierung. Großen Einfluß im Lande hat ferner die Demokratische Kampffront gegen Repressalien (gegründet 1979).

Die Ursachen der Krise

Die von der Reagan-Administration gelenkte US-Propaganda sucht zu beweisen, der bewaffnete nationale Befreiungskampf des guatemalteckischen Volkes sei nichts anderes als „aus dem Ausland eingeführter Terrorismus“ — vor allem aus Kuba, das der „Arm Moskaus“ sei.

Das ist eine freche Lüge. Mit der Waffe in der Hand für Freiheit, Demokratie und sozialen Fortschritt zu kämpfen — dazu wurde das Volk Guatemalas nicht durch Aufwiegelung von außen gebracht, sondern durch die jahrzehntelange wirtschaftliche Ungleichheit, soziale Ungerechtigkeit und politische Rechtslosigkeit.

In Guatemala, wo 75 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande leben, verfügen 2 Prozent der Grundbesitzer über mehr als 60% der Böden. Die 520 größten Latifundisten sind reicher als die 378 000 Kleinbauern und die 74 000 parzellenlosen Landarbeiter; auf jene, die am unteren Ende der sozialen Leiter stehen (und das ist die Hälfte), entfallen nur 10 bis 15% des Nationaleinkommens. Wie der Interamerikanische Wirtschafts- und Sozialrat der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) konstatierte, erfassen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit etwa ein Drittel der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung. Die Preise steigen ständig, die Kaufkraft aber wird geringer. Die Statistik zeigt, daß vier Fünftel der Bevölkerung an oder sogar unter der Armutsschwelle leben.

Besonders tragisch ist das Schicksal der indianischen Urbevölkerung. Ein bezeichnendes Beispiel: 1954 wurden die indianischen Bauern im Nordosten des Landes von ihren Böden, auf die die

Machthaber ein Auge geworfen hatten, verjagt. An den neuen Orten mußten die Indianer den Urwald fast mit bloßen Händen roden. Doch als dort Öl entdeckt wurde, zwang man sie, auch diese Gebiete zu verlassen. Diesmal gab es bereits keine anderen unbewohnten Dschungelflächen, wo man alles hätte neu beginnen können. Es blieb nur der Hungertod. Wer Widerstand zu leisten suchte, wurde umgebracht. Die anderen werden jedes Jahr auf LKWs aus den Bergen in die Täler, an die Pazifikküste, gekarrt, wo sie auf Baumwoll- und Zuckerrohrplantagen mahoche. Dort werden sie in KZ-ähnlichen Siedlungen eingepfercht.

„Labor der Leiden“

„Die 16jährige Tochter einer angesehenen christlich-demokratischen Familie war mit einer Studentengruppe beim Flugblattverteilen zugunsten der Freilassung gefangener Landarbeiter festgenommen worden... Sie wurde gefoltert. Einer der Polizeichefs und sieben seiner Leute vergewaltigten sie. Sie stülpten ihr die berühmte Kapuze aus Kunststoff mit dem Schädlingsbekämpfungsmittel ‚Gamexan‘ über. Das Mädchen preßte die Lippen zusammen, aber man zwang es durch Schläge zum Luftholen. Es atmete das Gift ein und wurde nahezu blind.“ Dieser Bericht Friedrich Kassebeers, des Korrespondenten der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ), schockierte das katholische Bürgertum. Doch derartige Bestialitäten gehören in Guatemala zum Alltag. Täglich fallen jetzt bereits durchschnittlich 50–60 Menschen dem politischen Terror zum Opfer.

Die SZ schrieb, der politische Mord sei in den Händen der Regierung von Guatemala zum „Nationalport“ geworden. Allein 1981 fielen nach EGP-Angaben 13 500 Menschen dem Terror zum Opfer — vor allem Studenten, Intelligenzangehörige, Freischaffende, Bauern und Indianer. 76 christdemokratische Politiker wurden ermordet. „Wenn in Guatemala-Stadt jemand als ‚Wassermelone‘ (d. h. ‚von innen rot‘) beschimpft wird, bedeutet das Lebensgefahr“, schrieb kürzlich der französische „Monde“. Augenzeugenberichten zufolge können viele völlig entstellte Folteropfer nicht mehr identifiziert werden. In Seen und Flüssen werden oft Plastiksäcke mit menschlichen Körperteilen gefunden. Nicht selten wird die Bevölkerung ganzer Dörfer ausgerottet.

„Dieses Land ist im Grunde eine Art Labor für jene, die Versuche mit menschlichen Leiden anstellen,

ein Labor, wo neue Arten von Foltern erprobt werden, bevor man sie in anderen Ländern anwendet“, schrieb die Pariser Zeitschrift „Afrique—Asie“ vergangenen Sommer. Nach Angaben der Zeitschrift leitet ein besonderes siebenköpfiges Gremium unmittelbar die Terrorakte, Entführungen und Morde. Ihm gehören der Stabschef der Landstreitkräfte, ein US-Berater und ein Vertreter des Unternehmerverbandes an.

Die mit Hilfe von Pentagonexperten detailliert erarbeiteten Repressionspläne werden von der Armee Guatemalas und den von ihr gehaltenen paramilitärischen Banden verwirklicht. Hauptrepressionsmacht ist die Armee mit ihren 18 000 Soldaten, eine der bestausgerüsteten und -ausgebildeten in Mittelamerika. Sie steht unter dem Kommando von General Benedicto Lucas García, einem Bruder des derzeitigen Präsidenten. (Sein Hobby soll es sein, von einem Hubschrauber aus eigenhändig Bauern mit einer MPi umzulegen.) Die guatemalteken Militärangehörigen werden an besonderen US-Militärschulen in den Methoden der Partisanenbekämpfung, der Durchführung von Verhören und Foltern sowie in der psychologischen Bearbeitung der Bevölkerung ausgebildet. Von 1950 bis 1977 wurden Pentagon-Angaben zufolge 3334 guatemalteken Offiziere an US-Militärakademien ausgebildet.

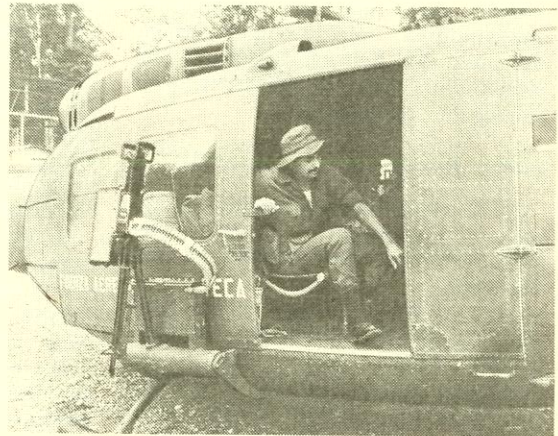
Sehr häufig greifen die Schergen zu den verschiedensten Provokationen. Nicht selten überfallen Militärs, als Partisanen verkleidet, Reisende und rauben diese aus. Oder sie halten in einem Dorf revolutionäre Reden und rufen alle auf, sich den Partisanen anzuschließen. Ihnen folgen junge Leute, um dem Dienst in der Regierungsarmee zu entgehen, oder gefährdete Bauern. Wenig später werden alle unweit ihrer Behausungen erschossen...

Unter den paramilitärischen Banden, die den Mordbuben in Uniform helfen, sind die einflußreichen Terrororganisationen „Mano Blanca“ („Weiße Hand“) und die Antikommunistische Geheimarmee am bekanntesten. Der britischen „Financial Times“ zufolge werden diese Banden vom Präsidenten selbst dirigiert. Die beiden Verbrecherbanden mit ihren gedungenen Mördern

wurden von der faschistischen Bewegung der Nationalen Befreiung gegründet.

Im Lande wüten auch die rechts-extremistischen Banden „Auge um Auge“, „Rächergreif“, „Todeschwadron“, „Die Mannen des Königs“ u. a. Gegen eine gewisse Belohnung von den Behörden — in Geld und Rauschgift — kidnappen, foltern und ermorden sie die Regimegegner und deren Sympathisanten.

Mit diesem schmutzigen Handwerk befassen sich auch zahlreiche „Privatdetektive“, „Geheimagenten“ und „Amateure“ des Innenministeriums, die sich so „etwas Geld hinzuverdienen“ wollen. Für 40 Dol-



Ein Söldner plant eine bevorstehende Operation. Wenige Minuten später wird sein Hubschrauber amerikanischer Produktion aufsteigen, um Tod in friedlichen Dörfern zu säen.

Foto: TASS

lar sind sie zu jedem Mord bereit. Die französische Zeitschrift „Nouvel Observateur“ schrieb: „Gezahlt wird stets erst nach dem Mord. Bisweilen suchen die Mörder die Opfer auf.“

Die von den Behörden verfolgte Strategie der Einschüchterung und Massenrepressalien bleibt trotz ihres Ausmaßes wirkungslos. Sie veranlaßt die Guatemalteken nur zu aktiverer Teilnahme am revolutionären Kampf gegen die Schreckensherrschaft. So stützt sich die Diktatur besonders auf ihre Washingtoner Freunde und Beschützer, auf deren Militär- und Wirtschaftshilfe.

„Führt eine Säuberung durch!“

„Führt eine kleine Säuberung im Lande durch, und dann werden wir euch helfen...“ — das erklärte General Vernon Walters, Sonderemissär Washingtons und früherer stellvertretender CIA-Direktor, der gleich nach Reagans Machtantritt Guatemala besuchte, gegenüber den Behörden des Landes.

Offenbar wird die jetzt zu beobachtende starke Zunahme des Terrors der Regierung in Guatemala von der neuen US-Administration voll gebilligt, da sie seit Ende v. J. ihre Versprechen, vor allem im militärischen Bereich, zu erfüllen begann.

Ebenso wie im benachbarten El Salvador empfahl Washington in Guatemala Präsidentschaftswahlen. Bei ihnen (am 7. März) soll ein neuer Präsident gekürt werden.

Bereits jetzt ist klar, daß das Wahlspektakel zu einer weiteren Rangelei um die Macht in den rechten und ultrarechten Kreisen führen wird, die in politischer Hinsicht als die militantesten in Mittelamerika gelten. Die Großgrundbesitzerclique in Guatemala wird in letzter Zeit in den Hintergrund geschoben. Im Lande hat sich eine Monopolbourgeoisie, eng verbunden mit dem US-Großkapital, das die wichtigsten Branchen kontrolliert, herausgebildet und erweitert seinen Einfluß.

Was aber die Opposition angeht, so sind die meisten ihrer Politiker aus dem Lande geflüchtet oder in den Untergrund gegangen, nachdem man sie offen mit dem Tode bedroht hat. So gibt es im Grunde keine „gemäßigten“ zivilen Präsidentschaftskandidaten.

In Guatemala sind acht Rechtsparteien legal tätig. Die reaktionärsten von ihnen sind in der „Volksdemokratischen Front“ (von Demagogie verstehen die guatemaltekischen Reaktionäre etwas!) vereint. Geleitet wird sie von einer Partei unter der anspruchsvollen Bezeichnung „revolutionär“, einer Partei, die in Wirklichkeit eine Bastion der einheimischen (agrarischen und industriellen) Monopolbourgeoisie darstellt und von der institutionellen Demokratischen Partei, die die Interessen des herrschenden Militärklüngels vertritt. Eben ihre Kandidaten wollen das Erbe von General Lucas García antreten.

* * *

Der französische „Monde Diplomatique“ schrieb bereits 1979: „Ende der 60er Jahre stellten sich einige Beobachter die Frage, ob Guatemala nicht ein zweites Vietnam werde. Gegenwärtig entwickelt sich die Lage dort in der gleichen Richtung wie in Nikaragua und in El Salvador...“ Offenbar ist diese Einschätzung jetzt, da in Guatemala, wie Guillermo Toriello, Vertreter des Blocks der vier revolutionären Organisationen, erklärte, „nicht schlechthin der Klassenkampf — sondern so kann man sagen — ein Krieg der Klassen“ entbrennt, der Wahrheit noch näher gekommen.

NZ

STANDPUNKT

HEUCHELNDE GIFTMISCHER

Beim Bau von Todeswaffen hat der Imperialismus allerhand geleistet. Man denke nur an die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki oder auch an das alte belgische Städtchen Ypern. Am 22. April 1915 drehten die Deutschen in der Schlacht um Ypern die Gasballons auf, aus denen zischend Chlor entwich. Zum erstenmal erlebte die Menschheit den Einsatz einer Massenvernichtungswaffe. Dieses neue Vernichtungsmittel wurde rasch perfektioniert. Am 12. Juli 1917 wurde, wieder bei Ypern, Senfgas eingesetzt, das nach der Stadt als Yperit bezeichnet wird. „Ich kenne die furchtbaren Bilder aus dem Lazarett: Gaskranke, die in tagelangem Würgen die verbrannten Lungen stückweise auskotzen“, sagt von den Folgen eines Gasangriffs der Held des Romans „Im Westen nichts Neues“ von Erich Maria Remarque.

Seit April 1915 bis zum Ende des ersten Weltkriegs wurden 1,3 Millionen Menschen Gasangriffen ausgesetzt, 100 000 von ihnen kamen um.

Der Einsatz chemischer Waffen empörte die ganze Welt. 1925 wurde das Genfer Protokoll über das Verbot der Anwendung von erstickenden, giftigen oder anderen ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln geschlossen. Die Sowjetunion schloß sich dem Protokoll an und setzt sich seither dafür ein, dieses verbrecherische Mittel der Kriegführung zu ächten und all seine Reserven zu vernichten.

Die USA haben sich 50 Jahre lang dem Genfer Protokoll nicht angeschlossen. Nach dem zweiten Weltkrieg holten sie aus Deutschland mehr als 100 000 chemische Granaten heraus, während die UdSSR das in ihre Hände gefallene tödliche Arsenal völlig vernichtete. Unter strenger Geheimhaltung wurden in den USA eigene Giftstoffe entwickelt und hergestellt. Die amerikanischen „Humanisten“ warfen Zehntausende Tonnen Gift über Vietnam, Laos und Kambodscha ab. Das Ergebnis: unzählige Opfer, nicht wiedergutmachende Naturschäden. Was aber kümmern ein Raubtier Opfer und Natur?

Später lief alles nach einem detailliert ausgearbeiteten Drehbuch. Washington wich weiter einer konkreten Abmachung über das Verbot von C-Waffen aus. 1980 lehnte es überhaupt Verhandlungen mit der UdSSR darüber ab. Die USA waren der einzige der 157 UNO-Mitgliedstaaten, der gegen die Annahme einer Resolution durch die Vollversammlung stimmte, mit der alle Staaten aufgerufen wurden, sich der Herstellung und Entwicklung neuer Arten von C-Waffen und ihrer Stationierung in Ländern zu enthalten, die diese bis jetzt nicht haben. Dann wurde Lärm geschlagen, die USA blieben im Bereich der C-Waffen hinter der UdSSR zurück. Von einem solchen angeblichen Zurückbleiben in bezug auf Bomber — in den 50er Jahren — und auf Raketen — in den 60ern — hatte die Welt bereits gehört, und die Verlogenheit dieser Kampagnen ist heute jedem klar. Weiter folgten Verleumdungen der UdSSR und der sozialistischen Länder, die angeblich C-Waffen in Südostasien oder in Afghanistan einsetzen sollten. All diese heuchlerischen und billigen Propagandatricks waren nötig, um die Weltöffentlichkeit auf die Bekanntmachung eines viele Milliarden kostenden Programms der „chemischen Umrüstung“ der USA vorzubereiten.

Warum mußte das Weiße Haus den bereits bestehenden riesigen Reserven noch weitere Millionen Einheiten von C-Munition hinzufügen? Warum mußten 10 Md. Dollar zur Umrüstung verausgabt werden, zum Ersatz von C-Munition durch mit Nervengas gefüllte binäre Waffen? Die Antwort lautet eindeutig: zur Erlangung der militärischen Überlegenheit über die UdSSR.

Wie bei den anderen Massenvernichtungswaffen — Nuklearraketen und Neutronenbomben — sind die USA der Initiator des Wettrüstens, das sie auf neue Bereiche ausdehnen. Nach Vorstellungen des Pentagon soll der chemische Krieg in dichtbesiedelten Regionen Europas und anderer Kontinente geführt werden. In Europa sagen manche Leute heute, die „chemische Umrüstung“ der USA sei eine inneramerikanische Angelegenheit. Können aber die Pläne, Kontinente in Gaskammern zu verwandeln und die entsetzliche Waffe, die nicht einmal Hitler einzusetzen riskierte, zu einem Präventivschlag zu benutzen, eine inneramerikanische Angelegenheit sein? Ist es nicht klar, daß die Entscheidung der US-Administration die Sicherheitsschwelle senkt, Verhandlungen über den Rüstungsabbau erschwert, das militärische Gleichgewicht in der Welt destabilisiert und die Ausbreitung des Gifftodes fördert?

Der Zynismus der US-amerikanischen Giftmischer kennt keine Grenzen. Ihre Pläne zu vereiteln ist die eindeutige Pflicht aller Gutgewillten. Der Aggressor muß wissen: Welche Waffe er auch zur Entfesselung eines Krieges einsetzt, er wird der Vergeltung nicht entgehen.

Michail TSCHERNOUSSOW

LÜGENEXPORT

Juri OLEJNITSCHENKO

An der Küste von Angola und Moçambique schwemmen die Wellen von Zeit zu Zeit nicht nur Tang ans Ufer, sondern auch große Plastiktüten, die jeder nehmen darf, wer sie haben will. Sie sind nicht adressiert, aber der Absender dieser modernen „Flaschensendungen“ ist gut bekannt.

Damit befaßt sich die einzige afrikanische Vertretung einer Organisation, die sich „Internationale christliche Mission“ nennt und nicht so eifrig das Gotteswort predigt, wie vielmehr wütende anti-kommunistische Propaganda betreibt. Die Vertretung befindet sich in Krugersdorp (eine Stadt im Norden der RSA), und drinnen ist Schundliteratur ausgestellt: „Marxistische Minnesänger“, „Kommunismus in Afrika: Freiheit oder Sklaverei?“, „Kommunistische Subversionen im Bereich der Musik“ und sogar „Kommunistische Handhabung Satanismus“ (!). Bücher von dieser Machart werden zusammen mit solchen, die das Pretoria-Regime lobpreisen, in Tüten gesteckt und die Flüsse hinunter zum Ozean gefloßt, wo sie endlich, wie seine Ehrwürden Henegan, der Generalsekretär der Mission, sagt, „ans Ziel gelangen“.

Die Rassisten der RSA sind darauf aus, ganz Afrika mit ihrer Lügenpropaganda zu überschwemmen, und so ist Henegans Schundliteratur, die in Tausenden Exemplaren „vertrieben“ wird, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Falsches Gurren im Äther

In der rassistischen Propaganda ist dem Sender „Voice of South Africa“ eine große Rolle zugeordnet. Er sendet seit 1967 in 9 Sprachen für Afrika, aber auch nach dem Nahen Osten, nach Europa, Kanada und den USA. Ende der 70er Jahre sind noch drei starke Sender hinzugekommen.

Der Sender „Voice of South Africa“ wird von der Rundfunkgesellschaft South African Broadcasting Corp. (SABC) kontrolliert, deren Präsident bis vor kurzem derselbe

P. Meyer war, der an der Spitze des „Broederbond“ stand: einer geheimen faschistischen Organisation, die im Grunde die Politik der regierenden Nationalistischen Partei und der RSA-Regierung bestimmt.

Die rassistischen Ultras aus der SABC-Führung, die alles Afrikanische ablehnen, haben es jedoch für notwendig befunden, die Funkprogramme zu „afrikanisieren“. Um des propagandistischen Effektes willen sendet „Voice of South Africa“ jetzt in Swahili für Ostafrika, in Amhara für Äthiopien, in Shona und Ndebele für Simbabwe sowie in Zulu, Lozi, Tswana und anderen Sprachen des südlichen Afrika für die Nachbarländer und das von den Rassisten okkupierte Namibia.

Bei der Einweihung des Senders in Bloemendal (September 1967) sagte der damalige Ministerpräsident Vorster: „Wir werden in unseren Auslandssendungen wahrheitsgetreu und unvoreingenommen über das Leben in der Republik berichten. Auf Wahrheitsentstellungen werden wir würdevoll antworten und keine Wortgefechte gegen die feindlichen Länder führen.“ Meyer behauptete im Dezember desselben Jahres, die SABC bekäme Tausende Briefe aus aller Welt. „Unseren Nachrichtendienst ... lobt man als den objektivsten von allen ausländischen Funkdiensten der Welt“, sagte er.

Die Prahlerei müßte der Faschist Meyer mit seinem Gewissen ausmachen, aber das ist es eben, daß bei seinesgleichen, auch bei den „Voice of South Africa“-Chefs, keine Skrupel aufkommen. So huldigen sie in einem fort dem RSA-Regime, das der Bischof Desmond Tutu in seinem Interview für „Le Monde“ das „lasterhafteste System nach dem Nazismus“ nannte.

In der RSA hat die weiße Minderheit 87% des Grund und Bodens usurpiert, sie plündert die Bodenschätze und unterhält einen riesigen Repressivapparat, um das Regime zu stützen. Während die Nationalistische Partei regiert, wurden mehr als zwei Millionen Afrikaner in Bantustans zusammengepfercht.

„Voice of South Africa“ gurrt desensuiert, die Afrikaner hät-

ten es in der RSA viel besser als in den anderen Ländern Afrikas, der „Verhaltenskodex“ der dort wirkenden Multis gestatte es den Schwarzen, gleiche Entlohnung wie die Weißen zu bekommen.

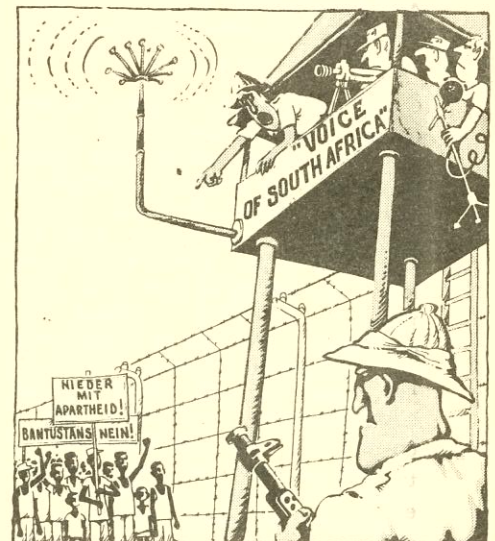
Praktisch bekommt in diesem angeblich für alle florierenden Land einer ein Zehntel bis ein Fünftel dessen, was der andere für gleiche Arbeit erhält, und das nur wegen seiner Hautfarbe. Die „allgemeinen“ Parlamentswahlen sind nur für die Weißen, also für nur 8% der Bevölkerung, da.

Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl sitzen in den 240 Gefängnissen der RSA mehr Menschen als anderswo in der Welt — etwa 120 000 —, in der Hauptsache Afrikaner, die die Apartheidgesetze verletzt haben. Es ist eines der wenigen Länder, wo regelmäßig Todesurteile aus politischen Motiven gefällt werden. Nach offiziellen Angaben wurden 1978 132 Personen, 1979 133 Personen und 1980 130 Personen hingerichtet.

Das Gurren über die „Rassenharmonie“ ist jedoch nicht die einzige Aufgabe des Senders. Es gilt noch, die Afrikaner mit den Folgen eventueller wirtschaftlicher Sanktionen gegen die RSA einzuschrecken, die sozialistisch orientierten Länder Afrikas zu besudeln, die Namibia-Frage falsch zu deuten und die Aggression in Angola als eine Verfolgung von RSA-Feinden hinzustellen. Die „sowjetische Bedrohung“ darf auch nicht vergessen werden. Das gesamte Personal steckt bis zum Hals in Arbeit.

Ruhe! In einigen Minuten beginnt die Sendung über Rassenharmonie

Zeichnung: N. Stscherbakow



Bei der Manipulierung der öffentlichen Meinung in den unabhängigen Ländern Afrikas steht der SABC auch der unverhüllt subversive Sender „Voice of Free Africa“ zur Seite; dieser wurde mit Hilfe der RSA-Geheimdienste und aus Geldmitteln des portugiesischen Multimillionärs J. Jardim errichtet, der in den letzten Jahren der Kolonialherrschaft in Moçambique als „König des Busines“ gegolten hatte. Zuerst nistete sich der Sender in Smith' Rhodesien ein und sendete jeden Abend in Portugiesisch und anderen Sprachen Afrikas gegen die moçambiquische regierende Partei FRELIMO und zur Unterstützung der Banditen aus der „Nationalen Widerstandsbewegung“. Nach der Ausrufung der unabhängigen Republik Simbabwe ließ sich der Sender in der RSA nieder.

Der ideologische Krieg gegen das unabhängige Afrika wird nicht nur im Äther geführt. In Botswana, Lesotho und Swasiland werden z. B. südafrikanische Druckerzeugnisse verbreitet. Die Rassisten bemühen sich darum, ihre Agenten in den Massenmedien der Länder des südlichen Afrika nach Möglichkeit zu unterstützen. So kontrollieren sie in Malawi den Nachrichtendienst und die Presse.

Kostenaufwendige Propaganda

Pretoria macht in seiner an die Geschäftskreise der USA, Kanadas und Westeuropas gerichteten Propaganda von den gleichen Thesen Gebrauch, betont aber extra die Möglichkeit aussichtsreicher Investitionen in der RSA, die, wie es heißt, eine „Bastion der westlichen Zivilisation“ und die „letzte befestigte Stellung des Kampfes gegen die kommunistische Infiltration Afrikas“ ist.

Die Rassisten befürchten eine internationale Isolierung. Sie brauchen dringend die Unterstützung des Westens, besonders der USA. So sparen sie nicht mit Geldmitteln, wenn es um Reklame geht, sogar wenn sie auf Schüler abzielt. Für nur zwei Reklamefilme von vielen wurden von der RSA 275 000 Dollar verausgabt. Sie wurden in 27 Sprachen übersetzt und sollten in 40 Ländern gezeigt werden.

Zehntausende Rand werden für die Reisen der Auslandsgäste, darunter angesehener Journalisten und einflußreicher Verleger bereitgestellt (ein Rand ist ungefähr einem

Dollar gleich). Die Reise der weißen Rugby-Mannschaft der RSA durch die USA (1981) und der kürzliche Besuch eines britischen Gesangsensembles in der RSA wurden zum großen Teil durch Pretoria bezahlt. Ein sehr dankbarer Sänger erzählte später seinen englischen Mitbürgern: „Wir besuchten Soweto“ (ein Vorort von Johannesburg), „und die Einwohner dieses Vorortes baten uns, wir mögen den Engländern sagen, daß sie glücklich und nicht gewillt sind, das Apartheidsystem durch ein anderes zu ersetzen.“

Der Lügenvertrieb ist kostspielig. Als im August 1981 im Parlament der RSA der Staatsetat diskutiert wurde, beschloß man, diesem Posten um ein Drittel mehr Geldmittel zuzuwenden: statt 295 ganze 386 Mio Rand.

Die Geschäftskreise der RSA gründeten 1960 die „South African Foundation“, um die „internationale Öffentlichkeit über die südafrikanische Lebensweise, die Erfolge sowie das Sinnen und Trachten der RSA besser zu informieren“. Der Fonds hat Vertretungen in New York, Paris und Bonn.

Die rassistischen Propagandaleiter bezahlen großzügig Publikationen, die fürs Apartheid-Regime günstig sind.

Die Pariser Presse schreibt, daß die rassistenfreundliche Zeitschrift „Paris-Match“ für einen rosigen Artikel über Namibia, das in Wirklichkeit unter der RSA-Okkupation leidet, 500 000 Franc erhielt.

Obwohl 1979 das Informationsministerium der RSA wegen festgestellter Schwindeleien der rassistischen Propagandamacher aufgelöst und an seiner Stelle das Büro für nationalen und internationalen Verkehr gebildet wurde, besteht nach wie vor ein Sonderfonds, der außer den Zuwendungen aus dem Budget auch seine eigenen Geldmittel hat, um Politiker, Gewerkschafter, Staatsbeamte, Parlamentsabgeordnete und Journalisten zu schmieren, damit sie die öffentliche Meinung zugunsten der Rassisten manipulieren und manchmal auch für sie vorteilhafte Beschlüsse bewirken.

NZ

KOMMENTAR

ALLE PROBLEME SIND LÖSBAR

Die Konferenzen der Außenminister Vietnams, Laos' und Kampuchas sind Tradition geworden. Beim jetzigen fünften Treffen stellten seine Teilnehmer mit Genugtuung fest, daß die Kontakte zwischen Staaten Indochinas enger werden und daß sich diese um gutnachbarliche Beziehungen zu den anderen Ländern der Region bemühen.

Die Lage in Südostasien könnte normalisiert werden, wenn dem nicht die Politik Peking im Wege stünde, das sich bemüht, den Dialog zwischen den Ländern Indochinas und der ASEAN unmöglich zu machen. Es lehnt abrupt alle Vorschläge Vietnams zur Stabilisierung an der vietnamesisch-chinesischen Grenze und alle Initiativen der Länder Indochinas zur Normalisierung der Beziehungen zur VRCh ab. So wird im Kommuniqué der Konferenzteilnehmer festgestellt, daß die gegenwärtige Krise in Südostasien nicht durch Differenzen zwischen Indochina und den ASEAN-Ländern bedingt ist, sondern durch die aggressive Politik der chinesischen Behörden gegenüber den Ländern Indochinas.

Die Konferenzteilnehmer schlagen den ASEAN-Ländern vor, in vereinten Bemühungen die Lage zu normalisieren, die Sicherheit und Stabilität in Indochina und Südostasien zu gewährleisten. Nur ein Dialog — ohne jeden Druck von außen — kann den Völkern die ersehnte Ruhe und den Frieden geben.

Die Länder Indochinas erklärten sich u. a. bereit, mit Thailand alle Probleme zu erörtern, die von gegenseitigem Interesse sind. Gutnachbarliche Beziehungen können durch direkte oder indirekte Kontakte, auf bilateraler oder multilateraler Ebene hergestellt werden. Sollten diese Kontakte die gewünschten Resultate zeitigen, so wären Kampuchea und Vietnam dazu bereit, daß aus Kampuchea ein Teil der vietnamesischen Truppen zurückgezogen wird.

Die Konferenz in Vientiane ist ein gutes Beispiel für das koordinierte Vorgehen von Vietnam, Laos und Kampuchea. Dieses hat nun eine höhere Stufe erreicht. Es wurde bekanntgegeben, daß in diesem Jahr das erste Gipfeltreffen von Führern dieser drei Länder stattfinden wird.

W. GRISCHIN

ISRAEL FORDERT, DIE USA HANDELN

600 Mann der 82. Luftlandedivision der US-Marineinfanterie sollen auf der Insel Tiran am Eingang des Golfes von Akaba stationiert werden. Die „Jerusalem Post“ verbreitete zufrieden diese Nachricht. Israel, erinnert sie, verlangte stets, daß auf der nur wenige Stunden vom Nil, dem Persischen Golf, Jordanien und dem Sudan entfernten Insel ein Teil der „multinationalen Streitkräfte“ stationiert wird, die die ägyptische Sinaihalbinsel kontrollieren sollen, nachdem Israel die Halbinsel entsprechend den Vereinbarungen von Camp David verlassen haben wird.

Doch diese ganze Geschichte macht der US-Diplomatie zusätzliche Schwierigkeiten. Gehört ja Tiran nicht Ägypten, sondern wurde seinerzeit nur bei Saudi-Arabien gepachtet. Eben um zu verhindern, daß dieser strategisch wichtige Punkt erneut unter saudische Kontrolle kommt, verlangte Israel, dort US-Truppen zu stationieren. Jetzt aber ist nicht einfach die Stationierung von Truppen im Gespräch, sondern die auf der Grundlage der 82. Marineinfanteriedivision gebildete Eingreiftruppe, die man als „multinationale Kräfte“ in den Nahen Osten verlegen will.

Israel ersucht Washington immer wieder um Bestätigungen für dessen uneingeschränkte Unterstützung und erhält sie. Da brauchte nur z. B. US-Kriegsminister Weinberger bei seinem jüngsten Saudi-Arabien-Besuch diesem und anderen „gemäßigten“ arabischen Ländern bescheidenes Lob zu spenden, als man in Israel gleich aufschrie. Jetzt entschuldigt sich Präsident Reagan in einem Brief an Begin: „Sie sollen wissen, daß sich die Politik Amerikas gegenüber Israel nicht geändert hat.“

Kein Wunder, daß Weinberger in Er-Riad trotz aller seiner Komplimente ein kühler Empfang bereitet wurde — wie auch nicht

erstaunlich ist, daß die Araber immer weniger an das Märchen von der „militärischen Bedrohung seitens der UdSSR“ glauben. Nach Meinung einiger militärischer Vertreter Saudi-Arabiens (Reuter zufolge) werden eher die USA, nicht aber die Sowjetunion, irgendwann einmal versuchen, die Ölfelder in der Golfzone zu besetzen. Treffend gesagt!

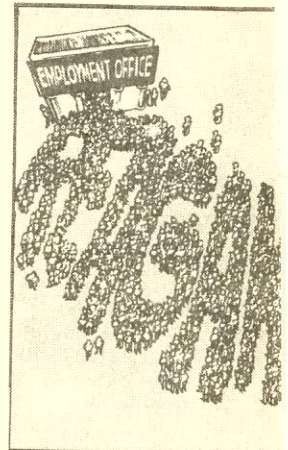
W. SCHELEPIN

TRÖSTLICHE LOGIK

Die Schlange der Arbeitslosen vor dem Arbeitsamt schlängelt sich zum Wort „Reaganomie“. So illustrierte das Nachrichtenmagazin „Newsweek“ die Wirtschaftspolitik Ronald Reagans.

Die amerikanischen Ge-

setzgeber konnten sich ihrerseits ebenfalls vom Ernst der Lage überzeugen. Bei Hearings im vereinigten Wirtschaftsausschuss



schuß des Kongresses hatten die Abgeordneten ein Schaubild vor Augen: Die dargestellte Arbeitslosigkeitskurve strebte steil nach rechts oben: „Offenbar werden wir schon im nächsten Monat eine neue Schautafel brauchen“, klagte ein Ausschußmitglied.

Ein neues Schaubild ist kein Problem. Schwieriger dürfte es schon sein, die Knoten der Regierungspolitik zu entwirren. Ihr Ergebnis: 9,5 Millionen Arbeitslose, d. h. fast 9 Prozent der Erwerbsfähigen — die höchste Zahl in den vergangenen 43 Jahren.

A LA TEXAS

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) in der BRD servierte dem Publikum einige amerikanische Programme. Eins von ihnen hieß „Krieg in Texas“.

Unweit der mexikanischen Grenze, im US-Bundesstaat Texas, wurde ein militärisches Spektakel gefilmt. Dekorationen, die die zerbombten Städte Dresden und Hamburg darstellen sollten, wurden aufgebaut. Damit sich das Publikum z. B. einen Luftkampf über dem Pazifik besser vorstellen konnte, suchte man die Wirkung durch heulende Flugzeugmotoren, explodierende Geschosse etc. zu verstärken.

Höhepunkt war der Auftritt von General Tibbets. Vom Flugzeug aus warf Tibbets die Attrappe der Atombombe ab, die er vor 36 Jahren über Hiroshima ausgeklinkt hatte. Dann war General Adolf Galland, Ex-Ass



der faschistischen Luftwaffe, an der Reihe. In der Legion „Condor“ hatte er 1936 auf Francos Seite gegen die spanischen Patrioten gekämpft. Auf seinem Konto stehen 104 Luftgefechte über Frankreich und Großbritannien. Träger von 7 höchsten NS-Orden.

Das ZDF brachte die Sendung „Krieg in Texas“ in einem Programm mit der biblischen Bezeichnung „Menschenkinder“ — und zwar, wie der Redakteur des Programms erklärte, um einen „gewissen Zeitgeist“ in den USA zu demonstrieren. Dieses Ziel wurde erreicht.

L. SMIRNOWA

Unser Bild: Die Generale Tibbets und Galland, Ehrengäste der US-Show

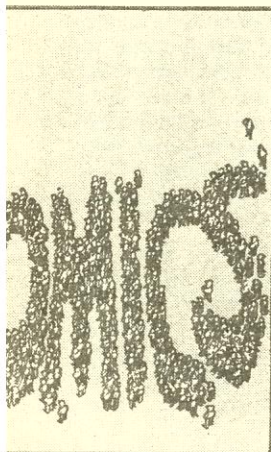
Foto: „Unsere Zeit“ (BRD)

LOTOS

Die Setzlinge wurden die vorbereiteten Vorfungen gebracht und darauf geschüttet, die extra aus der Pekingsidenz der chinesischen Führung herbeigeschafft hatte. Das Pflanzen jungen Bäume wurde einer wahren Zeremonie. Solche Liebe zur Natur wurde kürzlich auf Hoang Sa-Inseln (Paraguan-Inseln), die seit jeher

Dazu kommen 1,2 Millionen Menschen, die die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz aufgegeben haben und sich deshalb nicht mehr bei den Arbeitsämtern registrieren lassen.

Die Administration offer-



riert ihr Rezept: im Finanzjahr 1983 den Rüstungshaushalt auf den Rekordstand von 263 Md. Dollar zu heben und gleichzeitig die Sozialausgaben um 27 Md. Dollar zu kürzen — auch die Beschäftigungsprogramme.

Im Weißen Haus läßt man sich offenbar von der schönen Logik des „Christian Science Monitor“ leiten, der kürzlich die Leserolgendermaßen tröstete, es gäbe ja mehr als zehnmal soviele Arbeitende wie Arbeitslose.

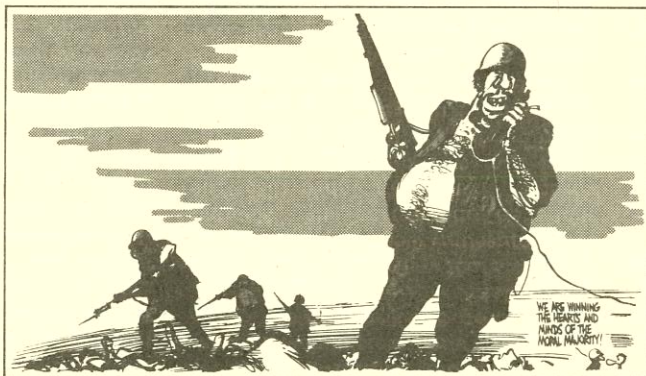
G. SIDOROWA



Eine Gruppe salvadorianischer Militärangehöriger nach der anderen trifft in den USA zur Ausbildung ein. 600 Juntaschergen werden in einem Armeezentrum im Bundesstaat Georgia gedrillt. Jene aber, die der UPI-Korrespondent auf einem Flughafen der US-Luftwaffe in North Carolina fotografiert hatte, absolvieren eine Killerschule bei den „Green Berets“ in deren Hauptquartier in Fort Bragg.

Die Ausbildung bei den „Green Berets“, die sich in Vietnam „bewährt“ haben, wird von der Junta besonders geschätzt. Die Lehrkräfte dort sind große Köpfe. Sie zeigen den Soldaten, wie man schnell gegen die Bevölkerung vorgehen kann.

Ihre Aufgabe wird durch die nicht schlechte Ausbildung der Soldaten, die sie aus ihrer Heimat mitbringen, noch erleichtert. Dieser Tage wurde ein weiteres Verbrechen in San Salvador bekannt: Eine Patrouille ermordete über 20 unschuldige Zivilisten. Selbst der Korrespondent der US-Fernsehgeseilschaft ABC mußte eingestehen: „Die Schuld an solchen entsetzlichen Morden tragen gerade die Regierungstruppen.“ Solche Bestialitäten werden von „nicht ausgebildeten“ Juntaschergen verübt. Was aber, wenn sie sich erst die Erfahrungen der „Green Berets“ aneignen!



„Ja, Präsident Duarte, Sie können Washington melden, daß sich El Salvador der Demokratie nähert.“

Foto und Zeichnung: „International Herald Tribune“ (USA).

PIETER BOTHAS TRÄNEN

RSA-Premierminister Pieter Botha vermochte bei seiner kürzlichen Parlamentsrede kaum seine Tränen zurückzuhalten. Namibia, klagte er, mache der RSA das Leben nicht leichter. Pretoria habe sogar die Entwicklungsausgaben kürzen müssen, um dem Volk dieses Landes zu helfen. ... Wenn es zu einer Trennung käme, schluchzte Botha, würde nur Namibia darunter leiden.

Der „Windhoek Observer“ bemerkte sarkastisch in einem Kommentar zur Botha-Rede: Es entstehe der Eindruck, der südafrikanische Steuerzahler habe schwer an den Verteidigungsausgaben für Südwestafrika zu tragen. Das ist eine freche Lüge. Die Wahrheit sieht anders aus: Die RSA gibt in Namibia 600 Mio Rand zur Verteidigung eigener Interessen sowie zur Schaffung starker Stoßkräfte aus, die für weitreichende Ziele bestimmt sind.

Was das für Ziele sind, plauderte Generalleutnant Lloyd, Oberbefehlshaber der RSA-Streitkräfte in Namibia, aus. Wir bereiten uns moralisch und materiell auf einen ernsteren Krieg vor, erklärte er. Als Aufmarschgebiet für ihn dient das namibische Territorium, insbesondere der Caprivi-Zipfel zwischen Angola und Botswana.

Doch da ist nur ein Teil der Wahrheit. Die RSA und die ausländischen Monopole plündern Diamanten, Uran, Kupfer, Blei, Zink und Zinn Namibias aus. Angaben über die Bodenschätze sind ein sorgfältig gehütetes Geheimnis, doch Pretoria streicht dabei astronomische Profite ein. Die Hälfte aller Investitionen in den Bergbau Namibias stammt aus der RSA, die andere Hälfte von den Multis, von denen das Rassistenregime riesige Steuern bis zu 42% des Profits kassiert.

W. SWETLANOW

I. STEPANOWA

17

JD KNEBEL

Vietnam gehören, demonstriert. Als Obergärtner betätigten sich Yang Dezhi, Generalstabschef der chinesischen Volksbefreiungsarmee, und sein Stellvertreter Yang Yong. Mit diesem Spektakel sollte ein weiteres Mal an die „Rechte“ der VR China auf das Territorium ihres Nachbarn erinnert werden.

„Renmin ribao“ berichtete auf der Titelseite über

„NEUE ZEIT“ 9-82

die wackeren Gärtner. Doch ironischerweise hatte besagtes Blatt einige Tage danach eine andere Notiz zu territorialen Fragen publizieren müssen. Nur war die ganz anders gehalten. Die „New York Times“ hatte einen Weltatlas herausgebracht, in dem Taiwan den unabhängigen Staaten zugeordnet sowie zwischen dem Inselterritorium und Kontinental-China eine Staatsgrenze verzeichnet ist. Und das drei Jahre nach der Aufnahme diplo-

matischer Beziehungen zwischen Peking und Washington!, empörte sich die „Renmin ribao“ und überschüttete die USA mit Kritik. Peking hat mit seinen Bemerkungen schon ganz recht. Wie ein chinesisches Sprichwort lautet, ist der Mund, wenn man andere kritisiert, stets wie eine geöffnete Lotosblüte; wenn man aber von sich selbst spricht, ist der Mund wie geknebelt.

DRITTES IST NICHT GEGEBEN

Prof. Dr. Wadim SOBAKIN

Strikte und vollständige Einhaltung aller von den Staaten übernommenen internationalen Verpflichtungen ist Axiom und unerläßliche Bedingung für das Bestehen eines wohlgeordneten Systems internationaler Beziehungen. In unserem nuklearen Zeitalter gewinnt das alte Prinzip „pacta sunt servanda“ (Verträge sind einzuhalten) einen besonderen Sinn. Wie Leonid Breschnew sagte, ist es für die Verhütung eines Kernwaffenkrieges notwendig, „daß nicht nur das Wettrüsten eingestellt wird, sondern auch, daß sich alle strikt an jenen Kodex von Prinzipien und Verhaltensnormen der Staaten halten, der in den bekannten Vereinbarungen und Abkommen der 70er Jahre, ausgearbeitet mit Rücksicht auf die Meinungen und Interessen aller und mit gemeinsamer Zustimmung, verkörpert ist. Die Verträge ... sind einzuhalten... Davon hängt in hohem Maße die Festigkeit des Fundaments der internationalen Sicherheit und in Endkonsequenz auch das Schicksal der menschlichen Zivilisation ab.“

Die heutige USA-Administration begann gleich nach ihrem Einzug im Weißen Haus, dieses Fundament zu untergraben. In letzter Zeit hat sie, unter falsifizierter Darstellung der Ereignisse in Polen, ihrer destruktiven Tätigkeit geradezu fieberhaften Charakter verliehen. Als Rechtfertigung berufen sich die USA und die NATO auf das Völkerrecht, auf völkerrechtliche Urkunden und stellen dabei rücksichtslos deren Geist und Buchstaben.

Deshalb ist es wohl angebracht, die antipolnischen und antisowjetischen Erklärungen und Handlungen der USA und anderer NATO-Länder vom völkerrechtlichen Standpunkt aus zu qualifizieren.

Vor allem sei folgendes festgestellt: Solange die „Arbeitsbedingungen der Wühlkräfte in Polen ihren ausländischen Schutzherren paßten, wurden diese nicht müde zu wiederholen, den Polen müsse die Möglichkeit gegeben werden, selbständig ihre inneren Probleme zu lösen. Sobald aber die staatlichen Organe der VR Polen absolut verfassungsmäßig innere Instrumente der Einmischung verboten, machten die Administration der USA und unter ihrem Druck auch viele ihrer NATO-Partner eine scharfe Wendung. Sofort verloren die Ereignisse in Polen für sie das Interne und wurden zu einer Angelegenheit, die angeblich unter „internationale Kontrolle“, ja unter „internationale Einwirkung“ — selbstverständlich seitens der USA und der NATO — fallen.

Als Grund für eine solche Internationalisierung der „polnischen Frage“ wird angegeben, Polen habe gegen die inter-

nationalen Normen der Achtung der Menschenrechte verstoßen, und zwar unter Druck und Einwirkung der UdSSR. Deshalb seien alle Forderungen an die VR Polen und die UdSSR, alle Drohungen, Sanktionen gegen sie u. ä. keine Einmischung, keine Erpressung, sondern eine gesetzmäßige Reaktion. Besonders hervorgehoben wird die Schlußakte von Helsinki; die Erklärung der Brüsseler NATO-Ratstagung vom 11. Januar 1982 ist mit Berufungen darauf buchstäblich gespickt.

Die antipolnische und antisowjetische Kampagne im Westen ist geradezu ein Schulbeispiel für die Verbreitung unbegründeter, haltloser und wissentlich falscher Behauptungen. In allen Gesetzgebungen der Welt heißt so etwas Verleumdung. Deren Drahtzieher tun alles, um den wahren Inhalt der Schlußakte zu verhüllen und zu verzerren. Es ist ja allgemein bekannt, daß sie es nicht für nötig fanden, ihren Wortlaut den breiten Bevölkerungsmassen zugänglich zu machen. Deshalb wagen sie sich in all ihren Philippiken nicht über den Titel des Dokuments hinaus: Ein Vergleich der konkreten Bestimmungen der Schlußakte mit den „Anschuldigungen“ des Westens würde nämlich sofort deren Unhaltbarkeit zeigen.

Der Westen tut, als wüßte er nicht, daß in der Schlußakte sowie in der UNO-Charta und in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte nur allgemein grundsätzliche, keine detaillierten Bestimmungen in dieser Frage formuliert sind. Was konkrete Verpflichtungen der Staaten betrifft, so werden sie, wie es in der Schlußakte unmißverständlich heißt, durch internationale Deklarationen und Abkommen, darunter die von der UNO 1966 ausgearbeiteten Internationalen Pakte über die Menschenrechte, bestimmt. Ihre Einhaltung ist nicht nur für die UdSSR und Polen bindend, sondern auch für NATO-Länder, die sie ratifiziert haben. Daß die USA die Pakte nicht ratifizieren, berechtigt sie noch nicht dazu, von den vereinbarten zwischenstaatlichen Verhaltenskriterien abzuweichen bzw. nur Normen anzuwenden, die nur ihnen passen, und alles übrige zu ignorieren.

Wie ein roter Faden zieht sich der Gedanke durch alle Dokumente über die Menschenrechte, daß bei weitem nicht jede Beschränkung von Rechten und Freiheiten ein Verstoß gegen sie bedeutet. Erstens können sie Gegenstand von Beschränkungen sein, die im Gesetz vorgesehen und für den Schutz der staatlichen Sicherheit, öffentlichen Ordnung, der Gesundheit und Moral der Bevölkerung oder der Rechte und Freiheiten Dritter notwendig sind. Zweitens

haben die Staaten bei der Vereinbarung ihrer Verpflichtungen vorgesehen, daß es zu außerordentlichen Situationen kommen kann, welche außergewöhnliche Maßnahmen erfordern, deren Ausmaße im voraus nicht bestimmbar sind. Davon handelt z. B. eindeutig Art. 4 der Internationalen Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte. Er lautet: „Bei einer außerordentlichen Lage in einem Staat, in welcher das Leben der Nation gefährdet ist und welche amtlich bekanntgegeben wird, können die Teilnehmerstaaten des vorliegenden Paktes von ihren Verpflichtungen aus diesem Pakt abweichende Maßnahmen in jenem Grad treffen, wie dies die Akutheit der Lage erfordert, unter der Bedingung, daß solche Maßnahmen nicht mit ihren anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen unvereinbar sind und nicht die Diskriminierung ausschließlich aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion oder sozialer Herkunft nach sich ziehen“. Unter solchen Bedingungen dürfen die im Pakt vorgesehenen Rechte und Freiheiten ausgesetzt werden. Unerschütterlich bleiben nur das Verbot willkürlicher Anwendung der Todesstrafe, das Verbot von Foltern und einer grausamen, unmenschlichen, entwürdigenden Behandlung oder Bestrafung u. ä.

War das Leben der polnischen Nation vor Einführung des Ausnahmezustands gefährdet? Unbedingt. Alle gaben zu, daß das Land einer nationalen Katastrophe entgegentrieb. Jetzt aber behaupten gerade jene, die in Polen und im Ausland dies mit unverhohlener Schadenfreude ausmalten und das Land zu einem Bruderkrieg drängten, in Polen habe es keine außerordentlichen Umstände gegeben; wie der stellvertretende CDU-Vorsitzende Blum am 9. Januar 1982 im westdeutschen Fernsehen verkündete, „war in Polen nichts notwendig“.

Gemäß der Verfassung der VR Polen verhängte der Verfassungsrat den Ausnahmezustand und reglementierte ihn ausführlich, um Ausschreitungen vorzubeugen, deren Gefahr in einer akuten Lage stets groß ist. Diese Reglementierung beschränkt und schmälert keines der Rechte, die laut Pakt nicht angetastet werden dürfen. Nur jene davon sind zeitweilig beschränkt, deren Aussetzung als rechtmäßig zugelassen wird.

Besonders heftige Attacken der Feinde Polens gelten dem zeitweiligen Verbot von Organisationen, deren Tätigkeit die Staatsordnung bedroht (das Verbot erstreckt sich nicht auf die Kirchen und Glaubensvereine), sowie dem Streikverbot. Ihre Unzufriedenheit ist begreiflich,

sind doch die Wühlereien des Hauptstabs der Konterrevolution — der extremistischen „Solidarność“-Führung (die sich übrigens gar nicht so sehr mit gewerkschaftlicher Arbeit befäßte) — und die böswillig provozierten Streiks unterbunden worden, die durch keinerlei gewerkschaftliche Interessen gerechtfertigt waren, aber einen der wichtigsten Hebel der Einwirkung auf die Situation im Lande darstellten.

Aber wer nüchtern denkt, könnte auch aus diesem Anlaß internationale Urkunden einsehen, wenn Erfindungen über deren angebliche Verletzung verbreitet werden. Dann sieht man, daß der Pakt über die politischen und Bürgerrechte es für möglich befindet, die Tätigkeit der Gewerkschaften in einer außerordentlichen Lage zu beschränken, und daß die Konvention über die Freiheit von Verbänden von 1948 von den Gewerkschaften die Einhaltung der Gesetze verlangt, deren sich die „Solidarność“-Führung eigenmächtig entledigt hat. Dann würde man sehen, daß es falsch ist, das zeitweilige Streikverbot als einen Verstoß gegen das Zwangsarbeitverbot hinzustellen. Im Pakt heißt es klipp und klar, daß „keine Dienstfötigkeit, die in einer außerordentlichen oder bedrohlichen Lage, die das Leben oder Wohlergehen der Nation gefährdet, obligatorisch ist“, als Zwangsarbeit gelten kann.

Es ist offensichtlich: Entweder kennen die Politiker und Staatsmänner, die Polen und der UdSSR einen Verstoß gegen völkerrechtliche Verpflichtungen vorwerfen, den Inhalt der von ihnen so eifrig verteidigten Dokumente nicht, was für Personen in so verantwortliche Position an und für sich nicht gut ist, oder sie entstellen sie vorsätzlich, was natürlich noch weit schlimmer und gefährlicher ist. Wozu all das dienen soll, veranschaulichen die Auslassungen Arthur Goldbergs in „Wall Street Journal“ (Ausgabe vom 8. Januar 1982). Man sollte meinen, als USA-Vertreter auf dem Belgrader Treffen der KSZE-Staaten kenne er die Schlußakte und die damit zusammenhängenden Dokumente auswendig. Doch übergeht A. Goldberg bewußt, was ihm darin nicht paßt, und versucht zu beweisen, daß beliebige Beschränkungen von Rechten und Freiheiten, unabhängig von Ursachen und Umständen, es angeblich dritten Staaten erlauben, „entsprechende Maßnahmen“ zu treffen, „die in diesem Fall nicht als Einmischung in interne Angelegenheiten qualifiziert werden können“.

Wer die in Helsinki erzielten Vereinbarungen angreift, sind nicht Polen und die UdSSR, sondern die USA und andere NATO-Länder. In der Tat: Die Schlußakte verpflichtet die Staaten, souveräne Gleichheit und Eigenständigkeit des anderen zu respektieren, ebenso das Recht, frei die eigenen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Systeme auszuwählen und zu entwickeln, und das Recht, die eigenen Gesetze und

Verwaltungsregeln festzulegen. Außenminister Haig aber bestand in seinem Fernsehinterview vom 22. Dezember 1981 darauf, daß der Ausgang der Ereignisse in Polen „jenen Werten und Idealen“ entsprechen müsse, die „wir“ (d. h. die USA) „anstreben“. Haig läßt demnach eine Eigenständigkeit nur nach amerikanischem Muster gelten. Falls aber ein Staat diesem „lichten Beispiel“ nicht folgen will, halten sich die USA für berechtigt, auf ihn „einzuwirken“.

Sie werden auch auf Polen angewandt, wobei nicht einmal ein Schaffen von Achtung vor seinen Gesetzen und Gepflogenheiten festzustellen ist. In Verletzung von Grenz- und Zollgesetzen und -regeln der VR Polen sandte der Westen den Wühlorganisationen diverse Mittel der materiellen Sicherstellung. Entgegen allen internationalen Normen wurden Sender der USA-Konsulate in Polen für Aufrufe an die Bevölkerung des Landes benutzt. Die USA-Behörden gestatteten die Eröffnung eines „Informationsbüros“ von „Solidarność“ auf amerikanischem Territorium, ohne sich darum zu scheren, ob das mit den polnischen Gesetzen in Einklang steht.

Die Schlußakte verpflichtet jeden Staat, sich jeder Einmischung in die inneren oder äußeren Angelegenheiten, die in die innere Kompetenz eines anderen Staates fallen, sowie direkter oder indirekter subversiver oder jeder anderen Tätigkeit zwecks gewaltsamen Sturzes des Regimes anderer Staaten zu enthalten. Gemäß der Schlußakte können keine Erwägungen direkte oder indirekte Gewaltanwendung oder -androhung bzw. keine Demonstration der Stärke zu dem Zweck rechtfertigen, Staaten zum Verzicht auf die volle Ausübung ihrer souveränen Rechte zu nötigen. Sie verbietet beliebige militärische, politische, wirtschaftliche oder sonstige Zwangsaktionen.

Wie ist das Vorgehen der NATO damit zu vereinbaren? Der Bundeskanzler der BRD z. B. erklärte in einem Interview für den „Stern“ im Januar 1982, der Westen sei zwar nicht zu einer militärischen Einmischung in die polnischen Angelegenheiten berechtigt, aber seine Proteste und Wirtschaftssanktionen seien durchaus vertretbar. Schon das allein ist eine willkürliche Deutung der Verpflichtungen aus der Schlußakte. Die USA gehen noch weiter. Sie maßen sich das Recht an, alle ihnen zur Verfügung stehenden „Hebel“ der Einwirkung auf die UdSSR und Polen anzusetzen, und präzisieren, daß „diese Einwirkungshebel politische und wirtschaftliche Mittel und selbstverständlich mit der Sicherheit verbundene Aspekte einschließen“ (Haigs Erklärung vom 22. Dezember 1981). Haig weigerte sich, die Möglichkeit der Anwendung auch „militärischer Hebel“ auszuschließen. Caspar Weinberger sprach sich noch eindeutiger aus: Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Polen hätten die USA mehrere Pläne

„im Bereich der Sicherheit“, sie „erwägen alle Möglichkeiten und schließen nichts aus“. In der Erklärung des NATO-Rates wird Polen gedroht, daß es aller Vorteile, die sich aus konstruktiven politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum Westen ergeben, verlustig gehen werde.

Der unzulässige Druck auf Polen hat nichts mehr mit dem heuchlerischen „Schutz der Menschenrechte“ zu tun. Die NATO-Länder haben ihre Verpflichtungen aus der Schlußakte und der UNO-Charta verworfen und sich auf die Zusammenstellung von Rezepten für Polen verlegt. Entgegen allen Regeln des Völkerrechts erklärte der USA-Präsident am 6. Januar, der Westen müsse „entscheidende Maßnahmen treffen, um die polnischen Behörden... zu echten Reformen zu bewegen“. Dann wanderte diese Forderung in die Brüsseler Erklärung des NATO-Rats. Das auf den ersten Blick harmlose Wort „echt“ hat einen ganz bestimmten Sinn. In der Vorstellung der Gegner des Sozialismus sind nur Reformen „echt“, die, wie Haig sagte, ihren „Werten und Idealen“ entsprechen, d. h. zur Wiederherstellung der kapitalistischen Zustände führen. Mehr noch, die USA bieten ihre Dienste an: „Eine Fortführung des Prozesses der Reformen“ könne nur „bei umsichtiger Anleitung seitens des Westens“ erzielt werden (aus Haigs Rede in Brüssel vom 12. Januar).

Dort hat man schon eine Liste jener parat, mit denen die polnische Regierung den Dialog über die Lösung ihrer inneren Angelegenheiten zu führen hat. Selbstverständlich haben die „Solidarność“-Extremisten darin einen Ehrenplatz. Daher rührt die von offenen Drohungen begleitete Forderung, diejenigen von ihnen auf freien Fuß zu setzen, die gemäß den Bedingungen des Ausnahmezustands interniert wurden. Ein hoher Politiker aus einem NATO-Land erklärte, der Westen könne höchstens noch einige Wochen auf ein deutliches Signal der polnischen Regierung warten. Dem wurde hinzugefügt, daß „solche Signale es den Europäern und vor allem den Amerikanern leichter machen würden, sich auf eine gemeinsame Linie der Zurückhaltung zu begeben“. Die Drohung ist nicht zu überhören: Gibt es keine Zustimmung Polens zu einer rechtswidrigen Einmischung in seine Angelegenheiten, kein grünes Signal für die Wiederaufnahme subversiver Tätigkeit, so wird es auch keine „Zurückhaltung“ geben, besonders seitens der Amerikaner, die „nichts ausschließen“.

Die „Gesetzeskundigen“ aus der NATO vergessen da eine Kleinigkeit: Gemäß allen völkerrechtlichen und innerstaatlichen Gesetzesbestimmungen können die Behörden eines souveränen Landes ausschließlich dem eigenen Volk, keineswegs aber ausländischen Regierungen gegenüber Verpflichtungen eingehen.

Die Handlungen der USA und anderer NATO-Länder sind eine grobe, unverhohlene Einmischung auch in die äußeren Angelegenheiten der sozialistischen Länder, was in der Schlußakte kategorisch untersagt ist. Sie richten sich nicht nur gegen Volkspolen. Den westlichen Strategen schweben „Reformen“ dort vor, die ihnen helfen würden, die sozialistische Ländergemeinschaft zu schwächen, eine Bresche ins Verteidigungsbündnis zu schlagen und eine militärische Überlegenheit über sie zu erlangen. Das gab offenherzig die „New York Times“ zu: „Das Weiterbestehen der Solidarność-Gewerkschaft wird... der Sicherheit des Westens mehr Nutzen bringen als 100 MX-Raketen!“

Die Kräfte, die die antipolnische Hysterie anheizen, haben ein weitgestecktes Ziel: unter dem verlogenen Vorwand der „Unnachgiebigkeit“ Polens und der UdSSR die Zusammenarbeit mit allen sozialistischen Ländern als unmöglich hinzustellen, d. h. die Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz zu sprengen.

Hier nun erhebt sich die Frage des Verantwortungsbewußtseins jener Politiker und Staatsmänner des Westens, die die Notwendigkeit der Entspannung verstehen und sich über inneren Charakter der Ereignisse in Polen und darüber im klaren sind, daß die UdSSR nichts damit zu tun hat. Trotz ihres Verstehens aber suchen sie, um die „atlantische Solidarität“ zu erhalten, nach einem politischen Alibi, um ihre Nachgiebigkeit gegenüber dem Kurs der „führenden Macht“ zu rechtfertigen. Sie müssen sich dessen bewußt werden, daß sie jenen helfen, die von Anfang an gegen die Schlußakte als rechtspolitische Grundlage der Entspannung waren, und den Entspannungsgegnern eine Waffe zur Vernichtung der Schlußakte, also zur Erleichterung der Rückkehr zum kalten Krieg auf einem neuen, höheren Niveau der Konfrontation, in die Hand drücken.

Schon ist ein Schritt auf diesem gefährlichen Weg getan worden. In der Brüsseler Erklärung des NATO-Rats versuchen die Teilnehmerstaaten faktisch die Abkehr von den in der Schlußakte vereinbarten Verhaltensnormen als rechtmäßig darzustellen. Die Verderblichkeit dieses Schrittes für Frieden und Stabilität in Europa kann keineswegs durch das vom Westen anläßlich der polnischen Ereignisse aufgestellte falsche Dilemma verschleiert werden: entweder Schutz der Menschenrechte oder die Zustimmung zu ihrer Verletzung. Ein solches Dilemma existiert nicht, dafür aber ein anderes, reales: entweder konsequente Fortsetzung der Entspannung — und folglich Widerstand gegen ihre Gegner — oder aber das Nachgeben unter dem Druck dieser Kräfte, das zur Kapitulation vor ihnen, zur Untergrabung der Entspannung führt. Ein Drittes ist nicht gegeben.

MORGENROT ÜBER DEM MEKONG

Jewgeni WASSILKOW

Phnom Penh steht früh auf. Kaum zeigt sich die rote Sonnenscheibe über dem graubraunen Wasser des wie ein Meer uferlos wirkenden Mekong, und schon eilen Autos, Motor-, Fahrräder und Passanten durch die schattigen Straßen der uralten Stadt. Die von den Pol-Pot-Leuten in eine Trümmerwüste verwandelte Hauptstadt Kampuchas hat heute wieder etwa 400 000 Einwohner. Die Zahl der Schulen, Krankenhäuser, Industriebetriebe, Geschäfte und Restaurants nimmt zu. Die beiden Märkte von Phnom Penh sind stets belebt und auf orientalischer Art pittoresk. Man freut sich über die ruhige, sachliche Atmosphäre in der Hauptstadt.

Ein Besuch dort und in anderen Städten und ländlichen Gegenden zeigt, daß das Leben dieses leidgeprüften Landes, das fast vier Jahre lang von den Pol-Pot-Banden gefoltert wurde, in normale Bahnen zurückgekehrt ist.

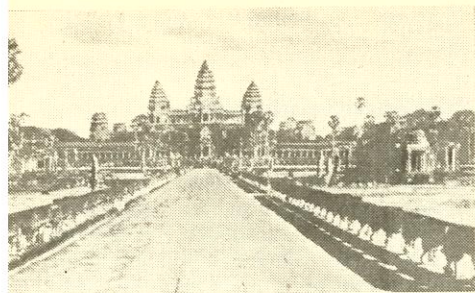
Schon sind in der Republik über 300 Betriebe, darunter 60 Industriewerke, ihrer Bestimmung übergeben worden. Die Eisenbahn und der Autoverkehr funktionieren normal. Dank dem Beistand der sozialistischen Länder hat sich die Anzahl von Lastautos, mit denen Nahrungsmittel in die entlegenen Gegenden des Landes befördert werden, erhöht. Die neuen Flugrouten verbinden Kampuchea mit der UdSSR, mit Vietnam und Laos.

Kampuchea ist ein Agrarland, deshalb kommt es vor allem darauf an, seine landwirtschaftliche Produktion wiederherzustellen. Infolge der Zerrütung sah sich das Land 1979/80 einer Hungersnot gegenüber. Die Lage konnte nur dank raschen Lieferungen von Reis und anderen Nahrungsmitteln aus der UdSSR, Vietnam sowie von internationalen Wohltätigkeitsorganisationen gerettet werden. Ende 1980/Anfang 1981 richtete sich die Landwirtschaft allmählich auf: An ungeschältem Reis wurden rund 1,5 Mio t eingebracht, so daß das Gros der Bevölkerung aus eigenem Aufkommen versorgt werden konnte.

Die Reisernte, die jetzt wohl eingebracht wird, müßte dieses Jahr wegen einer Dürre in mehreren Gebieten und zahlreicher Überschwemmungen im Mekong-Delta etwas schlechter sein als im Vorjahr. Aber in den letzten zwei Jahren entstanden im kampucheanischen Dorf Voraussetzungen für die Zunahme der Agrarproduktion. Über 90% der Bauernwirtschaften haben sich zu Gruppen „Solidarität in der Produktion“ vereinigt. Sie verfügen über recht viele Traktoren, die aus dem Ausland geliefert wurden; ferner nimmt der Bestand ihres Nutzviehs zu. Die Bauernwirtschaften stehen nun fester auf den Beinen und sind besser mit landwirtschaftlichen Geräten eingedeckt. Die Menge des Marktgetreides bei den Bauern wächst.

All diese Wandlungen im Dorf sowie die günstigen Naturbedingungen Kampuchas berechtigen seine Führung zu einer optimistischen Sicht auf die Perspektiven der Landwirtschaft. Es gibt noch brachliegende Äcker, die bei relativ geringen Ausgaben wieder bestellt werden könnten. Deshalb können die Reisfelder nach Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums Kampuchas in den nächsten Jahren auf 2,5 Mio ha erweitert werden. Wenn die Republik die Ertragsfähigkeit der Reisfelder auf den Weltdurchschnitt (25–26 dt/ha) bringt, könnte sie nicht nur ihren eigenen Bedarf decken, sondern auch Reis exportieren.

Kompong Som liegt auf dichtbewachsenen Hügeln, die terrassenartig zum Meer abfallen. Ringsum ein prachtvoller Strand und auch sonst alles, was zu einem Kurort gehört. Gegenwärtig liegt Kompong Soms Hauptaufgabe jedoch darin, als Zentralhafen das Land mit der Außenwelt zu verbinden. Die große Tiefe, die modernen Anlageplätze und aufnahmefähigen Lagerräume und -schuppen charakterisieren den Hafen, über den das Gros der Frachten aus den Bruderländern und der Gaben internationaler Organisationen das Land erreichen. Gut die Hälfte aller Schiffe, die regelmäßig Kompong Som anlaufen, kommen aus der UdSSR.



Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der jungen Republik erweist die UdSSR ihr mehrseitige materielle Hilfe: mit Nahrungsmitteln, Konsumgütern, Erdölprodukten, Verkehrsmitteln und Landmaschinen. Gemäß den unterzeichneten Abkommen hilft die UdSSR der VR Kampuchea bei dem Wiederaufbau von Landwirtschaft, Verkehrs- und Nachrichtenwesen, von Krankenhäusern und Lehranstalten. Im vorigen September wurde in der TH und in einer technischen Fachschule von Phnom Penh der Unterricht wiederaufgenommen; die Ausstattung stammte aus der UdSSR. Im Phnom-Penher Krankenhaus „Kampucheanisch-Sowjetische Freundschaft“ werden die ersten Stationen eröffnet.

Hunderte kampucheanische Mädchen und Jungen studieren und lernen in der UdSSR.

Im Januar d. J. betonten die kampucheanischen Spitzenpolitiker: „Die Revolutionäre Volkspartei, die Regierung und das Volk Kampucheas wissen die in den drei letzten Jahren erwiesene großzügige, rechtzeitige und wirksame Hilfe des großen sowjetischen Brudervolkes zu schätzen; sie trug zur Verwirklichung wirtschaftlicher und sozialer Umgestaltungen sowie zur Festigung der Landesverteidigung Kampucheas bei. Sein Volk wird immer für diese Hilfe und Unterstützung dankbar sein.“

Unter Führung der Revolutionären Volkspartei Kampucheas, die den Kurs auf allmählichen Übergang zum Sozialismus verkündet hat, könnte das Volk in seinem Schaffen noch größere Erfolge erzielen, wenn feindliche Kräfte von außen es nicht dabei gestört hätten.

Die kampucheanisch-thailändische Grenze dehnt sich über fast 1000 km. Viele ihrer Abschnitte auf kampucheanischem Boden sind unwegsame dschungelbewachsene Berge, ausgedehnte Sumpfböden, unbesiedelte oder sehr dünn besiedelte Gebiete. Im ganzen übrigen Land herrschen schon Frieden und Ruhe, aber in seinem Nordwesten, der an Thailand grenzt, wird immer wie-

der geschossen. Die Pol-Pot-Banden, die in Thailand Zuflucht gefunden haben, unternehmen unter Vorschubleistung Bangkoks Überfälle auf die nordwestlichen Gebiete Kampucheas. Die Halsabschneider morden die Bauern auf dem Feld, stecken Häuser und Getreidespeicher in Brand und verminen die Straßen. Die Anzahl der Banditen verringert sich sehr langsam, obwohl sie große Verluste erleiden und sich Pol-Pot-Leute gruppenweise ergeben. Wer sorgt nun für die Auffüllung dieser Formationen, wer liefert ihnen moderne Feuerwaffen?

In politischen Dokumenten von Vietnam, Laos und Kampuchea ist folgende These enthalten: Der US-Imperialismus ist nach wie vor der Hauptfeind der Völker der Welt, der chinesische Hegemonismus aber der unmittelbare Feind der Völker der drei indochinesischen Bruderländer. Die jüngste Entwicklung bestätigt diese These. Viele ausländische Nachrichtenagenturen melden, daß chinesische Schiffe regelmäßig in den Handelshafen von Bangkok Containers mit Waffen und Munition transportieren. Dann werden diese Frachten mit Lastautos der thailändischen Armee zu den Stützpunkten der Pol-Pot-Leute in der Nähe der Grenze an Kampuchea verlegt. Allmonatlich werden den Pol-Pot-Leuten 500–1000 t chinesische Waffen und sonstige Munition auf dem Seeweg geliefert. Auf dem Lande wickelt sich die Versorgung mit Waffen über die nordöstlichen Gebiete Thailands ab, die von Aufständischen aus maoistischen Gruppierungen kontrolliert werden. Das macht begreiflich, warum die seit drei Jahren aus ihrem Land vertriebenen Pol-Pot-Banden technisch so gut ausgerüstet sind.

In den Lagern, die sich längs der thailändisch-kampucheanischen Grenze ziehen, haben Hunderte chinesische Militärs das Sagen. Sie bilden die Überreste der Pol-Pot-Soldaten zu Diversanten und „Fachkräften“ im psychologischen Krieg heran; später werden sie nach Kampuchea eingeschleust.

Peking nahm sich vor, in Thailand ein Aufmarschgebiet für feindliche Aktivitäten gegen die Länder Indochinas zu schaffen, und provoziert eine Konfrontation zwischen ihnen und den ASEAN-Ländern. Allerdings fragen sich realdenkende Politiker in diesen Staaten, darunter in Thailand, ob eine solche Entwicklung nach dem chinesischen Szenario nicht die Lebensinteressen dieser Länder selbst, den Frieden in der Region gefährdet. Einige beantworten die Frage völlig eindeutig. So verurteilte Saiyud

Kerdpol, der Oberbefehlshaber der thailändischen Streitkräfte, in einer Rundfunk- und Fernsehansprache in Bangkok die chinesische Führung, weil sie „sowohl offen als auch verschleiert das thailändische Volk zu einer militärischen Konfrontation mit den Nachbarstaaten, die ein anderes politisches System haben, drängt“. Letzten Endes werde eine solche Entwicklung „uns in einen erbitterten Krieg auf Hinweis dieses Staates“, d. h. Chinas, einbeziehen.

Peking ist die Hauptkraft bei den Anstrengungen, aus Pol-Pot-Leuten und anderen Gruppierungen der reaktionären Exilierten eine „Koalitionsregierung“ zu bilden, als eine Art Gegengewicht zur legitimen Regierung der VR Kampuchea. Mit Pekings Hilfe wurde im September v. J. in Singapur ein Treffen zwischen Khieu Samphan, Son Sann und Norodom Sihanouk bewerkstelligt; im September und November verhandelten in Thailand ihre Vertreter. Zur Erörterung kam der Vorschlag der ASEAN-Länder, eine „freie Koalition“ zu bilden, in der jede Gruppierung und ihre Streitkräfte selbständig blieben. Die Rollen wurden wie folgt verteilt: Norodom Sihanouk als Präsident, Son Sann als Ministerpräsident und Khieu Samphan als stellvertretender Ministerpräsident. Diese Variante, die die Pol-Pot-Leute links liegenließ, rief bei ihnen Unzufriedenheit hervor, und zwei Monate später lehnten sie den ASEAN-Vorschlag ab.

All die Quertreibereien mit den Pol-Pot-Leuten und den Emigrantenführern, die furchtbare Verbrechen am eigenen Volk begangen haben, sind ein sinnloses Unterfangen. Die legitim gewählte Regierung der VR Kampuchea kontrolliert das ganze Landesterritorium und genießt Unterstützung in der Bevölkerung. Wie Heng Samrin in einem Interview für die France Presse erklärte, „gibt es kein kampucheanisches Problem... Die Regierung der VR Kampuchea vertritt rechtmäßig und authentisch das kampucheanische Volk... wir haben unser Territorium, unsere Bevölkerung, unsere Armee und revolutionäre Verwaltung, unsere Nationalversammlung und unsere Verfassung.“

An der Schwelle ihres vierten Jahres blickt die VR Kampuchea zuversichtlich in die Zukunft, zu der sie der Weg der sozialistischen Umgestaltungen führt.

VON EL SALVADOR BIS NAMIBIA

Dmitri WOLSKI

In unserer gefährlichen Zeit, da der US-Imperialismus nach Weltherrschaft giert und deshalb selbst das Risiko eines Nuklearkrieges in Kauf nimmt, ringt einem der Mut kleiner und armer Völker, die ihr Recht auf ein menschenwürdiges Dasein behaupten, Bewunderung ab. Der Kampf für dieses Recht, das in Worten schon niemand mehr abzustreiten wagt, erfordert heute nicht nur festen Willen, sondern bisweilen sogar Selbstverleugnung. Viele junge Leute müssen, statt Hörsäle von Universitäten oder Werkhallen zu betreten, unter Einsatz ihres Lebens auf Barrikaden gehen. Wir sehen das in dem von den Rassisten okkupierten Namibia und am Westufer des Jordan; in Ghana, das die korruptierten Machthaber gestürzt hat und sich nun von einem Netz von Verschwörungen umstellt sieht, und in dem von Unruhen erfaßten Sudan; schließlich im leidgeprüften El Salvador und jetzt auch im benachbarten Guatemala.

Kein „Abebben“

Selbstverständlich ist die Situation in jedem dieser Länder und Regionen anders, und doch läßt vieles darauf schließen, daß die Bewegung der Völker für ihre Rechte insgesamt einen Aufschwung erlebt. Dabei schien ihr erst vor kurzem nach der machtvollen Flut der 70er Jahre ein verderbliches „Abebben“ zu drohen. Denken wir an den Sieg Vietnams, an den Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialreichs, an die Revolutionen in Äthiopien, Afghanistan und Nikaragua, an den Sturz des Schah-Regimes in Iran. Im Vergleich zu diesen eindrucksvollen Erfolgen wirkten das Kapitulantentum Sadats mit seinen für die arabische Befreiungsbewegung schweren Folgen, die brutale Niederwerfung des Volksaufstands in Südkorea im Frühjahr 1980 und einige andere Ereignisse wie alarmierende Anzeichen eines Rückzugs. Überdies stempelte die Reagan-Administration den gerechten Kampf der Völker als „internationalen Terrorismus“ ab und schwor, ihn zu unterdrücken.

Zweifellos hat die US-Regierung diese Absicht nicht aufgegeben. Davon zeugen die 4 Md. Dollar, die im bevorstehenden Finanzjahr für die Stärkung der kolonialistischen „Eingreiftruppe“ bewilligt werden, die vielen Anspielungen Außenminister Haigs auf eventuelle Entsendung

regulärer US-Truppen nach El Salvador, die „strategische Allianz“ mit Israel, die Ermunterung der Rassistenaggression gegen Angola und noch vieles andere, z. B. Mitteilungen über US-Militärberater, die dem haitischen Diktator Duvalier an die Seite gestellt sowie den interafrikanischen Kräften in der Republik Tschad beigegeben wurden.

Amtliche Sprecher Washingtons verweigern in der Regel jeden Kommentar zu solchen Mitteilungen. Sie schweigen sich auch über die Gerüchte aus, daß ein „Sicherheitspakt“ zwischen den USA und China geschlossen werden könnte, der sich bestimmt nicht nur gegen die UdSSR, sondern auch gegen die Völker der Entwicklungsländer Asiens richten würde. Schon jetzt koordiniert Washington Operationen in den nichterklärten Kriegen gegen Afghanistan und Kampuchea, insbesondere propagandistische Operationen, mit China.

Gewiß, der Rummel der Imperialisten und Hegemonisten über die „afghanische“ und die „kampucheanische“ Frage hat seine Wirkung auf die Öffentlichkeit der Entwicklungsländer nicht verfehlt: Dort ist man gegen beliebige, selbst imaginäre Versuche, die Souveränität zu schmälern, besonders empfindlich. Immer mehr Fakten sprechen jedoch für die Annahme, daß unter dieser Wirkung nur eine enge soziale Schicht, hauptsächlich jene stehen, die aus klassenmäßigen oder ideologischen Gründen für die antikommunistische Propaganda empfänglich sind. In die Tiefe des Volksbewußtseins ist besagte Wirkung nicht einmal in Ländern, in denen prowestliche Kräfte an der Macht sind, eingedrungen. Auch dort können die gesetzmäßigen sozialökonomischen Prozesse nur für kurze Zeit gebremst werden. Nichts kann sie gänzlich blockieren, und das alarmiert die Beherrscher des kapitalistischen Westens so sehr, daß sie eine „heranreifende Revolution“ selbst in Ländern wittern, die von ihrem Standpunkt aus immer als relativ „zuverlässig“ galten. Auf diese Weise sieht z. B. die Londoner „Financial Times“ die Situation in einem Staat Südostasiens, der seit langem und scheinbar nicht ohne Erfolg den kapitalistischen Weg geht. Besonders besorgt ist das Blatt der Londoner Bankiers darüber, daß es sich um Versuche handelt, „das Nationaleinkommen zugunsten der Armen auf Kosten des chinesischen Bevölkerungsteils und der ausländischen

„Aktienhalter“ umzuverteilen.

Nationales und Soziales

Natürlich kommt es nicht auf Augenform und Hautfarbe der Vertreter der privilegierten Bevölkerungsteile in Südostasien, im Süden Afrikas oder sonstwo an. In Zentralamerika etwa setzt sich die Oligarchie fast ausschließlich aus den Einheimischen zusammen. Aber wie die Praxis zeigt, sind sie nicht minder habsüchtig und rücksichtslos als, sagen wir, die weißen Pflanzler in Namibia. Es kommt darauf an, daß die einheimischen Unterdrücker und Ausbeuter nirgends mehr selbstständig sind. In immer höherem Maße verwandeln sie sich in Agenten des internationalen Monopolkapitals, in jene „ausländischen Aktienhalter“ eben, die tausende Kilometer von den südafrikanischen Gruben und nahöstlichen Ölbohrtürmen entfernt, an fremder Arbeit parasitieren.

Die „Aktienhalter“, um die die „Financial Times“ so rührend besorgt ist, haben bekanntlich mächtige finanzielle Handhaben wirklich globaler Reichweite: den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), beide hauptsächlich vom US-Kapital kontrolliert. Nicht von ungefähr fordert die Washingtoner Administration durch den Mund des stellvertretenden Außenministers „für Wirtschaft und Unternehmertum“ auf, gerade vermittle der IBRD und des IWF einen Kompromiß zwischen den kapitalistischen Industrie- und den Entwicklungsländern „herauszuschlagen“. Das geschieht denn auch ohne Rücksicht darauf, daß dadurch Millionen Menschen hungern müssen. Das jüngste Beispiel ist Sudan. Der IWF knüpfte eine Anleihe für das Nimeri-Regime an die Bedingung, daß die staatlichen Subventionen für Massenbedarfswaren aufgehoben werden. Die Preise schnellten empor, und das in einem Lande, in dem ein Viertel der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung keine Existenzmittel, weil keine Arbeit hat. Diese ausweglose Lage bewog die Sudaner zu Unruhen, die sich beinahe zu einem Volksaufstand entwickelt hätten. Und die salvadorianischen Patrioten, hatten denn sie einen anderen Ausweg, wenn die Junta stur ihre Vorschläge über eine Regelung ablehnt? Es ist die Reaktion selbst, die durch ihre volksfeindliche Unterdrückungspolitik den Aufschwung der Befreiungsbewegung beschleunigt.

Charakteristisch ist, daß sich diese Bewegung in verschiedenen Re-

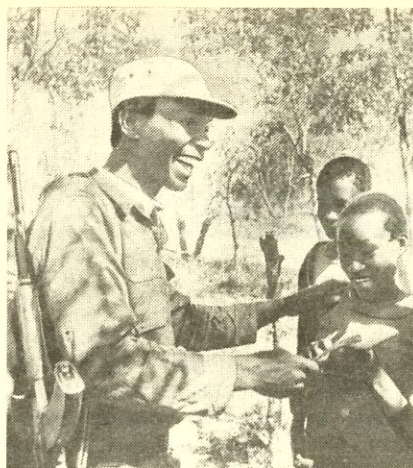
gionen immer enger mit dem Klassenkampf verflochten. Breite Schichten in der sogenannten dritten Welt erkennen schon den gemeinsamen Feind, der sich in den Wolkenkratzen transnationaler Konzerne festgesetzt hat. Wenn die neue Macht in Ghana erklärt, daß „Flagge und Hymne“ noch nicht genug sind, daß ihr Land und Afrika als Ganzes „eine wahre Unabhängigkeit brauchen, die die soziale und wirtschaftliche Befreiung der Volksmassen bringen würde“, ist das ein Zeichen der Zeit. In den Kampf schalten sich nicht einzelne Helden, sondern Millionen Menschen ein. Sie werden in Afrika, Asien und Lateinamerika vom ruinierten Dorf in die Stadt ausgestoßen. Jemand kommt in den ohnehin äußerst überbevölkerten Städten herunter, aber die Zahl jener, die sich zum Sinn des Lebens durchringen und allmählich sehen, daß die ehemaligen kolonialen und halbkolonialen Völker (laut Prognosen werden sie Ende des Jahrhunderts 90% der Menschheit ausmachen!) doch eine Perspektive haben, nimmt zu.

Warum gerade jetzt?

Von Perspektive reden jetzt manche Leute im Westen, die das früher nie gewagt hätten. Kennzeichnend ist die Frage, die ein Korrespondent der durchaus konformistischen bürgerlichen Zeitschrift „Reader's Digest“ Präsident Reagan stellte: „Wenn man realistisch bleibt, Herr Präsident, wie kann man die Entwicklungsländer davon abhalten, sich bei der Lösung der Probleme von Elend und Korruption dem Marxismus oder dem Sozialismus zuzuwenden?“

Man hätte sich denken können, daß sich der Präsident auf seine Lieblingskonzeption von den „kolossalen Möglichkeiten des Privatunternehmertums“ berufen würde. Das tat er auch, warf jedoch ungewollt ein Schlaglicht auf die Ursachen des gegenwärtigen Aufschwungs des Befreiungskampfes: Nicht zuletzt ist er eine Reaktion auf das Streben Washingtons, den jungen Staaten einen Entwicklungsweg aufzuzwingen, der nicht für sie selbst, sondern für den kapitalistischen Westen von Vorteil ist.

Zwar hat dieser Weg einer Reihe von Ländern Ostasiens und Südamerikas bekanntlich auf einer bestimmten Etappe das Wirtschaftswachstum gesichert. Aber erstens brachte er eine scharfe innere soziale Polarisierung und zweitens die Bürde der Abhängigkeit von den Zentren der kapitalistischen Wirtschaft. Besonders lastend sind die Folgen durch die gegenwärtige Kri-



Soldaten der Volksbefreiungsarmee Namibias unter Kindern

Foto: ADN (TASS)

se, da die kapitalistischen Industrieländer bemüht sind, die eigenen Schwierigkeiten auf die schwächeren Partner abzuwälzen. Hier das Ergebnis. In Lateinamerika stieg das Bruttosozialprodukt 1981 auf nur 1,2% (die niedrigste Kennzahl seit 1945). Der Ministerpräsident der Philippinen warnt: „Eine neue Rezession in den Industrieländern wird die Bemühungen um die wirtschaftliche Wiedergeburt zunichte machen.“ Schon jetzt beträgt die Arbeitslosigkeit auf den Philippinen 15%, mehr als in den USA selbst oder in Westeuropa.

Aber doch geringer als in Sudan mit seinen 25% der Arbeitslosen. Was solche rückständigen Länder ohne Mittel, ohne Fachkräfte und ohne traditionelles Unternehmertum betrifft, so bringt der dorthin importierte Kapitalismus nur die neokolonialistische Sklaverei mit dem herausfordernden Luxus der winzigen Elite und dem Hungerdasein für die überwiegende Bevölkerungsmehrheit. Kein Wunder, daß die Völker diese Elite wie auch die aufgezwungenen Modelle als einen Fremdkörper abstoßen und sich nicht mit dem Los abfinden wollen, das das imperialistische Washington ihnen zugedacht hat. Oder doch vor allem Washington, denn natürlich möchte man auch in den anderen kapitalistischen Hauptstädten die jungen Staaten wirtschaftlich und politisch nach eigenem Ebenbild kneten.

Allerdings wünscht man sich dabei kein Risiko einer direkten Konfrontation mit den Völkern dieser Staaten. Die westeuropäischen Länder und Japan hängen ja weit mehr als die USA von den Rohstoffen aus den Entwicklungsländern ab, bereichern sich aber an deren Ausbeutung weit weniger. Gerade die trans-

nationalen US-Konzerne haben in den Nachkriegsjahren die Schlüsselpositionen in diesem profitablen Geschäft an sich gerissen. Daher die besondere Unversöhnlichkeit Washingtons gegen die wahre Unabhängigkeit der sich befreienden Völker, eine eigennützige Unversöhnlichkeit, die zur Intervention in Vietnam, die scheiterte, und nachgerade zu allen etwa 70 anderen bewaffneten Konflikten führte, die nach dem zweiten Weltkrieg entbrannten. Nach Berechnungen von Experten der Sozialistischen Partei Frankreichs sind in diesen Konflikten 12 Millionen Menschen umgekommen. Dabei hatten die US-Generale damals noch keine chemischen Binärwaffen, keine Neutronenbombe, keine sonstigen Novitäten, die sich so gut für die Vernichtung unbotmäßiger Völker eignen.

Für diese Völker ist es also eine Frage von Leben und Tod, das Wettrüsten zu hemmen und die Weltlage zu normalisieren. Eine Frage von Leben und Tod auch deshalb, weil die US-Militaristen nicht nur Europa als potentiellen Kriegsschauplatz im Kampf gegen die sozialistische Ländergemeinschaft betrachten. Neuerdings spricht man in diesem Zusammenhang nicht selten auch vom Nahen und Fernen Osten. Der US-Imperialismus ist bestrebt, beinahe jedes Entwicklungsland, das eine Annäherung an Washington riskiert, in ein Aufmarschgebiet zu verwandeln und in militärische Vorbereitungen einzubeziehen. Pakistan oder Saudi-Arabien sind keineswegs Einzelbeispiele.

Ist all das nicht etwa dazu angeht, die in den jungen Staaten manchmal noch bestehende irri- ge Meinung zu korrigieren, die Befreiungsbewegung ihrer Völker und der allgemeine Friedenskampf seien zweierlei? Das Leben zeigt, daß es die beiden Seiten ein und derselben Medaille sind. Deshalb sind die Mißerfolge der Kräfte der nationalen und sozialen Befreiung dermaßen schmerzhaft, deshalb freuen sich alle Anhänger der Entspannung und internationalen Sicherheit über ihre Erfolge, ob in Zentralamerika oder Südafrika.

„Die Sphäre der imperialistischen Herrschaft in der Welt ist eingeeengt worden“, dieser Schluß des XXVI. Parteitag der KPdSU wird immer wieder von der Entwicklung erhärtet. Die Gerechtigkeit siegt doch, wenn auch um den Preis gewaltiger Anstrengungen und nicht geringer Opfer. Das hilft, auch im Friedenskampf Erfolge zu erzielen. Und sie bewegt sich doch! Ja, die Erde bewegt sich, und es ist niemandem gegeben, die Richtung ihrer Bewegung zu ändern.

ÖL UND „LEBENSINTERESSEN“

Juri JERSCHOW

Am 12. Dezember 1919 erhielt Frankreichs Ministerpräsident Clemenceau einen Bericht zu der damals bevorstehenden französisch-britischen Konferenz über Osteuropa und den Nahen Osten. „Wer das Öl besitzen wird, wird die Macht besitzen“, hieß es in dem Bericht. „Die starken finanziellen Verbindungen zu einem Produkt, das auf unserem Planeten stärker ist als selbst das Gold, werden ihm die Herrschaft über die Welt geben, die Herrschaft über die Meere wird dank dem Schweröl, die Herrschaft über den Himmel und über den Kontinent wird dank dem Benzin gesichert sein.“

Mehr als 60 Jahre sind vergangen, doch dieses Credo des Ölimperialisismus bringt nach wie vor die außenpolitischen Ziele des Westens zum Ausdruck. Heute veranlaßt ihn die Erschöpfung der Brennstoff- und Rohstoffbasis des Weltkapitalismus, nach jeglichen, selbst potentiellen Energiequellen zu suchen, ganz abgesehen einmal von den Ölförderregionen. Prophetisch klingen heute Lenins bereits Anfang des Jahrhunderts gesagte Worte, daß das Finanzkapital „im allgemeinen bestrebt“ ist, „möglichst viel Ländereien an sich zu reißen, gleichviel welche, gleichviel wo, gleichviel wie, immer auf mögliche Rohstoffquellen bedacht...“

„Verhältnismäßige Unverwundbarkeit“

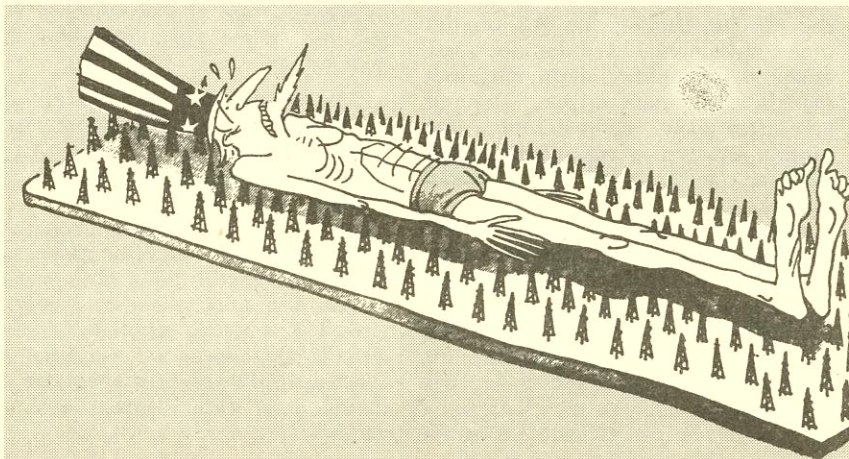
Die Verschärfung der Energiekrise, die vor allem eine Krise der Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Im-

perialismus und den Entwicklungsländern ist, hat in den 70er Jahren zu einer irreversiblen Veränderung der Situation auf dem Weltölmarkt geführt. Vor allem kam das in der Beseitigung des alten Konzessionssystems für die Ölförderung der Entwicklungsländer zum Ausdruck. Hat es ja den Monopolen entscheidende Positionen in der Wirtschaft der OPEC-Länder garantiert. Heute kontrollieren die Regierungen der Ölländer selbst mehr als 92% der Förderung auf ihrem Territorium, während noch 1973 diese Zahl 22% nicht überstieg. Von Jahr zu Jahr konsolidiert sich in den OPEC-Ländern der staatliche und nationale Sektor, der sich mit der Förderung, der Verarbeitung, dem Transport und dem Export des Öls befaßt.

Bezeichnenderweise begannen auch die kapitalistischen Industrieländer Beschränkungen für die Tätigkeit der ausländischen, insbesondere der amerikanischen, Ölgesellschaften anzuwenden. So wird in Kanada ein Plan verwirklicht, um das nationale Eigentum in der Öl- und Gasindustrie bis 1990 auf 50% gegenüber gegenwärtig 20–30% anzuheben. In Japan ist der Anteil der US-Konzerne an der Ölversorgung des Landes im Zeitraum 1976–1980 von 53 auf 38% gefallen. Die Kontrolle der US-Monopole über Öllieferungen an die westeuropäischen Märkte wurde eingeschränkt. Das Auslandskapital wird auch von den Binnenölmärkten der Entwicklungsländer verdrängt.

Der Öl-Joga

Zeichnung: Nachrichtenmagazin „U.S. News & World Report“



Die Schwächung der Positionen der Ölmonopole hat den expansionistischen Charakter der Politik der imperialistischen Mächte weiter verschärft. Um die Positionen der Monopole um jeden Preis wenn schon nicht wiederherzustellen, dann doch zumindest irgendwie zu stärken, griff der Imperialismus zu einer neuen Taktik.

In den USA liegt ihr eine Konzeption zugrunde, der zufolge der Ölimport auf möglichst hohem Stand belassen und dabei der Verbrauch der eigenen Ressourcen weitmöglichst reduziert werden soll. Im „Nationalen Energieplan“ (bereits 1977 in Washington veröffentlicht) hieß es: „Vernünftiges Ziel bezüglich des Erdölimports ist nicht die Unabhängigkeit von ihm, sondern die verhältnismäßige Unverwundbarkeit. Die Vereinigten Staaten werden auch weiterhin Erdöl importieren, da es ungeachtet der Preiserhöhung durch die Exportländer billiger ist als die Herstellung von synthetischem Erdöl aus eigenen Quellen... Außerdem verlangsamt der Import die Erschöpfung der amerikanischen Erdölvorräte, die einen kritisch niedrigen Stand erreicht haben...“

Diese Konzeption ging praktisch in das Energieprogramm Reagans ein. Dort wird betont, daß „ein niedriger Stand des Ölimports um jeden Preis kein wichtigeres Kriterium für die energiewirtschaftliche Sicherheit der Nation ist“. In den 80er Jahren soll der hohe Ölimport (1980 — 270 Mio t) beibehalten werden, wobei er gegen Ende des Jahrzehnts möglichst auf 200–250 Mio t zusenken ist. Washington strebt fort-dauernde große Ölimportmengen an, obgleich die USA gegenüber anderen Staaten nicht geringe Möglichkeiten haben, die eigene Brennstoff- und Energiebasis auszuweiten.

Schätzungen des Amerikanischen Erdölinstituts beziffern die in den USA entdeckten Lagerstätten mit 22 Md. t, d. h. auf mehr als fünfmal soviel wie die bereits prospektierten Ressourcen. Bei den heutigen Förderquoten allein der nichtprospektierten Ressourcen wäre der Bedarf der US-Wirtschaft zumindest für weitere 50 Jahre gesichert. Zudem erreichen die Ölressourcen in den Lagerstätten, deren Erschließung beim heutigen Preisniveau als unrentabel gilt, Schätzungen zufolge ca. 40 Md. t. Dazu kommen andere riesige potentielle Energieressourcen in den USA — Kohle, Naturgas und Uran.

Nichtsdestoweniger sind von 1970 bis 1979 die prospektierten Ressourcen offiziellen Quellen zufolge von 5,2 auf 3,8 Md. t und die Förderung von 475 auf 426 Mio t gesunken. In der gleichen Zeit hat sich der Ölimport fast verfünffacht — von 66 auf 321 Mio t. Zwar ging die Öleinfuhr 1980/81 etwas zurück, doch das hing mit verminderter Verbrauchernachfrage zusammen, aus-

gelöst durch die Rezession und verschiedene Maßnahmen zur rationelleren Ölnutzung.

Geopolitische Pläne

Die egozentrische Haltung der USA gegenüber der Nutzung der eigenen Ölvorräte vergrößert das Defizit auf dem Weltmarkt und erschwert anderen Ländern die Öleinfuhr. 1980 ging praktisch jede vierte von den kapitalistischen Industrieländern importierte Tonne Öl in die USA. Das erlaubt den US-Strategen, die Ölversorgung der gesamten kapitalistischen Weltwirtschaft zu kontrollieren, und bringt die anderen Einfuhrländer in Abhängigkeit von der US-Politik. Nimmt ja das Öl bislang über die Hälfte des Brennstoff- und Energiehaushalts ein. Die eigene Förderung deckte 1980 nur 17% des Ölbedarfs der Länder Westeuropas und 0,2% Japans. Wenig besser ist die Lage auch der großen Gruppe der öleinführenden Entwicklungsländer. Die eigene Förderung reicht nicht mehr als für ein Fünftel ihres Verbrauchs. Der Zugang zu den Ölressourcen ermöglicht also den USA, politischen und wirtschaftlichen Druck auf die politischen Verbündeten (die Staaten Westeuropas und Japan) als auch auf jene Entwicklungsländer auszuüben, die die amerikanische Geopolitik in ihre Einflusssphäre ziehen will. So soll die Expansion in die Ölregionen nach den Plänen Washingtons dessen militärisch-strategisches Potential stärken.

Die Vorherrschaft der USA auf dem Weltölmarkt erlaubt den amerikanischen Banken, die Petrodollars, die Ölexporterlöse der OPEC-Länder, zu kontrollieren. Milliardensummen landen vor allem bei den Wall-Street-Banken oder ihren Auslandsfilialen. Sie dienen als kurzfristige Einlagen sowie für den Ankauf von Staatspapieren und Unternehmensaktien, zur Gewährung staatlicher Kredite. Die westlichen Länder verwenden die Devisen der OPEC-Staaten weitgehend zur Finanzierung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung, zur Stützung ihrer Währung, für Kredite, für hochverzinsliche Darlehen an andere Staaten usw. Gegen Ende 1981 wurden die Auslandseinlagen der OPEC-Länder auf mehr als 400 Md. Dollar geschätzt. (Zum Vergleich: Die liquiden Devisenreserven aller kapitalistischen Industrieländer betrugen Mitte 1981 255 Md. Dollar.)

Die US-Ölmonopole verspüren einen wahren Heißhunger. Zu den Ressourcen wohl jedes Öllands der kapitalistischen Welt strecken sie ihre Fühler aus. Doch sie und ihre Beschützer in Washington zeigen besonderes Interesse an dem „schwarzen Gold“ der arabischen Länder, da der Nahe und Mittlere Osten heute das wichtigste Ölversorgungszentrum der kapitalistischen Welt ist. Ende der 70er Jahre entfielen auf diese Region 65% der prospektierten

ÖLEINFUHR IN DIE USA (in Mio t)

	1970	1975	1980	Steigerung in 5 bzw. 10 Jahren
Insgesamt	66,0	205,2	263,9	auf das 4fache
Aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens	9,5	56,3	78,4	auf das 8,3fache
Saudi-Arabien	0,9	35,1	62,7	auf das 70fache
VAE	3,0	5,8	8,6	auf das 2,8fache
Ägypten	1,0	0,2	1,5	auf das 1,5fache
Irak	—	0,1	1,4	auf das 14fache
Kuweit	1,7	0,2	1,3	—
Oman	—	0,1	1,2	auf das 12fache
Iran	1,7	13,9	0,4	—
aus Ländern Afrikas	5,0	66,7	98,6	auf das 20fache
Nigeria	2,4	37,3	42,2	auf das 17,5fache
Libyen	2,4	1,1	27,5	auf das 11,5fache
Algerien	0,3	13,2	22,9	auf das 76fache
Angola	—	3,6	1,8	—
aus Ländern Lateinamerikas	13,4	32,1	42,0	auf das 3fache
Mexiko	—	3,5	25,4	auf das 7fache
Venezuela	14,0	19,8	7,8	—
Trinidad und Tobago	—	5,8	5,8	—
Ecuador	—	2,8	0,8	—

Ressourcen, 50% der Förderung und 65% des kapitalistischen Ölexports. Eine Sonderstellung unter den Nahostländern nimmt Saudi-Arabien ein, das 1980 über ca. ein Drittel der erkundeten Ölressourcen in der kapitalistischen Welt verfügte und ein Fünftel davon förderte.

Die Abhängigkeit der kapitalistischen Industrieländer vom Ölimport aus den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens nimmt ständig zu. Allein in den 70er Jahren hat sich der Öllexport der OECD-Staaten aus dieser Region mehr als verdoppelt, und deren Importabhängigkeit vom Nahostöl erreichte gegen Ende des Jahrzehnts fast 60%. Der US-Import aus diesen Ländern stieg 1970—1980 von 9,5 auf 79 Mio t oder auf das 8,3fache, während die Importabhängigkeit der USA von Öllieferungen aus dieser Region von 15 auf 30% kletterte. Gerade diese Abhängigkeit ist ein Vorwand dafür, die Region zur Sphäre der „Lebensinteressen“ der USA zu erklären.

Mit dem großen Knüppel

Die Doktrin der „Lebensinteressen“ nährt die wahnsinnigsten Pläne Washingtons.

So meldete die US-Fernsehgeseilschaft ABC im September 1981, die Reagan-Administration habe zusammen mit der NATO einen Plan für die militärische Besetzung Saudi-Arabiens entwickelt.

Natürlich ist die Doktrin der „Lebensinteressen“ völkerrechtswidrig. Erstaunen kann nur der offene Zynismus von Politikern, die ganze Regionen zur Sphäre ihrer „Lebensinteressen“ erklären.

Die Vorgänge der letzten Zeit zeigen, daß die herrschenden Kreise der USA bereit sind, sich in jedes Abenteuer einzulassen, nur um ihre Positionen in den Ölregionen zu stärken. Die Aufstellung der Eingreiftruppe, die Truppenübungen im Nahen Osten, die Umtriebe des Pentagon im Persischen Golf, um sich die Kontrolle über die Straße von Hormus zu sichern, die Versuche, „multinationale Streitkräfte“ für die Sinai zusammenzuzimmern und einen „regionalen Verteidigungsblock“ à la NATO zu formieren, etc. demonstrieren, daß die USA die Ölreichtümer des Nahen und Mittleren Ostens unter ihre militärische Kontrolle bringen wollen.

Eine besondere Rolle in diesen expansionistischen Plänen ist Israel zugewiesen. Als treuer Wächter der US-Ölinteressen ist Israel stets zur Aggres-

sion gegen seine Nachbarn, zu jeglicher massiver Einmischung in deren innere Angelegenheiten bereit. Der Terror gegen das Volk des Libanon, der Luftüberfall auf den Atomreaktor bei Bagdad, die Verletzung des Luftraums Saudi-Arabiens sowie die Morde an Palästinensern und Syrern — das sind nur jüngste Fakten, die das zynische Wesen der aggressiven amerikanisch-israelischen Allianz enthüllen. Deren wahres Ziel soll mit Verleumdungen gegen die Sowjetunion sowie ihre Nahost- und Mittelostpolitik, mit der Lüge von der „militärischen Bedrohung seitens der Sowjetunion“ gegen die Ölnachschubwege der westlichen Länder getarnt werden.

Washington ergänzt seine militärisch-politischen Aktionen mit wirtschaftlichen Maßnahmen, um die OPEC zu spalten und die effektiven kollektiven Formen des Widerstandes der erdölexportierenden Länder gegen den US-Druck zu beseitigen. In einem Bericht der amerikanischen Vereinigung für internationale Wirtschaftspolitik über die Außenwirtschaftsstrategie für die 80er Jahre wurde direkt die Aufgabe formuliert, das OPEC-Monopol auf dem Ölmarkt zu beseitigen. „Gerade das“, heißt es in dem im August 1981 veröffentlichten Bericht, „muß das energiewirtschaftliche Ziel der USA in den 80er Jahren sein, und alle anderen Richtungen der Energiepolitik müssen diesem Ziel unterworfen sein.“

Eine Anti-OPEC

Vor allem wollen die USA den OPEC-Ländern ein neokolonialistisches Kartell, eine Art Anti-OPEC, entgegensetzen. Bereits 1974 hatten die Amerikaner die Internationale Energieagentur (IEA) für gemeinsame Aktionen bei einem plötzlichen akuten Energiemangel sowie zur Koordinierung einer langfristigen Energiepolitik gegründet. Die US-Diplomatie möchte die IEA mit der Leitung und Koordinierung der außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Aktionen der kapitalistischen Öleinfuhrländer bei ihren Attacken auf die OPEC beauftragen.

Eine andere Taktik ist der Versuch, den Ölländern die Schuld an der Energiekrise zu geben. Die westliche Propaganda übertreibt vor allem bei den Ausmaßen dieser Krise und sucht die Öffentlichkeit mit einem drohenden Ölboykott einzuschüchtern. Hierbei werden die wahren Ursachen der Inflation, der Arbeitslosigkeit und der sich zunehmend verschlechternden Lage der Werktätigen in Industriestaaten und Entwicklungsländern verzerrt dargestellt. Die These von den bösen Absichten der OPEC soll suggerieren, die Ölländer wollten der an Energiehunger „langsam sterbenden“ westlichen Zivilisation nicht helfen.

Besonders beliebt ist in den USA das Thema der wirtschaftlichen Folgen einer Störung der eigenen Ölversorgung aus dem Nahen Osten. So behauptete die „Business Week“ im November 1981, eine Drosselung der Öleinfuhr aus Saudi-Arabien um 50 Mio t jährlich werde zu einer Senkung des US-Bruttosozialprodukts um 300 Md. Dollar führen. Die Arbeitslosigkeit werde um 2%, die Inflationsrate um bis zu 20% steigen.

Die herrschenden Kreise wollen Druck auf die erdölexportierenden Länder mit deren Abhängigkeit vom Handel mit den USA ausüben. Immer häufiger wird gefordert, der OPEC den Wirtschaftskrieg zu erklären sowie die Lebensmittellieferungen und den Technologietransfer an die Mitgliedstaaten zu beschränken. Bereits 1974 hatte der Kongreß ein Gesetz verabschiedet, dem zufolge jeder Staat, der die Versorgung des Weltmarkts mit „lebenswichtigen“ Waren stört oder die Preise auf einen „unvernünftigen Stand“ anhebt, die Handelspräferenzen einbüßt. Zur gleichen Strategie gehört es auch, den Nahostländern Rüstungsgüter aufzuoktroieren. So beliefen sich allein 1980 die US-Waffenlieferungen an Saudi-Arabien auf 4,5 Md. Dollar.

Ein wahres Damoklesschwert ist für die OPEC-Länder ferner die Möglichkeit, daß Washington deren Einlagen in US-Banken einfriert. Einen solchen Präzedenzfall hat es schon gegeben: 1978 mit den Devisenkonto des Iran.

Natürlich können die US-Geopolitiker die Realitäten der heutigen Ölsituation nicht beseitigen. Die Eingreiftruppe kann die Straße von Hormus verminen, ein Kommando bei Er-Riad absetzen oder sogar die Ölfelder zerstören. Doch das würde den USA nichts einbringen.

Eine Lösung des Weltölproblems darf nicht durch Konfrontation, sondern kann nur über internationale Zusammenarbeit, die Respektierung der Souveränität der OPEC-Staaten und gleichberechtigte Beziehungen zu ihnen gefunden werden. Aus einem potentiellen Konflikt-herd kann und muß das Erdöl zum Objekt einer allseitig vorteilhaften Lösung der Energiefragen werden, die die Lebensinteressen aller Mitglieder der Weltgemeinschaft berücksichtigt.

Im Jahre 1977 verzichtete die Carter-Administration auf das B-1-Programm. Aber der Hauptauftragnehmer, die Rockwell International, stellte die Arbeit am Projekt des strategischen Bombers keineswegs ein, aktivierte sie sogar beträchtlich. Zugleich goß der Konzern durch seine Leute in den militärischen und politischen Kreisen Öl ins Feuer, wenn es um das Lügenmärchen ging, in den 80er Jahren würde sich unvermeidlich eine „Flugzeuglücke“ bemerkbar machen und das strategische Gleichgewicht zugunsten der UdSSR verändern. Die Spekulation mit der Angst zahlte sich aus. Am 2. Oktober 1981 erlebte der Konzern seine Sternstunde, als Präsident Reagan den Beschluß bekanntgab, bei der Rockwell International 100 Bomben-Raketen-Flugzeuge zu bauen. Dem Konzern winken in den nächsten 7 Jahren mindestens 400 Mio Dollar zusätzlicher Gewinn. Seine Aktien schnellten sofort um 33% hoch.

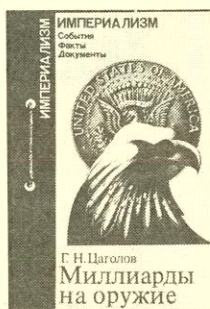
Das als nur ein Beispiel dafür, wie die US-Rüstungstruste das Wettrüsten anheizen und den außenpolitischen Kurs Washingtons direkt beeinflussen. Über Ausmaße und Methoden solchen Einflusses schreibt der sowjetische Wirtschaftsexperte Georgi Zagolew in seinem Buch „Milliarden für die Aufrüstung. Der Militär-Industrie-Komplex der USA“ (Verlag Mysl, Moskau 1981)*.

Wie der Autor feststellt, hat das Bündnis von Militärs und Monopolen in den Washingtoner Korridoren der Macht noch nie so tiefe Wurzeln gefaßt wie jetzt. Der heutige Präsident selbst war 8 Jahre lang Moderator von Fernsehprogrammen der General Electric, einer der fünf größten Unternehmerfirmen des Pentagon. Später, beim Ringen um den Gouverneursposten in Kalifornien, wirkte Reagan im engen Kontakt mit dem Rüstungsgeschäft. Der Vorsitzende des Finanz- und Exekutivkomitees seiner Wahlkampagne war der notorische Reaktionär H. Salvatory, Multimillionär, Teilhaber und Direktor des weitverbreiteten Konzerns Litton Industries.

US-Außenminister Haig ist ebenfalls ein Mann des Militär-Industrie-Komplexes. Vor seiner Ernennung auf den jetzigen Posten war er Präsident der United Technologies, des drittgrößten Rüstungsproduzenten der USA. Allein 1980

* Г. Н. Цаголев. Миллиарды на оружие. Военно-промышленный комплекс США. «Мысль», М., 1981.

ENG VERFLOCHTEN



brachte dieser Posten Haig über eine Million Dollar. Übrigens: Als General Haig aus Brüssel zurückgekehrt war, hatte ihm H. Gray, der Vorsitzende des Direktorenrats der United Technologies, bis 1971 ein Exponent der Litton Industries, diesen Sessel verschafft.

US-Verteidigungsminister Weinberger wechselte vom kalifornischen Trust für Militärbau und Atomaustrüstungen Bechtel Corp., wo er Vizepräsident war, zum Pentagon über. Der Trust realisiert über 100 Projekte in 29 Ländern. Der heutige NASA-Leiter J. Beggs war bis vor kurzem Vizepräsident des Rüstungskonzerns General Dynamics, Justizminister W. Smith Direktor mehrerer kalifornischer Rüstungsmonopole.

Wie in dem Buch verdeutlicht wird, hat der Militär-Industrie-Komplex seine Positionen auch im Kongreß wesentlich gefestigt. Der jetzige Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im US-Senat, der Republikaner J. Tower aus Texas, ein Superfalke auf dem Kapitol, ist eng mit der General Dynamics und anderen Unternehmerfirmen im Rüstungsgeschäft liiert. Zu dem durch den Militär-Industrie-Komplex korrumpierten Teil des Kongresses gehören auch viele andere „Volksabgeordnete“, z. B. Henry Jackson (Mitglied des Verteidigungsausschusses), der nicht ohne Grund Boeing-Senator genannt wird. Der Kongreß wird ferner durch die militärische Lobby beeinflusst. Das ist eine der mächtigsten Pressure-Gruppen in Washington, die sich aus Vertrauensleuten des Pentagon und Agenten der Rüstungskonzerne zusammensetzt. Besonders bekannt sind darunter A. Lefever (General Dynamics), J. Trautman (Ge-

neral Electric), B. Iton (Ling Temco Vought), S. Sommerce (Northrop) und C. MacGregor (United Technologies). Direkte Agenten der Rüstungsfabrikanten sind außerdem die meisten der 60 Mitarbeiter und Konsulenten der Verteidigungsausschüsse beider Kammern. Diese und viele andere Vertreter der Rüstungskonzerne und des Pentagon bestimmen heute in hohem Maße die allgemeine Atmosphäre im Kongreß, der immer häufiger die Steigerung der Militärausgaben anregt.

G. Zagolow berichtet ausführlich über die gigantischen US-Rüstungstruste und ihre Chefs. Typisch ist z. B. die Laufbahn Henry Crowns, des heute größten Rüstungsindustriellen der USA. Zuerst spekulierte er nicht ohne Erfolg mit Grundstücken und anderen Immobilien, dann stieg er ins profitablere Rüstungsgeschäft ein. Das Florieren des von ihm gegenwärtig kontrollierten Pentagon-Lieferanten Nr. 1, der General Dynamics, ist auf die Produktion neuester Massenvernichtungswaffen zurückzuführen: von Raketen-U-Booten vom Typ „Ohio“, kernkraftgetriebenen U-Schiffen „Los Angeles“ und F-16-Jagdflugzeugen. Die Firma ist auch an der Realisierung des MX-Programms beteiligt. Auf ihrer Lohnliste stehen die Namen von mehr als 200 abgedankten Generalen, Admiralen und anderen hohen Militärs. Nicht ohne deren Dazutun erreicht die Firma eine Erweiterung von Militäraufträgen. Allein 1978 erhielt die General Dynamics Pentagon-Aufträge für 4,2 Md. Dollar. Vergleichsweise erinnert G. Zagolow daran, daß 1940, als in Europa der Krieg wütete, der gesamte Militär-etat der USA 1,5 Md. Dollar betrug. Die militaristische Woge, die das

Land in den 80er Jahren überrollt hat, wird von einem Firmenchef wie folgt kommentiert: „Von hier aus gesehen, erscheint die Weltlage nicht allzu sicher, was die Perspektiven unserer Industrie recht gut macht.“

Die Rüstungsfabrikanten sind zutiefst daran interessiert, die Kriegspsychose anzuheizen und der Öffentlichkeit zu suggerieren, die Militärmacht der USA müsse weiter verstärkt werden. Presse, Rundfunk und Fernsehen sind eifrig am Werk. Allerlei Organisationen zur Manipulierung der öffentlichen Meinung sprießen aus dem Boden. So ist der Vizepräsident der General Dynamics, R. Byron, ein Mitbegründer des Amerikanischen Sicherheitsrates (einer Art Lobby der Rüstungsindustriellen Kreise), der in den 70er Jahren 1700 Gesellschaften vereinigte. Der Rat betreibt seine Propaganda über Hunderte Rundfunk- und Fernsehsender und läßt Filme zum Thema „sowjetische militärische Bedrohung“ fabrizieren. In den letzten Jahren entstanden zahlreiche andere promilitaristische Organisationen, die über weitgehende finanzielle Möglichkeiten verfügen. In diesem Zusammenhang zitiert G. Zagolow die „New York Times“: Vielen dieser Gruppen, denen häufig ein und dieselben Personen angehören, sei es gemeinsam, daß sie materielle, ideologische oder moralische Kontakte zum Verteidigungssystem unterhalten.

Seinerzeit schrieb Karl Marx, die Aufrüstung bedeute für jede Nation, daß sie einen Teil ihres Kapitals zum Fenster hinauswerfe. Die Gier des Militär-Industrie-Komplexes zwingt das Volk der USA, einen zunehmenden Teil seines Nationalreichtums, der für die Erleichterung des Lebens von Millionen Elenden und Unterdrückten so notwendig wäre, „zum Fenster hinauszuwerfen“. Doch geht es nicht nur darum. Das Bündnis der Rüstungsindustriellen mit den führenden Politikern der größten kapitalistischen Macht birgt eine enorme Gefahr für die Sicherheit und die Zukunft der Menschheit in sich. Daran mahnt auch G. Zagolows Buch.

S. GOLJAKOW

BILDUNG STATT BOMBEN

Peter SCHÜTT, westdeutscher Schriftsteller

Materiell gesehen, ist die Bundesrepublik Deutschland ohne Frage eines der reichsten Länder der Erde. Als „Kulturnation“ ist die Bundesrepublik dagegen bis heute ein armes Land geblieben, das gerade ein Prozent seiner öffentlichen Haushaltsmittel für kulturelle Zwecke ausgibt, weit weniger als die meisten Entwicklungsländer. Zwar sind in den 70er Jahren die Staatsausgaben für Kultur und Bildung jährlich um 10% gestiegen, zwar war im zurückliegenden Jahrzehnt häufig von kulturellen Reformen, gar von „Innovationen“ die Rede, zwar erklärten selbst Regierungsamtliche Papiere die BRD zu einer „Kulturnation“, aber mit Beginn der 80er Jahre scheint das alles schon wieder vergessen zu sein. Kaum werden die öffentlichen Haushaltsmittel knapp, so muß die Kultur als erstes dran glauben.

Wie man Löcher im Etat stopft

Rüstung anstelle von Theatern, Bibliotheken, Museen und kommunalen Kinos: So soll die BRD-Kulturpolitik der 80er Jahre aussehen. Allenthalben regiert der Rotstift, und er setzt zuerst dort an, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist — an den öffentlichen Ausgaben für Bildung und Kultur. Die Hansestadt Bremen, einmal der Schrittmacher der sozialdemokratischen „neuen Kulturpolitik“, liefert das typische Beispiel dafür. Bis zum Jahre 1984 sollen die Subventionen für die Theater der Stadt so weit gesenkt werden, daß der Unterhalt eines eigenen Ensembles nicht mehr möglich sein wird. Die Zuschüsse für das kommunale Kino sollen um die Hälfte reduziert werden, bei der Stadtbibliothek werden sieben Stellen gestrichen, und der Anschaffungsetat für neue Bücher soll um 20% gekürzt werden. Das Programm der Volkshochschulen wird bedeutend verringert, und die Zahl der Musik- und Kunstunterrichtsstunden an den Bremer Schulen soll in den kommenden fünf Jahren halbiert werden.

Anderswo hofft man, die von den Raketen gerissenen Löcher im Kommunalhaushalt durch neue Gebühren auszugleichen. Vielerorts

erhöhen sich die Eintrittspreise für Theater, Konzert und Oper. In den Museen, die in den 70er Jahren oft zum „Nulltarif“ zu besuchen waren, werden wieder Eintrittspreise bis zu 3 Mark verlangt. Und die Gebühren für einen Volkshochschulkurs steigen pro Semester auf 15 bis 20 Mark. Die Stadt Bochum entläßt 4 der 12 festangestellten Volkshochschullehrer, verbietet kurzerhand die Beschäftigung neuer Lehrkräfte und streicht das Kursangebot von 34 000 auf 31 000 Stunden im Jahr.

Die Stadt Düsseldorf muß ihr Kunstmuseum wegen Baufälligkeit schließen und vertagt den Neubau vorerst bis zum Jahre 1985. Die Stadt Kiel will zum neuen Jahr ein Drittel der Mitarbeiter im kommunalen Kulturzentrum „Pumpe“ streichen und die Räumlichkeiten künftig vor allem an kommerzielle Veranstalter vermieten, um mit den Einnahmen die Lücken im städtischen Kulturhaushalt zu stopfen. In Hamburg fehlen die Mittel für den Wiederaufbau des „Winterhuder Fährhauses“, eines wegen Baufälligkeit bereits 1979 abgerissenen Freizeitzentrums.

Als Folge der Rotstiftpolitik nimmt auch in den kulturellen Berufen die Arbeitslosigkeit zu. Schauspieler, Orchestermusiker, Journalisten, Bibliothekare zählen zu den Berufszweigen, in denen bereits jeder dritte ohne festes Arbeitsverhältnis ist. 1980 haben mehr als 90% aller Absolventen bundesdeutscher Schauspiel- und Musikhochschulen kein Engagement gefunden. Bei den meisten Rundfunk- und Fernsehanstalten gibt es bereits seit mehreren Jahren einen Anwerbestopp für neue Mitarbeiter.

Das Realeinkommen der Kulturschaffenden sinkt, und der Bundestag hat erneut die Einführung einer Sozial- und Altersversicherung für freiberufliche Künstler und Schriftsteller abgelehnt. Von den bildenden Künstlern ist bereits heute jeder fünfte auf Sozialhilfe angewiesen.

Das „Zeitungssterben“, dem in den 70er Jahren nicht wenige Provinzblätter zum Opfer gefallen sind, setzt sich fort. Kleinere Buch- und Zeitschriftenverlage werden von den Mediengiganten zunehmend an die Wand gedrückt, Buchhandlungen, private Kinos und Kunst-

galerien melden reihenweise ihren Konkurs an. Stadtteile wie München-Schwabing, die Düsseldorfer Altstadt oder Hamburg-Pöseldorf, in der sich vor einigen Jahren noch eine Galerie an die andere reihte, wirken heute kulturell verödet, weil in die Kunstzentren längst teure Läden eingezogen sind. Kommerz verdrängt die Kultur, und die Zentren der großen Städte, früher Mittelpunkte auch des kulturellen Lebens, entwickeln sich zurück zu regelrechten Kulturwüsten.

Der Kulturhunger breiter Massen läßt sich nicht mehr mit einem Federstrich aus der Welt schaffen. Das Kulturbedürfnis ist auch in der arbeitenden Bevölkerung und vor allem in der Jugend stärker geworden und findet seinen Ausdruck nicht zuletzt in den entsprechenden Forderungen des DGB. Im Bunde mit der Gewerkschaftsbewegung wehren sich immer mehr Organisationen der Kulturschaffenden, Bürgerinitiativen, Studentenverbände und Laiengruppen gegen das „Einfrieren“ der öffentlichen Kulturausgaben. Mit Erfolg: Als in Kassel die Entlassung von mehr als 40 Schauspielern zur Diskussion stand, zwang eine 2000köpfige Demonstration die Stadtverwaltung, ihre Demontagepläne zunächst zu widerrufen. Gewerkschaftlicher Protest verhinderte in Hamburg die Schließung von mehreren öffentlichen Bücherhallen in Außenbezirken der Stadt. Gegen die geplante Kürzung des Kursangebotes an der Hamburger Volkshochschule wurden von den Dozenten und Hörern über 20 000 Unterschriften gesammelt, genug, um den Hamburger Senat zu zwingen, seine Pläne zu überprüfen.

In Bremen boykottierten die gewerkschaftlich organisierten Schriftsteller und Künstler das städtische Festival „Weserlust“, um gegen die Rotstift- und Raketenpolitik zu protestieren. Sie erreichten damit eine so starke öffentliche Resonanz, daß die Politiker einen Teil ihrer Streichungen widerrufen mußten. Die bekannte Kölner Rockgruppe „Floh de Cologne“ hat bundesweit zur Bildung einer „kulturellen Opposition“ aufgerufen. Das Echo auf ihren Aufruf ist bemerkenswert: Zahlreiche Jugendzentren, Chöre, bekannte Künstler und bundesweite Organisationen wie der „Demokratische Kulturbund“ haben inzwischen die Anregung aufgegriffen.

Poesie statt Pershings

Einen starken Auftrieb erhielt die Opposition gegen den kulturellen



Düsseldorf. Lehrer, Studenten und Schüler demonstrieren gegen die Kürzung des Bildungsetats

Foto: „Unsere Zeit“ (BRD)

Kahlschlag durch die rasch wachsende Friedensbewegung. Immer mehr kulturell tätige und interessierte Bürger erkennen die Zusammenhänge zwischen den ständig steigenden Rüstungsausgaben und den sinkenden Zuschüssen des Staates für das kulturelle Leben. „Bildung statt Bomben“ ist eine Losung, die auf vielen Demonstrationen zu sehen und zu hören ist. „Poesie statt Pershings“ war das Motto einer Veranstaltung Hamburger Autoren, und in Kiel sammelte sich der Jugendprotest gegen die Mittelkürzung für das Freizeitzentrum „Pumpe“.

„Der Friede ist die wichtigste Kulturaufgabe unserer Zeit“, dieser Leitgedanke aus der programmatischen Erklärung des Demokratischen Kulturbundes ist in der Bundesrepublik aktueller als je zuvor. Die Friedensbewegung ist am Beginn der 80er Jahre selber zum bedeutenden Träger und Anreger vielfältiger kultureller Aktivitäten geworden. Hunderttausende haben an den Kulturprogrammen auf dem Dortmunder Jugendfestival im Juni 1981 und an den vielfältigen Lesungen, Rezitationen und Musikveranstaltungen in Hamburg teilgenommen. Während des Friedensmarsches europäischer Frauen von Kopenhagen nach Paris haben auf dem Weg durch die BRD über zwanzig kulturelle Manifestationen stattgefunden. Unterwegs sind so viele neue Lieder, Gedichte und Aphorismen entstanden, daß die Liedermacherin Fasia Jansen daraus ein ganzes Buch machen konnte.

Wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik haben sich so viele namhafte und noch namenlose Künstler in den Dienst einer guten Sache gestellt. Überall entstehen neue Chöre, die wie die Bremer „Zeitgenossen“, der Hamburger „Sängerhaufen“ oder der Kieler „Ernst-Busch-Chor“ mit ihren Antikriegsliedern für den Frieden Partei ergreifen. Bekannte Kabarettisten, Dietrich Kittner, Hanns-Dieter Huesch, Gerd Wollschon, Einhart Klucke oder Rudolf Rolfs greifen mit ihren eigenen satiri-

schen Mitteln die Rüstungslobby an. Fast alle Liedermacher der BRD haben sich nicht nur mit ihrer Unterschrift, sondern mit eigenen Liedern für den „Krefelder Appell“ eingesetzt. Der bekannteste Rocksänger des Landes, Udo Lindenberg, hat eigens für die Friedensbewegung eine aktuelle Single produziert und wirbt auf seiner Herbsttournee für die Kampagne gegen Pershings, Cruise Missiles und Neutronenbomben. Aktiv kämpft für den Frieden die Front der linken Liedermacher, von Franz-Josef Degenhardt, Dieter Süverkrüp, Hannes Wader und Ekkes Frank bis Walter Mossmann. Bemerkenswert ist das Auftreten künstlerisch engagierter Frauen für die Friedensbewegung. Liedermacherinnen wie Fasia Jansen, Angi Domdey, Uschi Flacke oder Eva Vargas haben sich mit Kompositionen zu Wort gemeldet, in denen sie ihre persönliche Betroffenheit und Kriegsangst mit dem Appell zur Verteidigung des Lebens vor dem drohenden Atomtod verbinden.

Auf dem Dortmunder Jugendfestival bekundeten mehr als 500 bundesdeutsche Kulturschaffende ihren Willen, alles zu tun, um einen drohenden dritten Weltkrieg zu verhindern. Die „Kulturkooperative Ruhr“, der über 200 Ensembles und Kulturgruppen aus Nordrhein-Westfalen angehören, und die Hamburger „Progress-Agentur mehrerer Medien“, die 40 Amateur- und Pro-

BEGEGNUNG MIT DIPLOMATEN

Am 19. Februar fand in Moskau im Staatlichen Komitee für Wissenschaft und Technik beim Ministerrat der UdSSR eine Begegnung mit in der UdSSR akkreditierten Diplomaten statt. Akademiemitglied G. I. Martschuk, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik, berichtete vom zunehmenden Volumen der Industrieproduktion in der UdSSR, von unseren Brennstoff- und Energieresourcen und deren Entwicklungsperspektiven. Er verwies dabei besonders auf die Rolle, welche der wissenschaftlich-technische Fortschritt spielte und weiter spielen wird.

Einen Großteil seines Berichts widmete G. I. Martschuk der internationalen wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit. Sie verhilft den Partnern nicht nur zu schnelleren Fortschritten, sondern trägt auch zu einem besseren gegenseitigen Verständnis und folglich zur Festigung des Friedens bei. Die internationale Zusammenarbeit ist nötig bei Aufgaben wie dem Umweltschutz, der Ozeanologie, der friedlichen Nutzung der Kernenergie, der Bekämpfung

von Krankheiten sowie der Lösung der Nahrungsmittel- und der Energiefrage. Aktiv entwickelt sich die Zusammenarbeit der RGW-Länder, in denen ca. ein Drittel des wissenschaftlich-technischen Potentials der Welt konzentriert ist. Dank der Entspannung bestehen gute bi- und multilaterale Verbindungen mit einer ganzen Reihe kapitalistischer Industriestaaten.

Das ist der jetzigen US-Administration ein Dorn im Auge. Ihre „Sanktionen“ erfassen gerade die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Doch die UdSSR hat, wie Akademiemitglied Martschuk betonte, so große wissenschaftlich-technische Möglichkeiten, daß es praktisch keine Aufgabe gibt, die sie nicht selbständig lösen könnte.

Zur Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den Entwicklungsländern sagte G. I. Martschuk, die UdSSR helfe vielen von ihnen sehr bei der Überwindung der wirtschaftlichen Rückständigkeit.

Die Diplomaten nahmen den Bericht mit großem Interesse auf. Abschließend dankte Dimitr Shulew, Doyen des Diplomatischen Korps und Botschafter Bulgariens, herzlich für das Treffen.

W. ROSEN

fiensembles in Norddeutschland vertritt, haben in Namen ihrer Mitglieder die kulturelle Unterstützung der bundesdeutschen Friedensbewegung zu ihrer Schwerpunktaufgabe erklärt.

Unter der Losung „Es geht ums Überleben“ hat die Krefelder Initiative inzwischen zu einem Plakatwettbewerb gegen den Atomtod aufgerufen. Zum Thema „Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg“ bereitet die Kölner Galerie „Atelier Roonstraße“ zusammen mit bundesdeutschen und holländischen Künstlerverbänden eine Ausstellung gegen Krieg und Rüstung vor, bei der alle Medien, Malerei, Grafik, Plakat, Foto, Film, Video und Buch, zu ihrem Recht kommen sollen.

Das Zentrum der Hamburger „Szene“, „Onkel Poes Carnegie Hall“, unterstützte mit eigenen kulturellen Veranstaltungen eine stadtteilbezogene Friedensinitiative und ruft seine Freunde und Gäste zur Unterschrift unter den „Krefelder Appell“ auf.

Leben statt Tod

Besonderes Gewicht kommt ohne Frage dem im August 1981 veröffentlichten Aufruf europäischer Schriftsteller aus West und Ost gegen neue Mittelstreckenraketen und Neutronenbomben zu. Er wurde vom Verband deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier initiiert und trägt die Unterschriften bedeutender bundesdeutscher Autoren aus allen Lagern, von Heinrich Böll bis Berndt Engelmann, von Golo Mann bis Franz Josef Degenhardt. 55 Schriftsteller trugen unter dem Motto „Frieden ist mehr als ein Wort“ auf dem Hamburger „Literaturtrubel“ Gedichte, Kurztexte oder persönliche Bekenntnisse gegen die Kriegsgefahr vor.

Als die Hamburger Autorin Hildegard Wohlgemuth ihre Kolleginnen und Kollegen zu literarischen Beiträgen für ein Taschenbuch zum Thema „Ist Frieden ein Sterbenswort?“ einlud, bekam sie innerhalb von drei Wochen über 1000 Einsendungen. Es liegen bereits zwei Anthologien zur Friedensbewegung vor, in denen jeweils mehr als 100 Autoren zu Wort kommen, die Sammlung „Her mit dem Leben!“ aus dem Asso-Verlag und das „Bundesdeutsche Lesebuch Frieden und Abrüstung“ aus dem „Atelier im Bauernhaus“.

Die Friedensbewegung mit ihren starken künstlerischen Impulsen hat begonnen, das kulturelle und

politische Leben in der BRD zu verändern. In ihr fließen verschiedene Strömungen zusammen, die sich in den 70er Jahren selbständig entwickelt haben, organisatorisch und weltanschaulich miteinander durch Abgründe voneinander getrennt waren. Neu hinzugekommen sind vor allem pazifistisch und antimilitaristisch engagierte Christen, Vertreter verschiedenster Verzweigungen der Frauenbewegung. Erfreulich sind die ersten kulturellen und politischen Wortmeldungen aus dem Kreis der 4,5 Millionen ausländischen Mitbürger in der Bundesrepublik: Die Gedichte des türkischen Arbeitsemigranten Aras Ören, die Lieder des Westberliner „Türkischen Arbeiterchores“ oder die in Bremen begonnene Buchreihe „Südwind: Gastarbeiterdeutsch“ zeigen, daß die Friedensbewegung zu einer Brücke der Verständigung zwischen deutschen und ausländischen Bürgern werden kann und schon dazu beiträgt, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zurückzudrängen.

Das kulturelle und geistige Klima hat sich gewandelt. Der Rückzug in die Innerlichkeit, ins Private und in die grüne Idylle sowie der Hang zum Pessimismus, der namentlich unter den Kulturschaffenden in der zweiten Hälfte der 70er Jahre vorherrschte, sind nicht mehr in Mode. „Wehrt Euch!“, „Her mit dem Leben!“, „Frieden jetzt!“ sind zu den Losungsworten der Zeit geworden. Überall wächst der Wunsch nach Einheit, nach einer Überwindung der Zerstrittenheit, die jahrelang vor allem die bundesdeutsche Linke am Blick nach vorn und am gemeinsamen Handeln gehindert hat. In der wachsenden Friedensbewegung ist die demokratische Kultur ein unentbehrliches Bindemittel. Je mehr Lieder und Gedichte, je mehr Bilder, Plakate und Filme die Friedenskämpfer für sich und ihre Sache einsetzen können, desto überzeugungskräftiger und massenwirksamer werden sie ihre Sache in der Öffentlichkeit durchsetzen.

Der Frieden braucht, um bestehen zu können, Literatur, Kunst und Kultur in allen Medien und Stilen. Die Kultur braucht, um zu überleben, nichts dringlicher als den Frieden. Das sind Binsenweisheiten, und doch sind sie Grundlage für ein Bündnis zwischen der demokratischen Kultur unseres Landes in all ihren unterschiedlichen Ausformungen und der Friedensbewegung.



Berichten Sie bitte über die Bodenschätze der Antarktis und die Aussichten für ihre Nutzung

S. SIDOROW
Murmansk, RSFSR

Die einen Wissenschaftler sind mehr, die anderen weniger davon überzeugt, daß in der Antarktis Eisenerze, Chrom, Gold, Erdöl, Nickel und Steinkohle vorhanden sind. Wegen der niedrigen Temperaturen und der gigantischen, manchmal mehrere Kilometer starken Eisdecke sind dort Schürfungen erschwert.

Eine industrielle Gewinnung und zum Teil auch Schürfungen sind in der Antarktis überhaupt unmöglich, ohne daß einige wichtige Probleme des Rechtsstatus dieser Region auf der Grundlage des Völkerrechts geregelt werden. Die Antarktis ist kein „Niemandsland“. 1959 haben 12 Staaten (darunter die UdSSR) einen Vertrag über die Antarktis geschlossen, der die Lösung der territorialen Frage „eingefroren“ und die militärische Nutzung der Antarktis verboten hat. (Einige Staaten erhoben nämlich territoriale Ansprüche auf antarktische Territorien.) Laut Vertrag sind in der Antarktis freie Forschungen und eine bestimmte Tätigkeit in ihren Meeren erlaubt. Die 12 Vertragsstaaten sind Teilnehmer von Konsultativberatungen im Rahmen des Vertrags. Sie arbeiteten in den letzten Jahren Empfehlungen und Abkommen aus, die die verschiedenen Betätigungsbereiche in der Antarktis regulieren und sich u. a. auf die Mineralressourcen erstrecken. Auf dem 11. Konsultativtreffen in Buenos Aires vom Juli 1981 wurde eine Empfehlung angenommen, die eine Reihe von allgemeinen Grundsätzen des völkerrechtlichen Regimes der antarktischen Mineralressourcen enthielt. Der Wirkungsbereich des diesbezüglichen künftigen Abkommens wird sich wahrscheinlich nicht nur auf den Kontinent, sondern auch bis zu einer bestimmten Grenze auf die ihn umspielenden Meere erstrecken.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Sie schreiben häufig, die Politik der USA untergrabe den Frieden im Nahen Osten. Ich dagegen meine, daß gerade die Sowjetunion den Frieden in dieser Region behindert, den die USA anstreben. Überhaupt ist Moskau daran interessiert, daß es im Nahen Osten kriselt. Wenn Spannungen bestehen, kann man schließlich leichter die Widersprüche zwischen den Ländern zu seinen Gunsten ausnützen.

Madjid MONTASER
Madrid, Spanien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Dmitri SGERSKI

Geben Sie zu, Herr Montaser: Jede Politik muß irgendein konkretes Ziel verfolgen, den Interessen des jeweiligen Staates entsprechen. Im gegebenen Fall müßte es sich, soweit ich verstanden habe, um die Interessen der beiden Großmächte Sowjetunion und USA handeln. Im Unterschied zu westlichen Staaten war die UdSSR nie darauf aus, Erdöl und andere Ressourcen der Nahostländer unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Wirtschaftsinteressen der UdSSR in der arabischen Welt beschränken sich auf die übliche friedliche Zusammenarbeit und den Handel.

Bei den Westmächten und besonders den USA dagegen bestimmt der Wunsch, über den Erdölreichtum dieser Region zu verfügen, nach wie vor wesentlich deren politischen Kurs im Nahen Osten. Die USA halten über ihre Gesellschaften im Grunde die westlichen Verbraucher nahöstlichen Erdöls unter Kontrolle.

Ebenso kann uns niemand vorwerfen, daß wir die Erdölförderländer direkt oder indirekt daran hinderten, sich die Handelspartner selbst zu wählen, oder daß wir versuchten, den westlichen Wirtschaftsinteressen in dieser Region in irgendeiner Form ein Bein zu stellen.

Jetzt zu einer anderen Seite der Frage. Obwohl wir mit keinem arabischen Staat gemeinsame Grenzen haben, liegt uns diese Region doch nicht allzu fern. Ganz natürlich ist die Sowjetunion daran interessiert, daß im Nahen Osten ein echter Frieden herrscht. Da Sie, Herr Montaser, das bezweifeln, wollen wir uns zunächst mit den eindeutigsten Tatsachen und Vergleichen beschäftigen. Wir stehen an der Seite des palästinensischen Volkes und der arabischen Staaten, die der israelischen Aggression ausgesetzt sind. Die USA

unterstützen Israel. Aber nicht die Araber haben Israels Boden okkupiert, sondern umgekehrt. Die USA also unterstützen den Eroberer und Aggressor, die UdSSR dagegen die Opfer der Aggression.

In den letzten Jahren, und insbesondere unter der Reagan-Administration versuchen die USA die Dinge so hinzustellen, als verteidigten sie den Nahen Osten vor gewissen „Tendenzen Moskau“. Bekanntlich besitzt unser Land jedoch keinen einzigen Militärstützpunkt in dieser Region. Die USA jedoch setzten in der jüngsten Zeit Militärstützpunkte und Waffenlager für die Eingreiftruppe in Kenia, Somalia, Sudan, Ägypten und Oman durch. Ich denke, Sie werden mir zustimmen, daß der Aufbau von Stützpunkten, die obendrein keineswegs Verteidigungscharakter tragen, in dieser explosiven Region durchaus nicht dem Frieden dient, sondern im Gegenteil zu zunehmenden Spannungen führt.

Lassen Sie uns schließlich die beiden Betrachtungsweisen hinsichtlich der Lösung des Nahostproblems vergleichen. Die Sowjetunion steht auf dem Standpunkt, um dort einen echten Frieden zu erreichen, müssen vor allem die israelischen Truppen vom gesamten durch sie okkupierten arabischen Boden abgezogen, dem arabischen Volk von Palästina das Recht auf Selbstbestimmung, bis hin zur Bildung eines Nationalstaats gewährt und die Bedingungen für eine sichere Existenz aller Staaten in dieser Region, einschließlich Israels, geschaffen werden.

Dieser Haltung stellen die USA die Camp-David-Variante der Konfliktbeilegung entgegen.

Die westliche Propaganda behauptet, unser Land habe kein Interesse an einem Nahostfrieden, weil es ja gegen die Camp-David-Abmachungen sei. Tatsächlich verurteilen wir, wie auch die meisten arabischen Länder, diese Abmachungen, weil sie nicht zur friedlichen Nahostregelung beitragen. Der „Haken“ des Problems ist, wie Sie wissen, das Schicksal des palästinensischen Volkes. Die Camp-David-Abmachungen wurden ohne Teilnahme der Palästinenser getroffen und sehen keine Garantien für ihr Recht auf Selbstbestimmung vor. Faktisch zielen sie nicht auf die friedliche Lösung des Nahostkonflikts ab, sondern darauf, die Situation in

dieser Region im Interesse der USA und Israels zu verändern. Seit 1978 unter US-Ägide der israelisch-ägyptische Vertrag geschlossen wurde, nahm die israelische Politik eine ganz bestimmte Konsequenz an und die aggressiven Aktivitäten wurden eher regelmäßig als spontan wie früher. Das Eindringen in Südlibanon, die Annexion Jerusalems, die Bombenangriffe auf Libanon, der Angriff auf das Kernforschungszentrum in Irak, die Annexion der Golan-Höhen, dazu der Überfall von US-Kampfflugzeugen auf Maschinen der libyschen Luftwaffe. Betrachtet man diese Begleiterscheinungen des Camp-David-Prozesses, welche weiteren aggressiven Aktionen sind dann von Israel zu erwarten? Die Annexion des West-Jordan-Ufers und des Gaza-Streifens? Ein erneuter Überfall auf Libanon?

Parallel zum Camp-David-Prozeß verläuft die geradezu beispiellose Aufrüstung Israels durch die USA. Ist Camp David zufällig von dieser systematischen Aggressivität begleitet? Ich glaube nicht. Das ist die Politik zur Einschüchterung der arabischen Länder, die den antiarabischen Kuhhandel nicht gutheißen. Die USA selbst geben zu, daß von einer echten „Regelung“ bisher keine Rede sein kann. So schreibt die „New York Times“: „Leider ist keinerlei umfassende Regelung zu erwarten“ (nach Plänen Washingtons). „Die amerikanische Politik muß davon ausgehen.“

Den USA geht es in dieser Region nicht um den Frieden, sondern um ihre strategischen Interessen. In der Nahost, dafür zu sorgen, daß Israel den ersten Platz ein. Deshalb schrieb Ronald Reagan erst am 16. Februar in einer Botschaft an israelischen Ministerpräsidenten Begin: „Ich bin fest entschlossen, dafür zu sorgen, daß Israel den qualitativen Vorsprung in der Technik bewahrt.“ In der militärischen natürlich. Ein weiterer Auszug aus dieser Botschaft. „Israel bleibt Amerikas Freund und Verbündeter. Ich meine jedoch, es liegt im Interesse unserer beiden Länder, daß die Vereinigten Staaten ihren Einfluß auf andere Staaten dieser Region verstärken.“

Wozu führten diese Versuche des „verstärkten“ amerikanischen Einflusses auf andere Staaten der Region? Erstens zur verstärkten Militarisierung und militärischen Präsenz der USA. Zweitens zu verstärkten interarabischen Differenzen. Wer hat davon einen Vorteil? Die Sowjetunion? Natürlich nicht, sondern die USA und Israel. Eben sie „nützen die Widersprüche“ aus.

Mir scheint also, Herr Montaser, in Ihrem Brief sollte man eine Wortumstellung vornehmen: Statt „Moskau“ „USA“.

Unmögliche Carmen



Mehr als 100 Jahre, nachdem Bizet seine Oper „Carmen“ komponiert hatte, erlebte sie ihre Uraufführung in China: Bislang war das Werk dort verboten. Eine speziell eingeladene französische Künstlertruppe unter dem Dirigenten Périsson übte ein ganzes Jahr lang mit chinesischen Künstlern und Musikern. Im Januar fanden die Premiere und weitere fünf Aufführungen statt, zu denen nur hohe Partei- und Staatsfunktionäre Zutritt hatten. Danach wurde die Oper erneut verboten. Dafür gibt es dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ (BRD) zufolge zwei Gründe. Erstens werde José unter Carmens Einfluß zum Deserteur, und das könne zu nachlassender Disziplin in der chinesischen Armee führen. Zweitens spiele die Liebe in der Oper eine zu große Rolle. Das widerspreche den Prinzipien der „Treue zur Führung“, der maoistischen Ideologie usw.

Sklaven heute

FBI-Agenten entdeckten bei einigen reichen Familien von Los Angeles und Umgebung echte Sklaven. Einige Dutzend junge Indonesier verdingten sich als Diener, Haushälterinnen, Gärtner und Zimmermädchen, wobei sie für ihre Arbeit nur Speise und Obdach erhielten. Vor zwei Jahren hatten ihre jetzigen Besitzer sie zum Preis von 1500 bis 3000 Dollar gekauft. Laut Pressemeldungen drohen den Sklaven-

besitzern keinerlei Unannehmlichkeiten. Unklar ist nur das eine: Wie gelangten die Sklaven in die USA?

Der Preis einer Tür

Geoffrey James, Immobilienvertreter in London, verkaufte vorteilhaft ein Gebäude, in dem sich seinerzeit das Plattenstudio der Beatles einquartiert hatte. Doch die neuen Besitzer entdeckten erstaunt, daß das Haus keine Tür hat. Wie sich herausstellte, hatten die Beatles und ihre Freunde sowie Firmenbesitzer zahlreiche Autogramme auf der Tür hinterlassen. Jetzt hofft James, der „Times“ zufolge, die Tür für 3000 Pfund Sterling versteigern zu können.

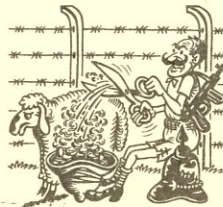
Die wahre Bedrohung



Die 2400 Einwohner der Kleinstadt Whitewright im US-Bundesstaat Texas erfuhren plötzlich, Bürgermeister Robinson werde sie zuverlässig vor einem Atomangriff schützen. Mr. Robinson antwortete das auf die Beschuldigung, er lagere unrechtmäßig vier MGs. Der britischen Zeitung „Guardian“ zufolge reagierten die Whitewrighter gleichgültig auf die Erklärung des Bürgermeisters zur „nuklearen Bedrohung“, doch beunruhigte es sie zu erfahren, daß der Bürger-

meister mit seinen MGs alle Einwohner in nur 23 Sekunden umbringen könnte.

Jetzt besonders günstig



In der „Welt“ (BRD) erschien folgende Anzeige: „Haben Sie Heimweh nach ‚Alt-Deutschland‘? Dann schaffen Sie sich eine zweite Existenz in Südafrika (deutschspr.) Erf. Fachm. bietet Ihnen Ia geführte Jagd- und Rinderfarmen in allerb. Lagen an. Überdurchschn. Verzinsung d. Anlagekapitals. Jetzt besond. gü. Einstieg.“ Bekanntlich stand Südwestafrika bis 1915 unter deutscher Kolonialherrschaft. Jetzt schmarotzen dort unter den Fittichen der RSA, die Namibia unrechtmäßig besetzt hält, nicht wenige reiche Nachfahren der weißen Siedler von dannemals. Daß der Freiheitskampf der Urbevölkerung des Landes immer mehr um sich greift, wird von den Anzeigenverfassern natürlich bewußt verschwiegen.

Die Schlägergarde

Die königlichen Gardesoldaten vor dem Buckingham Palace — hochgewachsene Burschen mit imposanten Bärenfellmützen und schmucken Uniformen — gehören zu den beliebtesten Touristenattraktionen Londons. Doch AFP zufolge sind diese Burschen in ihrer freien Zeit so „lebhaft“, daß der Besitzer des schloßnächsten Pubs sie mit einem Alkoholausschankverbot belegte. Er berichtete von wilden

Schlägereien zwischen Gardeangehörigen aus Schottland und Irland sowie zwischen Gardesoldaten verschiedener Einheiten. Die Raufbolde setzen sogar Messer und Flaschen ein.

Immer schön nüchtern!

Tom Enright, ein irischer Parlamentsabgeordneter, schlug vor, nicht nur besoffene Autofahrer, sondern auch Kneipenbesucher, die das Lokal im Zickzackkurs verlassen, einer Blutalkoholprobe zu unterziehen. Ist ja übermäßiger Alkoholgenuß Ursache zahlreicher Unglücksfälle auch bei Fußgängern und Radfahrern. „Dies mag unpopulär sein“, sagte Enright, doch falsche Nachricht kommt uns zu teuer zu stehen.

Früh übt sich...



Bei einem Seminar zum Thema „Kampf gegen die Jugendkriminalität“ (Ende Januar in Vaucresson, Frankreich) wurde u. a. folgendes Beispiel genannt: Kürzlich verhafteten die Behörden in Paris eine dreiköpfige Räuberbande, Gesamalter — 38 Jahre. In zwei Monaten hatten die jungen Gangster 150 Raubüberfälle verübt. Die Beutesumme verwandten sie insbesondere für Rauschgift. In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der minderjährigen Rechtsbrecher in Frankreich mehr als verdoppelt.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis